

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN für die Ausführung von Bauleistungen

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)	3
2.	Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B).....	3
3.	Rechnungen (§ 14 VOB/B).....	3
4.	Zahlung (§ 16 VOB/B)	4
5.	Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)	4
6.	Technische Spezifikation.....	4
7.	Haftung der Vertragsparteien (§ 10 VOB/B)	4
8.	Steuerabzug bei Bauleistungen	5
9.	Anmeldung einer Betriebsstätte	5
10.	Weitere Besondere Vertragsbedingungen.....	5

Baumaßnahme	Fahrbahnsanierung An der Palmweiden in Dortmund Hombruch..
Angebot für Straßenbau	

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

0. Baustelle/Zugangswege/Unentgeltliche Benutzung/Bauüberwachung/Sicherheitskoordination

0.1 Lage der Baustelle An der Palmweide zwischen Baroper Bergstraße und Emil Figge Straße
Dortmund Hombruch

0.2 Für die Zugangswege wird unverbindlich auf folgendes hingewiesen:

0.2.1 Öffentliche Straßen

Art, Bezeichnung

Abschnitt

0.2.2 Privatstraßen

Art, Bezeichnung

Verkehrsbeschränkung

Gewichtsbeschränkung

0.3 Dem Auftragnehmer werden unentgeltlich zur Benutzung überlassen (§ 4 Nr. 4 VOB/B):

0.3.1 Lager- und Arbeitsplätze

Etwa darüber hinaus erforderliche Lager- und Arbeitsplätze hat der Auftragnehmer zu beschaffen; die Kosten sind durch die Vertragspreise abgegolten.

0.3.2 Verkehrswege innerhalb des Baugeländes Baustraße aus RC

0.3.3 Wasseranschlüsse

Lage

Durchmesser

Leistung

Druck

0.3.4 Stromanschlüsse

Lage

Stromart

Spannung

Stromstärke

0.3.5 Sonstige Anschlüsse

0.4 Objekt-/Bauüberwachung (§ 4 Nr. 1 VOB/B) / Sicherheitskoordination gem. Baustellenverordnung

Die Bauüberwachung obliegt Stadt Dortmund – Tiefbauamt

Anordnungen Dritter dürfen nur in Absprache mit der städt. Bauüberwachung befolgt werden.

☐ Die Sicherheitskoordination obliegt:

☐ Der/Die Beauftragte für die Sicherheitskoordination wird im Auftragsschreiben benannt.

1. Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)

1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am 24.05.2027
- ☐ spätestens **KW** nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der KW - – Ende der Fußballbundesliga Saison
- ☐ innerhalb von _____ Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B); die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum _____ zugehen.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertigzustellen)

- ☒ am 06.08.2027
- ☐ nach **KW** nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der _____ KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☐ folgende Einzelfristen
 - ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

☐ ohne Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart:

2. Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)

2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

- ☐ _____ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☐ _____ v. H. der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer.

Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ v. H. der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den Teil der Auftragssumme begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3. Rechnungen (§ 14 VOB/B)

3.1 Alle Rechnungen sind bei der

Stadt Dortmund, Städtische Immobilienwirtschaft

2 -fach

1 -fach einzureichen.

- 3.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind _____ - fach einzureichen. Für Stundenlohnarbeiten gelten die Zusätzlichen Vertragsbedingungen (215).

4. **Zahlung (§ 16 VOB/B)**

- ☐ Die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B wird verlängert auf 60 Tage.

5. **Sicherheitsleistung und Bürgschaften**

5.1 **Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)**

- ☐ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.
- ☒ Soweit die Auftragssumme mindestens **250.000 €** ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von **5,0 v.H.** der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Die Sicherheit für die Vertragserfüllung umfasst auch Mängelansprüche aus dem Bauauftrag, die bei der Abnahme oder innerhalb der Verjährungsfrist für Mängelansprüche erhoben werden, sofern sie nicht durch eine Sicherheitsleistung für Mängelansprüche abgelöst ist (siehe 5.4).

5.2 **Sicherheitsleistung für Mängelansprüche aus dem Bauauftrag**

- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
- ☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt **3,0 v.H.** der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme), sofern die Auftragssumme mindestens **250.000 €** ohne Umsatzsteuer beträgt. Ist eine Sicherheit für die Vertragserfüllung zu leisten, so ist die Sicherheitsleistung für Mängelansprüche nicht zusätzlich zu leisten. Nach Maßgabe der Ziffer 5.4 kann vielmehr eine Sicherheitsleistung für Vertragserfüllung durch eine Sicherheitsleistung für Mängelansprüche ersetzt werden.

5.3 **Bürgschaften (§ 17 VOB/B)**

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- die Vertragserfüllung das Formblatt „Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft“
- die Mängelansprüche das Formblatt „Mängelansprüchebürgschaft“
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt „Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft“

5.4 **Ersetzung einer Sicherheit für Vertragserfüllung durch eine Sicherheit für Mängelansprüche**

Sobald die Leistungen des Auftragnehmers vollständig abgenommen und alle bis dahin erhobenen Ansprüche des Auftraggebers aus dem Bauvertrag erfüllt sind mit Ausnahme der Mängelansprüche, kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Vertragserfüllung durch eine Sicherheit für Mängelansprüche nach Maßgabe der Ziffer 5.2 ersetzt wird. Im Falle einer Sicherheitsleistung durch Bürgschaft ist der Auftraggeber verpflichtet, dem Auftragnehmer unverzüglich nach Erhalt der Mängelansprüchebürgschaft die Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft zurückzugeben. Diese darf ab dem Zeitpunkt der Rückgabevoraussetzungen nicht mehr für Mängelansprüche in Anspruch genommen werden.

6. **Technische Spezifikation**

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z. B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

7. **Haftung der Vertragsparteien (§ 10 VOB/B)**

- ☒ Es gilt die Haftung nach den Zusätzlichen Vertragsbedingungen 215 Nr. 13.5
☐ Abweichend von der Nr. 13.5 ist nach Auftragsvergabe folgender Mindesthaftpflicht- /
Umwelthaftpflichtversicherungsschutz je Schadenereignis nachzuweisen:
- | | |
|---|---------------|
| Personenschäden, Sach- und Vermögensschäden | 3.000.000 EUR |
| Schäden durch Umwelteinwirkung | 3.000.000 EUR |
| Bearbeitungsschäden | 100.000 EUR |

8. Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§48b EstG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

9. Anmeldung einer Betriebsstätte

Firmen, deren Hauptsitz (oder Niederlassung) nicht in Dortmund liegt, sind verpflichtet, den Beginn der Bauarbeiten und die voraussichtliche Dauer dem Steueramt der Stadt Dortmund anzuzeigen. Hierüber erhält die Firma vom Steueramt eine schriftliche Bestätigung. Diese Bestätigung ist dem zuständigen Bauamt der Stadt Dortmund postwendend vorzulegen.

10. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

- ☐ keine
☒ folgende weiteren Vorschriften und Richtlinien:

10.1 Weitere Vorschriften und Richtlinien

Alle eingeführten Merkblätter, Vorschriften, Anweisungen und Richtlinien des Deutschen Normenausschusses, der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen, der Bundesanstalt für Straßenwesen, der Abwasser-technischen Vereinigung, der Berufsgenossenschaften, des VDE, des Verbandes Deutsche Verkehrsunternehmen (VDV), der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und ähnlicher Institute sowie der Europäischen Gemeinschaft - soweit rechtswirksam und von der Bundesregierung noch nicht in nationale Vorschriften, Merkblätter, etc. umgesetzt -, der Deutsche Bahn AG, der Deutschen Telekom AG, der Fachministerien des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen - in der jeweils letztgültigen Fassung - sind, soweit sie nicht zum Teil C der VOB - Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) gehören, Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1, Ziffer 2 der VOB/B.

Das sind unter anderem die Baustellenverordnung (BaustellV), das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), die Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) sowie die Unfallverhütungsvorschriften (UVV), wie z.B. die BGV A1 "Grundsätze der Prävention" (alt: VBG 1), die BGV A2 "Elektrische Anlagen und Betriebsmittel" (alt: VBG 4), die

BGV B3 "Lärm" (alt: VBG 121), die BGV C5 "Abwassertechnische Anlagen" (alt: VBG 54), die BGV C22 "Bauarbeiten" (alt: VBG 37), die BGV D1 "Schweißen", Schneiden und verwandte Verfahren" (alt: VBG 15), die BGV D33 "Arbeiten im Bereich von Gleisen" (alt: VBG 38a), die BGR 126 "Arbeiten in umschlossenen Räumen von abwassertechnischen Anlagen" (alt: ZH 1/177) und die BGR 128 "Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in kontaminierten Bereichen" (alt: ZH 1/183), BGR 160 „Sicherheitsregeln für Bauarbeiten unter Tag (alt ZH 1/486), BGV D6 „Krane (alt VBG 9) usw.

10.2 Lohn- / Stoffgleitklausel / Bauwesenversicherung

Lohn- / Stoffgleitklausel:

- Lohn- und Gehaltsmehr- oder -minderaufwendungen werden ebenso nicht erstattet wie Änderungen der Stoffpreise.

Preisvereinbarung beim Abweichen vom Bausoll

- Der AN hat Anordnungen des AG bei Abweichungen vom Bausoll gem. §2 Nr. 3,5,6,7 oder 8 Abs. 2 VOB/B dem AG schriftlich anzukündigen.

Ergänzend zu 3. ZVB wird vereinbart, dass zur Vereinbarung neuer Preise im Rahmen evtl. erforderlicher Leistungen nach §2 Nr. 3,5,6,7 oder 8 Abs. 2 VOB/B die Angebotskalkulation (inkl. Nachunternehmerleistungen) vor Auftragsvergabe beim AG zu hinterlegen ist, sofern die Angebotssumme 500.000 € übersteigt. Diese darf auch vor Auftragsvergabe vom AG eingesehen werden. Der AG entscheidet nach Einsichtnahme, ob er die Kalkulation für etwaige Vereinbarungen nach §2 Nr. 3,5,6,7 oder 8 Abs. 2 VOB/B als Preisermittlungsgrundlage anerkennt. Im Zweifelsfall behält er sich die Änderung oder Nichtanerkennung vor.

Bauwesenversicherung: - entfällt -

Bautagesberichte

☐ Auf die Führung von Bautagesberichte nach Nr. 7 ZVB wird verzichtet.

10.3 Nebenleistungen

Alle erforderlichen Gerüste (soweit nicht im Leistungsverzeichnis gesondert beschrieben), Transporte, Vorhaltungen von Geräten u.a.m. sind Nebenleistungen. Dieses gilt auch bei den Überrüstungen von Fahr- und Gehrampen. Alle erforderlichen Baubehelfe, wie Schutz-, Abfang- und Stützgerüste sowie Unterstützungen für Baumaßnahmen sind eigenverantwortlich, einschl. Standsicherheitsnachweis (falls erforderlich) durch den AN zu erbringen.

10.4 Sicherung von Bauleistungen

Alle Kosten für gestohlenes Material und beschädigte Bauleistungen gehen bis zur Abnahme zu Lasten des AN.

10.5 Sicherheitsbestimmungen und Verkehrssicherungspflicht

Die Baustellenverordnung ist strikt zu beachten. Besonders wird hier auf § 5 der Verordnung hingewiesen. Kosten, die sich durch die Umsetzung der Baustellenverordnung ergeben sollten, sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Arbeitsunfälle und Schadensereignisse (Umwelt- und Sachschäden) sind unverzüglich dem AG und dem SiGeKo zu melden.

Für Montagearbeiten muss eine schriftliche Montageanweisung auf der Baustelle vorliegen, die alle sicherheitstechnischen Angaben enthält (vgl. § 17 BGV C22 „Bauarbeiten“). Eine Kopie der Montageanweisung ist eine Woche vor Beginn der Arbeiten an den SiGeKo und den AG zu übermitteln. Der AN hat die Erfüllung und die Mängelbeseitigung von Auflagen aus sicherheitstechnischen Begehungen des SiGeKo, des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz und der Berufsgenossenschaften schriftlich an den AG und den SiGeKo zu melden.

Die Unterweisung der Belegschaft über spezifische Gefährdungen der Baustelle und Hinweise aus den Begehungen zum Arbeitsschutz haben regelmäßig zu erfolgen und sind zu dokumentieren.

Der AN hat sicherzustellen, dass auch Neueinstellungen und Leiharbeiter sowie die eingesetzten Nachunternehmer erfasst werden.

Die für die Aufstellung von Baubuden usw. erforderlichen Genehmigungen hat der Auftragnehmer einzuholen. Der AN hat, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, ohne besondere Vergütung für die Dauer der Bauausführung alle Schutzmaßnahmen zu treffen, die zur Sicherheit von baulichen Anlagen sowie zur Sicherung Dritter auf der Baustelle und ihrer Umgebung erforderlich sind und die Schutzvorrichtungen solange bestehen zu lassen, bis jede Gefährdung von Personen oder Sachen ausgeschlossen ist. Die verkehrspolizeilichen Sicherungsvorschriften sind besonders zu beachten.

Dem AN obliegt ferner die volle Verkehrssicherungspflicht auf den Baustelleneinrichtungsflächen und in dem jeweiligen Baubereich. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme und endet zu dem Zeitpunkt, an dem nach Abschluss aller Bauarbeiten die Abnahmebescheinigung (EFB-AbnB) von beiden Parteien unterzeichnet worden ist. Die vom AN vorzuhaltenden Fußgängerwege und -stege, Behelfsbrücken, Behelfsstraßen einschl. Umfahrten und Anschlüsse sind während der Bauzeit zu reinigen und ggf. von Schnee und Eis zu räumen.

Der AN hat insbesondere dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstige Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden. Die von den zuständigen Versorgungsträgern zum Schutz ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

Die Absperrung, Kennzeichnung und Beleuchtung aller Arbeitsstellen, die Bedienung der Zeichen zur Leitung des Verkehrs bei halbseitigen Straßensperrungen sowie die Kennzeichnung und Beleuchtung von gesperrten Straßen und Umleitungen obliegen dem Auftragnehmer. Die Allgemeinbeleuchtung der für den öffentlichen Verkehr freigegebenen Flächen im Baubereich ist Sache des AGs.

Der AG behält sich vor, die genaue Einhaltung aller Unfallverhütungsvorschriften zu kontrollieren und die Belegschaft daraufhin ggf. zu überprüfen.

10.6 Arbeitszeit

Die Arbeitszeit ist mit den zuständigen Behörden abzustimmen. Sonn- und Feiertagsarbeit sowie Arbeiten außerhalb der von der Aufsichtsbehörde zugelassenen Zeiten sind nur in besonderen Fällen zulässig.

Erfordert der Fortgang der Arbeiten, die Erfüllung der vertraglichen Leistungen, die Einhaltung von Fertigstellungsterminen oder andere vom Auftragnehmer zu vertretende Gründe verlängerte Arbeitszeiten, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, so trägt der Auftragnehmer alle hierdurch entstehenden Kosten.

10.7 Aufmaß, Höhen und Maße

Sofort nach Auftragserteilung hat der AN den Bauwerksstandort auf die vorgegebenen Höhen, usw. einzumessen. Höhenpunkte werden bauseits angegeben. Die Übertragung dieser Punkte ist Sache des AN. Maßabweichungen in der Örtlichkeit, sowie gegenüber den Plänen und dem LV, sind mit der städtischen Bauüberwachung zu klären. Ausführungsfehler, die sich aus der Nichtbeachtung dieser Bedingungen ergeben, gehen zu Lasten des AN. Baumaßtoleranzen sind entsprechend auszugleichen.

Die oben genannten Leistungen, wenn im LV nicht anders beschrieben, sind in die Einheitspreise einzurechnen. Alle im LV angegebenen Maße sind Cirka-Maße.

10.8 Behördliche Genehmigungen

Genehmigungen für Nacharbeit, Verkehrssperrungen bzw. Umleitungen und erforderliche Sondergenehmigungen (z.B. Betras) sind selbstverantwortlich vom AN einzuholen. Alle getroffenen Maßnahmen sind rechtzeitig der örtlichen, städtischen Bauüberwachung anzuzeigen.

10.9 Liefern von Stoffen und Bauteilen

Es sind nur handelsübliche und umweltfreundliche Materialien zu verwenden. In besonderen Fällen sind der Bauleitung Nachweise darüber vorzulegen. Die Verwendung von Gefahrstoffen als Bauhilfsstoffe ist soweit möglich durch Verwendung entsprechender Ersatzstoffe einzuschränken. In Zweifelsfällen ist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU) in Dortmund-Dorstfeld einzuschalten (Erlaubnis und Anzeige).

Ist im Leistungsverzeichnis ein bestimmtes Produkt angegeben, so kann der AN nach Zustimmung durch den AG ein anderes Produkt verwenden, sofern er nachweist, dass es für den geplanten Einsatz technisch und qualitativ gleichwertig ist (Nr. 1.2 ZVB gilt weiterhin).

10.10 Lärmschutz

Grundsätzlich dürfen auf der Baustelle nur lärmarme Geräte nach der "Fünftehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes" (Baumaschinenlärm-Verordnung-15.Bim Sch V) betrieben werden.

Die Kosten für alle Lärmbegrenzungsmaßnahmen gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise einzurechnen. Das gleiche gilt für

- Ausfall- und Stillstandzeiten nach Stilllegung von Maschinen und/oder Geräten wegen Überschreitens der Immissionsschutzwerte der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmission –
- Ausfall- und Stillstandzeiten nach Stilllegung von Maschinen und/oder Geräten wegen Überschreitens der Immissionsschutzwerte in Wohnungen und vergleichbar genutzten Räumen. (DIN 4150 – 2 Erschütterungen im Bauwesen, DIN 4150 – 3 Erschütterungen im Bauwesen)
- Die Kosten für die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen und die erforderlichen Gutachten nach § 9 Landes – Immissionsschutzgesetz

Die Geräuschimmissionen sind nach der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm VV BaulärmG vom 19.08.1970 – Geräuschimmissionen – zu messen und zu bewerten.

Die Beurteilungspegel der durch die Bauarbeiten verursachten Geräuschemissionen dürfen auch bei ungünstigsten Betriebsphasen vor den nächstgelegenen Wohnhäusern

- tagsüber 60 dB (A)
- nachts 45 dB (A)

nicht überschreiten. Als Nachtzeit gilt die Zeit von 20.00 Uhr bis 7.00 Uhr.

10.11 Toleranzen

Für die zulässigen Abweichungen von den Sollmaßen gelten die DIN – Vorschriften 18 201 und 18 202.

10.12 Rechnungen

Alle Rechnungen müssen folgende Angaben enthalten:

- den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des Leistenden und des Empfängers,
- die dem leistenden Unternehmer von Finanzamt erteilte Steuernummer,
- das Ausstellungsdatum,
- eine laufende Nummer, die zur Identifikation der Rechnung vom Rechnungssteller einmalig vergeben wird,
- das Konto, auf das Zahlungen zu leisten sind, die Bezeichnung des Bauvorhabens mit vollständiger Angabe der Buchungsstelle des Auftraggebers,
- das Datum des Angebots,
- die Menge und Art (handelsübliche Bezeichnung) der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung,
- den Zeitpunkt der Lieferung oder sonstigen Leistung, soweit er nicht mit dem Rechnungsdatum übereinstimmt,
- das nach Steuersätzen und einzelnen Steuerbefreiungen aufgeschlüsselte Entgelt, sowie jede im Voraus vereinbarte Minderung des Entgeltes,
- den anzuwendenden Steuersatz und den auf das Entgelt entfallenden Steuerbetrag oder im Falle einer Steuerbefreiung einen Hinweis auf die Befreiung
- Rechnungsdoppel sind mit rotem Stempelaufdruck als "Duplikat" zu kennzeichnen.

ZUSÄTZLICHE VERTRAGSBEDINGUNGEN **für die Ausführung von Bauleistungen**

Inhaltsverzeichnis

1.	- frei -	2
2.	Wahlpositionen, Bedarfpositionen; Technische Regelwerke (§ 1)	2
3.	Preisermittlungen (§ 2).....	2
4.	Einheitspreise (§2 Nr. 1) / Vergütung bei Nebenangeboten (§ 2 Nr. 3)	2
5.	Änderung des Mengenansatzes bei Stundenlohnarbeiten	2
6.	Ausführungsunterlagen (§ 3)	3
7.	Werbung, Bautagesberichte, Baustellenräumung, Kontrollprüfungen (§ 4).....	3
8.	Umweltschutz (§ 4 Nrn. 2 und 3)	3
9.	Nachunternehmer (§ 4 Nr. 8).....	3
10.	Ausführung der Leistung (§ 4 Nr. 10).....	4
11.	Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8).....	4
12.	Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 4)	4
13.	Mitteilung von Bauunfällen und Haftung der Parteien (§ 10).....	4
14.	Abnahme (§ 12).....	5
15.	Abrechnung (§ 14)	5
16.	Preisnachlässe (§§ 14 und 16)	5
17.	Rechnungen (§§ 14 und 16)	5
18.	Stundenlohnarbeiten (§ 15)	5
19.	Zahlungen (§ 16)	6
20.	Überzahlungen (§ 16)	6
21.	Abtretung (§ 16).....	6
22.	Sicherheitsleistung (§ 17)	7
23.	Bürgschaften (§§ 16 und 17)	7
24.	Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 18)	7
25.	Erklärung zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption	8
26.	Beachtung von Mindestanforderungen der Internationalen Arbeitsorganisationen an die Arbeitsbedingungen	9
27.	Kartellklausel	9
28.	Vertragsänderungen	9

ZUSÄTZLICHE VERTRAGSBEDINGUNGEN für die Ausführung von Bauleistungen

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1. - frei -

2. Wahlpositionen, Bedarfspositionen; Technische Regelwerke (§ 1)

- 2.1 Sind im Leistungsverzeichnis für die wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) oder für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen trifft der Auftraggeber in der Regel bei Auftragserteilung, über die Ausführung von Bedarfspositionen nach Auftragserteilung.
- 2.2 In den Verdingungsunterlagen genannte technische Regelwerke, die in der VOB/C nicht angeführt sind, sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Nr. 2 d). Die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen und den übrigen Verdingungsunterlagen genannten DIN-Normen sind für das Angebot in der drei Monate vor dem Eröffnungs-/Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

3. Preisermittlungen (§ 2)

- 3.1 Der Bieter/Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.
- Der Auftraggeber darf die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der Auftragnehmer davon rechtzeitig verständigt und ihm freigestellt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Die Preisermittlung wird danach wieder verschlossen.
- 3.2 Sind nach § 2 Nrn. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Abs. 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für diese Preise einschließlich der Aufgliederung der Einheitspreise (Zeitansatz und alle Teilkostenansätze), spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- 3.3 Nrn. 3.1 und 3.2 gelten auch für Nachunternehmerleistungen.

4. Einheitspreise (§2 Nr. 1) / Vergütung bei Nebenangeboten (§ 2 Nr. 3)

- 4.1 Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis entspricht.
- 4.2 Alle bei der Angebotsbearbeitung anfallenden Kosten sind wie beim Hauptangebot Sache des Bieters und werden auch im Auftragsfall nicht vom AG übernommen. Soweit die Prüfung und Wertung des für den Zuschlag in Betracht kommenden Nebenangebots die Hinzuziehung von Sonderfachleuten (Gutachter, Prüferingenieur und dgl.) erforderlich macht, sind alle hiermit verbundenen Kosten vom AN zu tragen.
- 4.3 Ist der Auftrag auf ein Nebenangebot erteilt worden, dann sind mit der vereinbarten Vergütung alle von dem Nebenangebot beeinflussten Leistungen abgegolten, die zur vollständigen Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden.

Alle angebotenen Preise gelten auch dann, wenn sich die Nebenangebote während der Bauausführung ganz oder teilweise als nicht durchführbar erweisen und die geschuldete Bauaufgabe durch eine geänderte, abweichende Ausführungsart erfüllt werden muss.

Für jede gegenüber dem Hauptangebot geänderte Position (Vordersatz und/oder Preis) und jede neue Position übernimmt der Auftragnehmer die Mengengarantie. D. h., Mehrleistungen über die angebotene Menge der geänderten bzw. neuen Positionen hinaus werden nicht vergütet, Minderleistungen nach ausgeführter Leistung abgerechnet.

5. Änderung des Mengenansatzes bei Stundenlohnarbeiten

Bei Stundenlohnarbeiten gelten die vereinbarten Verrechnungssätze unabhängig von der Anzahl der geleisteten Stunden.

6. Ausführungsunterlagen (§ 3)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

Der Auftragnehmer hat - entsprechend dem Baufortschritt - dem Auftraggeber den Zeitpunkt, zu dem er die nach dem Vertrag vom Auftraggeber zu liefernden Unterlagen benötigt, möglichst frühzeitig anzugeben, damit die Übergabe durch den Auftraggeber rechtzeitig erfolgen kann.

7. Werbung, Bautagesberichte, Baustellenräumung, Kontrollprüfungen (§ 4)

7.1 Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

7.2 Bautagesberichte

Von allen wichtigen Maßnahmen auf der Baustelle, insbesondere vom Beginn aller wichtigen Teilleistungen, ist der Auftraggeber rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Der Auftragnehmer hat arbeitstäglich Bautagesberichte zu führen. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung von Bedeutung sein können, insbesondere über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Nachunternehmer Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, Zu- und Abgang von Hauptbaustoffen und Großgeräten, Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen), Abnahmen nach § 12 Nr. 2, Behinderung und Unterbrechung der Ausführung, Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse. Die Bautagesberichte sind dem Auftraggeber spätestens bis 12.00 Uhr des folgenden Arbeitstages zu übergeben, sofern dieser keinen anderen Zeitpunkt zulässt.

Soweit der Auftraggeber auf die Führung von Bautagesberichten verzichten will, gibt er dies in den Besonderen Vertragsbedingungen bekannt.

7.3 Baustellenräumung

Die Baustelle ist so bald wie möglich zu räumen. Befolgt der Auftragnehmer eine dahingehende Aufforderung nicht innerhalb angemessener Frist, so kann der Auftraggeber die Baustelle auf Kosten des Auftragnehmers räumen lassen.

Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind bei der Räumung im früheren Zustand zurückzugeben.

7.4 Kontrollprüfungen

Bei allen Probeentnahmen muss ein Vertreter des Auftraggebers zugegen sein. Über Ort und Zeitpunkt der jeweiligen Prüfung ist der Auftraggeber rechtzeitig schriftlich zu unterrichten. Er kann verlangen, dass Prüfungen nur in Anwesenheit eines Vertreters der städtischen Bauüberwachung durchgeführt werden dürfen.

Verlangt der Auftraggeber Güte- und Gebrauchsprüfungen von Stoffen und Bauteilen, die über die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) vorgeschriebenen oder sonst vertraglich vereinbarten nach Art und Umfang hinausgehen, so erhält der Auftragnehmer hierfür eine besondere Vergütung; er hat in diesen Fällen nach Weisung des Auftraggebers die Proben zu entnehmen oder herzustellen und diese prüfen zu lassen. Die Bestimmungen von § 18 Nr. 3 bleiben unberührt.

8. Umweltschutz (§ 4 Nrn. 2 und 3)

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken.

Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Es sind nur handelsübliche Stoffe und Bauteile zu verwenden, die den geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz entsprechen. Dies ist der Bauleitung auf Verlangen nachzuweisen.

9. Nachunternehmer (§ 4 Nr. 8)

9.1 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.

Er hat die Nachunternehmer bei Anforderung eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

- 9.2 Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Nachunternehmers schriftlich bekannt zu geben.

Beabsichtigt der Auftragnehmer Leistungen zu übertragen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, hat er vorher die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 8 (1) Satz 2 einzuholen.

- 9.3 Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass der Nachunternehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weiter vergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt; die Nummern 9.1 und 9.2 gelten entsprechend.

10. Ausführung der Leistung (§ 4 Nr. 10)

Feststellungen auf der Baustelle über den Zustand von Teilen der Leistung, ihre Vertragsmäßigkeit sowie Art und Umfang der Leistung werden verlangt, soweit diese Teile der Leistung durch die weitere Ausführung der Prüfung und Feststellung entzogen werden. Diese sind gemeinsam vorzunehmen. Der Auftragnehmer hat sie rechtzeitig zu beantragen.

11. Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8)

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahe stehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

In diesen Fällen gilt § 8 Nrn. 3, 5, 6 und 7 entsprechend.

Was unter Vorteilen im Sinne von Absatz 1 zu verstehen ist, richtet sich nach den §§ 331 ff. StGB. Nicht als Vorteil im Sinne von Absatz 1 gelten jedoch die der Geschäftswerbung dienenden Gegenstände oder Leistungen, wie sie im redlichen Geschäftsverkehr nach einheitlichen Gesichtspunkten (z. B. aus Anlass des Neujahrstages) von dem Auftragnehmer seinen Geschäftskunden gewährt werden, insbesondere Reklamegegenstände von geringem Wert, die als solche durch eine dauerhaft und deutlich sichtbare Bezeichnung des Auftragnehmers (Firma) gekennzeichnet sind.

12. Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 4)

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Nr. 4, bleiben unberührt.

13. Mitteilung von Bauunfällen und Haftung der Parteien (§ 10)

- 13.1 Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

- 13.2 Solange der Vertrag nicht erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er jederzeit den Mitgliedsschein der Berufsgenossenschaft und eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft darüber vorzulegen, dass er seiner Beitrags- und Vorschusspflicht nachgekommen ist.

- 13.3 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter wegen schädigender Auswirkungen (Schäden, Nachteilen oder Belästigungen) gem. § 10 Nr.2 Abs.2 freizustellen.

- 13.4 Bewachung und Verwahrung der Bauunterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw. des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen - auch während der Arbeitsruhe - ist Sache des Auftragnehmers; der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf seinen Grundstücken befinden.

- 13.5 Der Auftraggeber fordert vom Auftragnehmer den Nachweis einer Haftpflicht-/Umwelthaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadenereignis:

Personen-, Sach- und Vermögensschäden:	1.500.000 EUR
Schäden durch Umwelteinwirkung:	1.500.000 EUR
Bearbeitungsschäden:	50.000 EUR

Soweit im Einzelfalle erforderlich, werden durch den Auftraggeber in den Besonderen Vertragsbedingungen (214) andere Mindestdeckungssummen je Schadenereignis vorgegeben.

Der Auftraggeber behält sich vor, eine kombinierte Bauwesen- / Haftpflicht- / und Umwelthaftpflichtversicherung abzuschließen, die neben den Risiken des Auftraggebers auch die des Auftragnehmers abdeckt. Er gibt dies in den Besonderen Vertragsbedingungen bekannt. Die Prämien für diesen Versicherungsschutz werden vom Auftraggeber an die Versicherer unmittelbar gezahlt und sind daher nicht Gegenstand der Angebotspreise.

14. Abnahme (§ 12)

Ab einer Auftragssumme von 10.000 EUR wird die Leistung förmlich abgenommen.

15. Abrechnung (§ 14)

- 15.1 Zu den für die Abrechnung notwendigen Feststellungen auf der Baustelle siehe Nr. 10.
- 15.2 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.
- 15.3 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.
- 15.4 Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen mit zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte mit drei Stellen nach dem Komma zu berechnen. Geldbeträge sind auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.
- 15.5 Für fertiggestellte Teile der Leistung oder der Teilleistung hat der Auftragnehmer - unabhängig von den Aufstellungen nach § 16 Nr. 1 Abs. 1 Satz 2 - endgültige Mengenberechnungen aufgrund von Zeichnungen oder gemeinsamen Feststellungen vorzulegen.
- 15.6 Für die Abrechnung mit DV-Anlagen gelten die Bestimmungen des Auftraggebers.

16. Preisnachlässe (§§ 14 und 16)

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind.

Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel sowie Erstattungsbeträge bei vereinbarter Stoffpreisgleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

17. Rechnungen (§§ 14 und 16)

- 17.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 17.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung - gegebenenfalls abgekürzt - wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.
- 17.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 17.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

18. Stundenlohnarbeiten (§ 15)

Stundenlohnarbeiten dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers ausgeführt werden. Die mündliche Zustimmung ist im Bautagebuch nachzutragen. Der Auftragnehmer hat über Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich, spätestens jedoch am Tag nach der Ausführung der Arbeiten, Stundenlohnzettel in dreifacher Ausfertigung (1 Original und 2 Durchschriften) bei der beauftragenden Dienststelle einzureichen. Wiederholte Verstöße des Auftragnehmers gegen Vorlagepflichten begründen den Verdacht seiner Unzuverlässigkeit. Diese Stundenlohnzettel müssen außer den Angaben nach § 15 Nr. 3

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,

- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft mit Uhrzeit, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden.

Die Originale und eine Durchschrift der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber; die bescheinigte Durchschrift erhält der Auftragnehmer.

Sind Stundenlohnarbeiten mit anderen Leistungen verbunden, so sind keine getrennten Rechnungen aufzustellen.

19. Zahlungen (§ 16)

- 19.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.
- 19.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag, an dem das Geldinstitut den ausführbaren Zahlungsauftrag erhalten hat.
- 19.3 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.

Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

20. Überzahlungen (§ 16)

- 20.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 20.2 Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.

Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

21. Abtretung (§ 16)

- 21.1 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaiger Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.
- 21.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst,
- wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages gemäß dem Formblatt des Auftraggebers schriftlich angezeigt worden ist und
 - wenn der neue Gläubiger eine Erklärung gemäß Formblatt mit folgendem Inhalt abgegeben hat:

"Ich erkenne an,

- a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,
- b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,
- c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
- d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Zahlungsauftrages an ein Geldinstitut) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der die Zahlung bearbeitende Kassenbeamte schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte."

- 21.3 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

- 21.4 Ohne Einhaltung der Abtretungsvoraussetzungen nach den Nrn. 21.1 bis 21.3 kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354a Satz 1 HGB).

Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber dem Auftraggeber; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung dem Auftraggeber angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354a Sätze 2 und 3 HGB).

- 21.5 Bei Abtretungen verlängert sich die Frist des § 16 Abs. 3 Satz 1 um 1 Monat.

22. Sicherheitsleistung (§ 17)

s. 214 Besondere Vertragsbedingungen

23. Bürgschaften (§§ 16 und 17)

s. 214 Besondere Vertragsbedingungen

24. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 18)

- 24.1 Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 24.2 Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher beglaubigter Übersetzung einzureichen.
- 24.3 Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch den Auftraggeber nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, einen Dolmetscher auf Kosten des Auftragnehmers heranzuziehen.

25. Erklärung zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption

Dem Bieter ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse seines Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Vergaberegister des Landes NRW führen können, eingeholt wurden. Er versichert hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die seinen Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen **könnten**¹ oder zu einem Eintrag in das Vergaberegister führen **könnten**².

Dem Bieter ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu seinem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle nach sich ziehen kann. Er verpflichtet sich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

¹ **Verfehlungen**, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind - unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten - insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u. a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung
- auch im geschäftlichen Verkehr- oder Vorteilsgewährung, das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahe stehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.

Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

² **Ein Eintrag** in das Vergaberegister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 5 des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz-KorruptionsbG) vorliegen. Danach liegt eine Verfehlung vor, wenn durch eine natürliche Person im Rahmen einer unternehmerischen Betätigung

1. Straftaten nach §§ 331 – 335, 261 (Geldwäsche, Verschleierung illegalen Vermögens), 263 (Betrug), 264 (Subventionsbetrug), 265 b (Kreditbetrug), 266 (Untreue), 266 a (Vorenthalten/Veruntreuen von Arbeitsentgelt), 298 (illegale Absprachen bei Ausschreibungen), 299 (Bestechung/Bestechlichkeit), 108e (Abgeordnetenbestechung) StGB und nach § 370 der Abgabenordnung,
2. nach §§ 19, 20, 20 a und 22 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
3. Verstöße gegen § 81 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere nach § 14 GWB durch Preisabsprachen und Absprachen über die Teilnahme am Wettbewerb,
4. Verstöße gegen § 16 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
5. Verstöße, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) oder nach § 6 Arbeitnehmer-Entsendegesetz führen können oder geführt haben,

von Bedeutung, insbesondere in Bezug auf die Art und Weise der Begehung oder den Umfang des materiellen oder immateriellen Schadens, begangen worden sind.

Ein Eintrag erfolgt bei einer Verfehlung im Sinne des Absatzes 1

1. bei Zulassung der Anklage
2. bei strafrechtlicher Verurteilung
3. bei Erlass eines Strafbefehls
4. bei Einstellung des Strafverfahrens nach § 153 a Strafprozessordnung (StPO)
5. nach Rechtskraft eines Bußgeldbescheids
6. für die Dauer der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage bei der meldenden Stelle kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht, und die Ermittlungs- bzw. die für das Bußgeldverfahren zuständige Verwaltungsbehörde den Ermittlungszweck nicht gefährdet sieht.

26. Beachtung von Mindestanforderungen der Internationalen Arbeitsorganisationen an die Arbeitsbedingungen

Dem Bieter ist bekannt, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge keine Waren verwandt werden dürfen, die unter Missachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Dies gilt auch für Waren, die im Rahmen der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden. Diese Mindeststandards ergeben sich aus:

- a. dem Übereinkommen Nr. 29 vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (BGBl. 1956 II S. 640, 641),
- b. dem Übereinkommen Nr. 87 vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (BGBl. 1956 II S. 2072, 2073),
- c. dem Übereinkommen Nr. 98 vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen (BGBl. 1955 II S. 1122, 1123),
- d. dem Übereinkommen Nr. 100 vom 29. Juni 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (BGBl. 1956 II S. 23, 24),
- e. dem Übereinkommen Nr. 105 vom 25. Juni 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (BGBl. 1959 II S. 441, 442),
- f. dem Übereinkommen Nr. 111 vom 25. Juni 1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (BGBl. 1961 II S. 97, 98),
- g. dem Übereinkommen Nr. 138 vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (BGBl. 1976 II S. 201, 202),
- h. dem Übereinkommen Nr. 182 vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (BGBl. 2001 II S. 1290, 1291).

Dem Bieter sind keine Tatsachen bekannt, nach denen sein Produkt/seine Produkte unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurde/n. Er unterstützt generell die Absichten der Stadt Dortmund, dass Produzenten und Händler sich aktiv um einen Ausstieg aus der Kinderarbeit bemühen, indem sie Produkte, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt werden, nicht vertreiben.

27. Kartellklausel

Wenn ein Auftragnehmer zu einem Gegenstand dieser Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15% der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

28. Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.

Ergänzungen des Tiefbauamtes zu den "Zusätzlichen Vertragsbedingungen" (ZVB) der Stadt Dortmund für die Ausführung von Bauleistungen

1.0 Vergütung (zu § 2)

Zu den vertraglichen Leistungen, die durch die vereinbarten Preise abgegolten werden, gehören, soweit dafür im Vertrag nicht besondere Ansätze enthalten sind oder eine andere vertragliche Regelung getroffen ist, insbesondere:

1.1 Leistungsumfang (zu § 2 Ziffer 1) Verkehrssicherung und Verkehrsregelung im Bereich der Baustelle und ihrer Nebenanlage

2.0 Anspruch auf Vergütung bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen (zu § 2 Ziffer 5 - 7)

Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Vordersätze (Mengen) ständig zu überprüfen. Unterbleibt die rechtzeitige Mitteilung der Änderung, so hat der Auftragnehmer die ihm daraus entstehenden Nachteile selbst zu verantworten.

3.0 Ausführung (zu § 4)

3.1 Bauleitung des Auftragnehmers (zu § 4 Ziffer 1 und 2)

3.1.1 Der Auftragnehmer hat, sofern er die Bauleitung nicht persönlich ausübt, einen fachkundigen und zuverlässigen Vertreter verantwortlich mit der örtlichen Bauleitung zu beauftragen und dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benennen. Er hat dafür zu sorgen, dass ihn oder seinen Vertreter Nachrichten des Auftraggebers jederzeit erreichen können.

3.1.2 Der Auftraggeber kann, sofern ein vertrauensvolles und erfolgreiches Zusammenarbeiten mit dem Vertreter oder sonstigen Arbeitnehmern des Auftragnehmers nicht möglich ist, deren Ablösung verlangen.

3.2 Verkehrssicherung, Verkehrsregelung (zu § 4 Ziffer 2)

3.2.1 Der Auftragnehmer hat alle für die Verkehrssicherung im Bereich der Baustelle und ihrer Nebenanlagen erforderlichen Maßnahmen unter seiner Verantwortung durchzuführen und die Baustelle und ihre Nebenanlagen sowie die Baustofflagerplätze entsprechend der StVO und der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO zu sichern. Der Auftragnehmer hat alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung des Verkehrs innerhalb der Baustelle, die wegen der von ihm ausgeführten Arbeiten erforderlich sind, auch außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen. Er hat rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten dem Auftraggeber einen Verkehrszeichenplan (§ 45 Abs. 6 StVO) vorzulegen (vierfach), sofern nichts anderes vereinbart ist.

In der Winterperiode sind die Verkehrsflächen im Baustellenbereich schnee- und eisfrei zu halten.

3.2.2 Der Auftragnehmer hat seine Betriebsangehörigen, sowie neu hinzukommende Betriebsangehörige jeweils vor Aufnahme der Arbeit, über alle den Verkehr betreffenden Vorschriften, soweit sie in Verbindung mit der Bauleistung zu beachten sind, ausreichend zu unterrichten und diese Unterweisung von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

3.2.3 Berühren die Arbeiten Anlagen der Deutschen Bahn AG oder Anlagen anderer Unternehmen von Schienenbahnen oder Wasserstraßen, so hat der Auftragnehmer Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Stellen zu beachten. Insbesondere hat er alle Maßnahmen, welche zur Sicherung des Betriebes und zur Sicherung seiner Arbeitnehmer gegen die Gefahren des Betriebes erforderlich sind, zu treffen; dazu gehören nicht die von Verkehrsunternehmen ausgeführten Sicherungsmaßnahmen (z.B. Sicherungsposten der Bahn).

3.3 Schutz der Landschaft

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf die Erhaltung des Landschaftsbildes unbedingt Rücksicht zu nehmen. Er hat seine Arbeitnehmer hierüber aufzuklären und dafür zu sorgen, dass Bäume, Baumgruppen, Findlingsblöcke, Felswände und dergleichen nicht beschädigt, beseitigt und natürliche Geländemulden und Tümpel nicht zugeschüttet werden, soweit es nicht im einzelnen vom Auftraggeber besonders zugelassen wird. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidliche Maß einzuschränken.

3.4 Schutz oder Änderung und Beseitigung von Anlagen; Aufwuchs (zu § 4 Ziffer 2)

3.4.1 Anlagen wie Leitungen, Durchlässe, Einfriedungen und dergleichen dürfen erst beseitigt oder geändert werden, wenn das Einverständnis des Auftraggebers vorliegt. Der Auftragnehmer hat die Eigentümer der Anlagen rechtzeitig vorher von ihrer Beseitigung bzw. Veränderung zu verständigen.

3.4.2 Für Aufwuchs gilt Ziffer 3.4.1 entsprechend.

3.4.3 Bei Straßenbäumen ist so zu verfahren, dass diese nicht beschädigt werden, Baumwurzeln sind nur mit Zustimmung zu entfernen. Die Vorschriften der DIN 18920 und die Baumsatzung der Stadt Dortmund in der jeweils gültigen Fassung sind zu beachten.

3.4.4 Werden auf der Baustelle gefährliche Gegenstände (z.B. Kampfmittel) gefunden, so sind die Arbeiten im Gefahrenbereich sofort einzustellen, die nächste Polizeidienststelle/Ordnungsbehörde und der Auftraggeber zu benachrichtigen. Die Gefahrenstelle ist abzusperren. Die Arbeiten dürfen erst nach Beseitigung der Gefahr fortgesetzt werden.

4.0 Verteilung der Gefahr (zu § 7)

Zu den ausgeführten Teilen der Leistung gehören die vom Auftragnehmer zu liefernden Stoffe und Bauteile erst nach ihrem Einbau. Zu den ausgeführten Teilen der Leistung gehören nicht die Baustelleneinrichtungen und Hilfsbauteile (z.B. ausgestellte Schalungen, Geräte usw.), es sei denn, dass diese für sich Gegenstand eines selbständigen Bauvertrages sind.

5.0 Haftung der Vertragsparteien (zu § 10)

5.1 Bedienstete des Auftraggebers, deren sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, gelten bei den Arbeiten, die sie zur Erfüllung von Verbindlichkeiten des Auftragnehmers ausführen, als Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

5.1.1 Eventuelle außerordentliche Haftpflichtrisiken (Baumaßnahmen in Schutzgebieten, in verkehrsreichen Straßen, in Überflutungsgebieten und dergleichen) hat der Auftragnehmer unbeschadet der Bestimmungen von § 10 Ziffer 1 und 2 in die Haftpflichtversicherung einzubeziehen.

5.1.2 Der Auftragnehmer hat vor Durchführung der Bauarbeiten Erkundigungen über die genaue Lage von Verkehrseinrichtungen sowie unter- und oberirdischer Ver- und Entsorgungseinrichtungen einzuholen. Er ist von dieser Verpflichtung nicht dadurch entbunden, dass aus Eintragungen in Verdingungs- und/oder Ausführungsunterlagen die vermutliche Lage einzelner solcher Einrichtungen ersichtlich ist.

6.0 Abnahme (zu § 12)

6.1 Der Auftraggeber kann Teile der Leistung vorzeitig, d.h. vor dem sich aus dem Vertrag ergebenden Zeitpunkt, in Benutzung nehmen. Eine vorzeitige Benutzung im Sinne des Abs. 1 liegt nicht vor, wenn bereits im Vertrag vorgesehen war, dass die Leistung oder Teile der Leistung vor der Abnahme in Gebrauch genommen werden, z.B. zur Aufrechterhaltung des Verkehrs. Auch bleibt in diesem Falle die vertragliche Verpflichtung des Auftragnehmers zur Verkehrssicherung und Verkehrsregelung unberührt.

6.1.1 Die fertig gestellten Leistungen bedürfen in jedem Falle einer förmlichen Abnahme, auch wenn vorher schon die Leistungen oder ein Teil der Leistung in Benutzung genommen wurden. § 12 Nr.5 gilt nicht.

7.0 Mängelansprüche (zu § 13)

7.1 Der Auftraggeber kann verlangen, dass vor Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche eine gemeinsame Besichtigung der Leistung stattfindet.

7.2 Nach einer Mängelrüge hat der Auftragnehmer unverzüglich für Art und Zeit der Mängelbeseitigungsleistung schriftlich die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.

7.3 **Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt für alle Bauarbeiten 5 Jahre.** Abweichungen hiervon sind in den "Baustellenbezogenen Ergänzungen" geregelt.

8.0 Abrechnung (zu § 14)

8.1 Für Baustofflieferungen sind die einschlägigen DIN-Bestimmungen und die Merkblätter der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in der jeweils gültigen Fassung maßgeblich. Es sind nur handelsübliche und umweltfreundliche Materialien zu verwenden, die in besonderen Fällen der Bauleitung nachzuweisen sind.

Baustoffnachweis (zu § 14 Ziffer 1)

8.2 Der tatsächliche Baustoffverbrauch ist, soweit bestimmte Baustoffmengen vorgeschrieben sind, nach der im Leistungsverzeichnis getroffenen Regelung nachzuweisen.

8.2.1 Ist eine besondere Regelung nicht getroffen, so ist der Verbrauch bei Abrechnung nach Gewicht oder Raummaß durch Vorlage der Frachtbriefe oder der amtlichen Originalliefer- und Wiegescheine laufend nachzuweisen, dies gilt auch für vom Auftraggeber beigestellte Stoffe. Der Einbau aller Schüttgüter, z.B. Kies, Mineralgemisch, Hochofenschlacke, Hal-denschlacke, Schotter, bituminöse Baustoffe, muss anhand von **Originalwiegekarten** (Erstschriften) nachgewiesen werden. Nur sie werden als Abrechnungsgrundlage anerkannt. Sofern das Herstellerwerk keine Originalwiegekarten der Lieferung beigibt, hat der AN auf seine Kosten die Schüttgüter auf einer öffentlichen Waage wiegen zu lassen. Die Wiegekarten sind sofort nach Lieferung der Stoffe der Bauleitung zwecks Anerkennung vorzulegen. Mehreinbau wird nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggebers vergütet, sofern in den "Besonderen Vertragsbedingungen" nichts anderes geregelt ist.

8.2.2 Der Auftraggeber kann stichprobenartig das Gewicht einzelner Lieferungen durch Nachwägung nachprüfen. Die Kosten für die erste Kontrollwägung je Baustoff und Baulos und die Kosten von weiteren Kontrollwägungen, deren Ergebnis um mehr als +/- 1,5 v.H. von dem auf dem Wiegeschein oder Frachtbrief angegebenen Gewicht abweicht, werden nicht vergütet.

8.2.3 Zu den Kosten der Kontrollwägung rechnen alle unmittelbar (Transportkosten, Wiegegebühr usw.) und mittelbar (Wertminderung der Ladung, Einfluss auf den Baustellenbetrieb usw.) durch die Kontrollwägung entstehenden Kosten, jedoch nicht die Kosten für die Beaufsichtigung der Kontrollwägung durch den Beauftragten des Auftraggebers.

8.3 Baustoffnachweis (zu § 4 Ziffer 1) über Gewicht

Wiegescheine müssen die Angaben enthalten:

- Lieferwerk,
- Bezeichnung der Baustelle (...) mit dem Zusatz des Bereiches (...),
- eindeutige Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescheines,
- Datum und Uhrzeit der Wiegung,
- Netto-, Tara-, Bruttogewicht,
- Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen),
- Unterschrift des Wiegers.

8.4 Feststellung der Leistungen (zu § 14 Ziffer 2)

Sind für die Abrechnung Feststellungen auf der Baustelle notwendig, sind sie gemeinsam vorzunehmen; der Auftragnehmer hat sie rechtzeitig zu beantragen.

Die Beteiligung des Auftraggebers an der Ermittlung des Leistungsumfanges gilt nicht als Anerkenntnis.

Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendeten Aufmaßblättern müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:

- Auftraggeber
- Auftragnehmer
- Nummer des Aufmaßblattes
- Bezeichnung der Bauleistung mit örtlicher und räumlicher Zuordnung der Maßnahme
- Ordnungszahl (OZ)

Unmittelbar über den Unterschriften und dem Datum muss das Aufmaßblatt den Text enthalten: „Aufgestellt“.

9.0 Zahlungen (zu § 16)

Abschlagszahlungen (zu § 16 Ziffer 1)

9.1 Abschlagszahlungen auf die Baustelleneinrichtung und Vorhaltung werden im Verhältnis der angebrachten Teilleistungen zur Gesamtleistung gewährt.

9.2 Die Schlusszahlung wird unbeschadet der Bestimmung über die Aufstellung und Feststellung der Schlussrechnung erst nach der Abnahme geleistet, auch wenn dadurch die in § 16 Ziffer 3 festgelegte Frist überschritten wird.

10.0 Sonstiges (ohne direkten Bezug auf Paragraphen der VOB/B)

10.1 Anmeldung einer Betriebsstätte

Sofern der Auftrag an eine nicht in Dortmund ansässige Firma erteilt wird, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Beginn der Bauarbeiten dem Steueramt der Stadt Dortmund anzuzeigen und die schriftliche Bestätigung des Steueramtes dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.

10.2 Nachtragsleistungen

Preise für Nachtragsleistungen gem. § 2 VOB/B, die nicht unmittelbar aus den Wettbewerbspreisen des Hauptvertrages abgeleitet werden können und für die bei Ausführungsbeginn keine frei vereinbarten Preise vorliegen, sind als Selbstkostenpreise anzubieten.

10.3 Vergütung bei Änderungsvorschlägen oder Nebenangeboten (§ 2 Nr. 3 VOB/B)

10.3.1 Ist der Auftrag auf einen Änderungsvorschlag oder ein Nebenangebot erteilt worden, dann sind mit der vereinbarten Vergütung alle von dem Änderungsvorschlag oder dem Nebenangebot beeinflussten Leistungen abgegolten, die zur vollständigen Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden.

10.3.2 Alle angebotenen Preise gelten auch dann, wenn sich die Änderungsvorschläge während der Bauausführung ganz oder teilweise als nicht durchführbar erweisen und die geschuldete Bauaufgabe durch eine geänderte, abweichende Ausführungsart erfüllt werden muss.

10.3.3 Für jede gegenüber dem Hauptangebot geänderte Position (Vordersatz und /oder Preis) und jede neue Position übernimmt der Auftragnehmer die Mengengarantie. D.h., Mehrleistungen über die angebotene Menge der geänderten bzw. neuen Positionen hinaus werden nicht vergütet, Minderleistungen nach ausgeführter Leistung abgerechnet.

Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund

Die nachfolgenden Regelungen gelten bei Widersprüchen nur nachrangig gegenüber Teilnahmebedingungen, spezielleren besonderen Vertragsbedingungen (BVB) und Zusätzlichen (technischen) Vertragsbedingungen (ZVB) des jeweiligen konkreten Vertrags über Liefer- und Dienstleistungen oder Bauleistungen.

A Bedingungen für die Auftragserteilung (werden mit der Auftragserteilung Vertragsbestandteil)

1. Die Leistungsbeschreibung mit den zugehörigen Anlagen (Mustern) ist verbindlich.
2. Es gelten für Leistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL, Teil B) und für Bauleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistung (VOB, Teil B) sowie die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (VOB, Teil C).
3. Liegt dem Auftrag kein Angebot zugrunde, hat der*die Auftragnehmer*in die Annahme dieses Auftrags der Auftraggeberin schriftlich zu bestätigen. Die Auftraggeberin kann fristlos zurücktreten, wenn diese Bestätigung/ Empfangsanzeige nicht innerhalb von 10 Tagen (gerechnet vom 3. Tag nach der Aufgabe zur Post) eingeht.
4. Die Gesamtauftragssumme darf ohne schriftliche Genehmigung (Nachtragsauftrag) nicht überschritten werden. Leistungen, die nicht beschrieben sind, gelten als nicht bestellt und werden nicht vergütet.
5. Leistungen sind stets auf Rechnung und Gefahr des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin frei Verwendungsstelle durchzuführen. Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich durch Mitarbeiter*innen des*der Händlers*Händlerin. Bei der Beauftragung von Paketdiensten und Speditionen haftet der*die Auftragnehmer*in dafür, dass diese bis zur Verwendungsstelle liefern. Erfüllungsort ist die Verwendungsstelle, wenn nichts anderes vereinbart ist.
6. Zahlungen erfolgen innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug. Wenn bei Liefer- und Dienstleistungen der Rechnungsbetrag von Rechnungen jedweder Art (Abschlagszahlungen etc.) innerhalb von 21 Kalendertagen nach Leistungserbringung bzw. Eingang der Ware und der Rechnung beglichen wird, werden 2 % vom jeweiligen Rechnungsbetrag abgezogen, sofern nichts Abweichendes vereinbart wurde.
7. Falls die Lieferung nicht eingehalten werden kann, ist die Auftraggeberin sofort - wenn möglich fernmündlich - zu unterrichten.
8. Jeder Leistung oder Bauleistung ist ein Nachweis (z. B. Lieferschein, Abnahme oder Wiegezettel) beizufügen.
9. Die Rechnung ist sofort nach Leistung in zweifacher Ausfertigung mit Empfangs- oder Ausführungsbestätigung der Leistung oder Bauleistung einzureichen. Teillieferungen werden nicht gesondert abgerechnet. Auf der Rechnung sind anzugeben: Geschäftszeichen der Auftraggeberin, Zeit der Ausführung, Wohnung oder Geschäftssitz, Fernsprechnummer und Bank- oder Postbankkonto.
10. Für die Einreichung der Rechnung bei der Stadt Dortmund kann auch der elektronische oder digitale Rechnungseingang genutzt werden. Dabei ist das bei der Stadt Dortmund festgelegte Verfahren einzuhalten.
11. Verpackungstoffe sind vom*von der Auftragnehmer*in kostenlos zurückzunehmen und unter Beachtung der umweltrechtlichen Bestimmungen ordnungsgemäß zu entsorgen. Verpackungsmaterial sind sowohl Transportverpackungen (z.B. Paletten, Versandverpackungen, Transportsicherungen) als auch Umverpackungen (z.B. Schachtel um Dose, Blister um Schachtel) sowie Verkaufsverpackungen (z.B. Schachtel, Beutel, Flasche, Dose).
12. Die Abtretung von Forderungen des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin gegen die Auftraggeberin an Dritte ist ohne Genehmigung der Auftraggeberin ausgeschlossen.
13. Jede Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.
14. Soweit der*die Auftragnehmer*in Kaufmann*Kauffrau i.S. des HGB oder juristische Person des öffentlichen Rechts ist, ist der Gerichtsstand für beide Vertragsparteien Dortmund.
15. Sollten Teile dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Gültigkeit der sonstigen Vertragsbestimmungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich an die Stelle der unwirksamen Vertragsteile eine Bestimmung zu setzen, die dem wirtschaftlichen Zweck des Vertrages am nächsten kommt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
16. Der*die Auftragnehmer*in ist verpflichtet, die vertragliche Leistung frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (nachfolgend Schutzrechte) Dritter zu erbringen. Für den Fall der Schutzrechtsverletzung Dritter im Zusammenhang mit der Erbringung der vertraglichen Leistung stellt der*die Auftragnehmer*in die Auftraggeberin von allen aus der Schutzrechtsverletzung resultierenden Ansprüchen frei. Dies gilt nicht für Schutzrechtsverletzungen, die auf ein unmittelbares Handeln der Auftraggeberin beruhen.
17. Der*die Auftragnehmer*in räumt der Auftraggeberin ein ausschließliches sowie räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht hinsichtlich aller bekannten

und unbekannten Nutzungsarten an den von ihm im Zusammenhang mit dem vorliegenden Auftrag für die Auftraggeberin erstellten geschützten Werken (§ 2 UrhG) ein. Dies umfasst insbesondere aber nicht abschließend Gutachten, Pläne und Konzepte.

18. Soweit der*die Auftragnehmer*in zur Erfüllung seiner*ihrer vertraglichen Verpflichtungen ihm*ihr von der Stadt übermittelte personenbezogene Daten Dritter speichert oder sonst verarbeitet, verpflichtet sich der*die Auftragnehmer*in zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes NRW.
19. Alle Informationen, Geschäftsvorgänge und Unterlagen, die dem*der Auftragnehmer*in im Zusammenhang mit der vertraglichen Leistung bekannt werden, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gegenüber Dritten. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertrages bestehen. Der*die Auftragnehmer*in legt seinen*ihren von diesem Vertrag betroffenen Mitarbeitenden eine entsprechende Verpflichtung auf, soweit nicht eine solche arbeits- oder dienstrechtlich bereits besteht.
20. Im Übrigen sind die gesetzlichen Bestimmungen für das Vertragsverhältnis maßgebend. Lieferungs- und Geschäftsbedingungen des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin finden für die Ausführung dieses Auftrags keine Anwendung.
21. Dem*der Auftragnehmer*in steht ein Zurückbehaltungsrecht an seinen*ihren Leistungen nicht zu, es sei denn seine*ihre Ansprüche sind rechtskräftig festgestellt oder unstreitig.
22. Eine Leistungserbringung für die Stadt Dortmund hat bei Tätigkeiten mit Außenwirkung unter Rücksichtnahme auf die Leitbilder der Stadt Dortmund zu erfolgen. Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit. Im Einsatz für die Stadt Dortmund dürfen daher unabhängig von der eigenen Gesinnung keine Botschaften ausgelebt und zur Schau gestellt werden, die als beleidigend, anstößig, provozierend, extremistisch oder diskriminierend empfunden werden können. Gemeint sind insbesondere auch das Auftreten bzw. Erscheinungsbild des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin, sowie seiner*ihrer Nachunternehmer*innen, aber auch indirekte Meinungsäußerungen bzw. Darstellungen wie z.B. durch Werbung bzw. Plakattierungen auf Fahrzeugen, der Kleidung, Arbeitsgeräten etc..

B Bestechungsklausel für Auftrags- und Lieferungsverträge

1. Die Auftraggeberin ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der*die Auftragnehmer*in städt. Dienstkräften, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Geschenke oder andere Vorteile (auch Darlehn) anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des*der Auftragnehmers*Auftragnehmerin selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die für den*die Auftragnehmer*in mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung von Verträgen mit der Auftraggeberin befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Geschenke oder Vorteile an Dienstkräfte der Auftraggeberin unmittelbar oder in ihrem Interesse Angehörigen oder anderen ihnen nahestehenden Personen oder im Interesse des einen oder anderen einem anderen angeboten, versprochen oder gewährt werden.
2. Vor Ausübung des Rücktritts ist dem*der Auftragnehmer*in Gelegenheit zu geben, zu dem Tatverdacht Stellung zu nehmen.
3. Tritt die Auftraggeberin nach Abs. 1 vom Vertrag zurück, so ist sie berechtigt aber nicht verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugeben. Behält sie diese, so hat sie ihren Wert zu vergüten; werden sie zurückgegeben, so muss auch der*die Auftragnehmer*in die empfangenen Leistungen zurückgeben. Die Auftraggeberin kann vom*von der Auftragnehmer*in den Ersatz des Schadens verlangen, der ihr durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem*der Auftragnehmer*in gegen die Auftraggeberin auf Grund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
4. Andere gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

Baumaßnahme An der Palmweide in Dortmund-Barop	Vergabenummer B556/26
Angebot für Teile A bis C	

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes
Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Bau- und Abbruchabfällen sowie Baustellenabfällen

1. Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

- 1.1 Wird für die Verwertung bzw. Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle eine andere als die in der Leistungsbeschreibung genannte Lösung der Verwertung bzw. Beseitigung angeboten, hat der Bieter mit seinem Angebot mindestens nachzuweisen, dass
- die vorgesehene Anlage die Berechtigung zu Verwertung und Beseitigung sowie zur Aufnahme des Abfalls besitzt und der Betreiber rechtsverbindlich bestätigt hat, dass er die Bau- und Abbruchabfälle abnehmen wird,
 - bei Andienungspflicht (in der Regel gefährliche Abfälle zur Beseitigung) die Bestätigung der Abfallwirtschaftsbehörde vorliegt,
 - die Kosten der Abfallverwertung in die Einheitspreise eingerechnet sind,
 - die Kosten der Abfallbeseitigung benannt sind und vom Auftraggeber unmittelbar getragen werden können.
- 1.2 Soweit in den Vergabeunterlagen gefordert, hat der Bieter zu dem von der Vergabestelle benannten Zeitpunkt die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sowie für die jeweiligen Belastungsarten und Belastungsgrade die Verwertungs- und Beseitigungsanlage zu benennen und nachzuweisen, dass
- die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger zur Aufnahme des Bau- und Abbruchabfalls berechtigt sind und erklären, die Bau- und Abbruchabfälle abzunehmen,
 - die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sich damit einverstanden erklären, dass die Abfallwirtschaftsbehörde dem Auftraggeber Auskunft über ihre Eignung zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung erteilt,
 - die Anzeige nach § 53 KrWG erfolgt ist bzw.
 - die erforderliche Erlaubnis (§ 54 KrWG) vorliegt.

2. Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

- 2.1 Der Auftragnehmer wird sich bemühen, bei der Erbringung seiner Leistung Abfälle zu vermeiden (Bemühensklausel).
- 2.2 Der Auftragnehmer wird mit Aufnahme seiner Tätigkeit Abfallerzeuger und zugleich Besitzer der in der Leistungsbeschreibung näher aufgeführten Bau- und Abbruchabfälle. Er übernimmt die Pflichten des Auftraggebers zur Verwertung und Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen, insbesondere abfallrechtlichen Bestimmungen sowie des Standes der Technik und führt die von ihm zu erbringenden Nachweise.
- 2.3 Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Bau- und Abbruchabfälle nach den geltenden Vorschriften getrennt zu erfassen und zu halten sowie einer sachgerechten Entsorgung zuzuführen.

- 2.4 Die nach den abfallrechtlichen Bestimmungen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderlichen Erklärungen, Bestätigungen, Belege usw. sind dem Auftraggeber vorzulegen.

2.5 Verwertung von Abfällen

Die Abfälle sollen dem Wirtschaftskreislauf wieder zugeführt werden. Der Auftragnehmer hat mit dem Auftraggeber über die vorgesehene Verwertung Einvernehmen zu erzielen. Sämtliche recycelfähigen Baustoffe sind einer RC-Anlage zuzuführen, die der „Gütegemeinschaft Recyclingbaustoffe“ angehört.

Wiederverwertbare Altbaumaterialien (z.B. Rohre, Schienen), die bei Durchführung der Baumaßnahme anfallen, gehen in das Eigentum des Auftragnehmers über, soweit in der Leistungsbeschreibung nichts anderes bestimmt ist. Die Restwerte dieser Altbaustoffe sind bei der Bildung der Einheitspreise zu berücksichtigen.

Beabsichtigt der Auftragnehmer, die abzufahrenden Abfälle selbst zu verwerten (Übergang des Besitzes auf den Auftragnehmer), so gilt Nr. 1.

2.6 Entsorgung von nicht zum Wiedereinbau geeigneten Bodenmassen

Die Erdaushubmassen sind auf städtische Deponien zu transportieren.

Die Deponiegebühren (Wiege- und Deponierungskosten) trägt der Auftraggeber, soweit in der Leistungsbeschreibung nicht anders geregelt. Die Lade- und Transportkosten sind in die Einheitspreise der jeweiligen Positionen einzurechnen.

Soweit der vom Auftragnehmer vorgesehene Bauablauf von den Betriebszeiten der Deponien abweichende Anfahrzeiten erforderlich macht, sind diese mit der jeweiligen Deponieleitung rechtzeitig abzustimmen.

Daraus evtl. resultierende Mehrkosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

2.7 Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen

Nicht zu verwertende Bau- und Abbruchabfälle müssen auf den städt. Deponien entsorgt werden, soweit die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Es gelten die Satzungen über

- Abfallentsorgung in der Stadt Dortmund (Abfallsatzung – AbfS) und
- die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dortmund (Abfallgebührensatzung – AbfGS)

in den jeweils gültigen Fassungen.

Die Lade- und Transportkosten sowie die Deponiegebühren (gem. AbfGS) sind – soweit sie nicht als Besondere Leistungen in Positionen des LV beschrieben sind – in die Einheitspreise der jeweiligen Position einzurechnen.

Mehraufwendungen aufgrund von Satzungsänderungen der AbfS oder der AbfGS, die bis einen Tag vor Ablauf der Angebotsfrist bekannt gemacht wurden, werden nicht erstattet. Der Auftraggeber trägt die Kosten für evtl. gem. AbfS erforderliche Probeentnahmen und Gutachten, soweit es sich um die im LV beschriebenen Leistungen handelt.

	Vergabenummer	
	B556/26	
Baumaßnahme		
An der Palmweide in Dortmund-Barop		
Leistung		
Teile A bis C		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Bearbeitungsphasen, Datenaustausch, allgemeine Regelungen

1 Bearbeitungsphasen

Datenaustausch ist von der ausschreibenden Stelle / dem Auftraggeber vorgesehen für folgende Bearbeitungsphasen:

- Angebotsanforderung
- Angebotsabgabe
- Abrechnung.

2 Datenaustausch

Werden Angebotsdaten elektronisch ausgetauscht, erfolgt dies nach den Regelungen des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen – GAEB, Schnittstelle DA XML. Der Datenaustausch für die Abrechnung ist nach den Verfahrensbeschreibungen der Regelungen für Elektronische Bauabrechnung durchzuführen. Der Datenaustausch nach anderen Regelungen (z.B. Edifact) ist im Einzelfall zu vereinbaren.

Die Datenträger sind so zu kennzeichnen, dass eine eindeutige Zuordnung zum Vergabeverfahren bzw. zum Vertrag gewährleistet ist.

3 Abweichungen zwischen Datenaustauschdateien und schriftlicher Fassung

Die Datenaustauschdateien gelten als Arbeitsmittel. Bei Abweichungen zwischen den Datenaustauschdateien und der schriftlichen Fassung der Vergabe- oder Abrechnungunterlagen gilt die schriftliche Fassung. Inhaltliche Unterschiede gegenüber dem Datenträger sind vom Unternehmer in der schriftlichen Fassung zu kennzeichnen.

Anlage Wertung und Zusätzliche Vertragsbedingungen – Berücksichtigung eines Klimafaktors

Für die Umsetzung klimafreundlicher Maßnahmen wird im Rahmen der Angebotswertung ein Klimafaktor von bis zu 20 % der Angebotssumme berücksichtigt. Der Klimafaktor wird für die Angebotswertung als monetärer Wertungsvorteil von der Angebotssumme in Abzug gebracht.

Dieser Klimafaktor wird gewährt für alle Maßnahmen des Auftragnehmers in diesem Auftrag, die klimaschonender sind, als die herkömmliche Ausführung. Dies kann die alternative Verwendung von klimaneutral bzw. klimaschonend produzierten Baustoffen und Recyclingbaustoffen betreffen, aber auch klimaschonende Maßnahmen im Herstellungsprozess, im Rahmen der allgemeinen Unternehmenspolitik wie z.B. auf dem Bauhof des Auftragnehmers und sonstige innovative Möglichkeiten, soweit sie Auswirkungen auf die konkrete Leistungserbringung haben. Hierzu gibt es mehrere Qualitätsniveaus und innerhalb dieser auch verschiedene Möglichkeiten der Nachweisführung.

Möglichkeiten der Nachweisführung:

Im Folgenden werden die verschiedenen Qualitätsniveaus beschrieben. Die Nachweiserbringung für einzelne Kriterien der Qualitätsniveaus 1 und 2 kann dabei durch die nachstehend beschriebenen Zertifizierungen erfolgen. Bei den vorgeschlagenen Instrumenten handelt es sich exemplarisch um messbare Zertifizierungen. Alternative Zertifizierungen oder gleichwertige Nachweise sind ebenfalls zugelassen. Die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

Für die Nachweisführung für Qualität 3 wurde ein Fragebogen mit möglichen Kategorien und Nachweisen erstellt. Die Auflistung ist nicht abschließend, sondern kann durch eigene Themenfelder und auch durch alternative Nachweise ergänzt werden.

Zertifizierung über die CO₂-Performance Ladder/ CO₂-Leistungsleiter

Die CO₂-Performance Ladder stellt einen systematischen Nachweis dar, der vergaberechtlich vollständig die Einhaltung gewisser Kriterien und Vorgaben dokumentiert. Dieses Instrument wird bereits seit längerem in den Niederlanden und Belgien bei Beschaffungen erfolgreich eingesetzt. Eine Umsetzung in Irland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich erfolgt aktuell und auch in Dänemark wurde mit der Einführung begonnen.

Hauptziel der Ladder besteht darin, Unternehmen dazu zu motivieren, ihre CO₂-Emissionen genau zu analysieren und kontinuierlich nach Möglichkeiten zu suchen, diese Emissionen zu reduzieren – sowohl innerhalb des Unternehmens als auch in den jeweiligen Projekten. Die CO₂-Performance Ladder erfordert von den zertifizierten Unternehmen, dass sie nicht nur ihre aktuellen Emissionen offenlegen, sondern auch aktiv Maßnahmen ergreifen, um diese zu verringern.

Für die Nachweisführung bietet die Performance Ladder 2 Möglichkeiten.

- a) der Anbieter weist speziell auf Projektebene mit einer Projekterklärung nach, dass er (projektspezifisch) das Anspruchsniveau (und die darunter liegenden Niveaus) erfüllt, mit dem er sein Angebot abgegeben hat;
- b) der Anbieter verfügt über ein CO₂-Bewusstseins-Zertifikat. (**CO₂ Awareness Certificate**). Das CO₂-Bewusstseins-Zertifikat ist ein Nachweis für die Zertifizierung auf der Grundlage des Handbuchs 3.1 CO₂-Leistungsleiter. Damit weist der Anbieter nach, dass die gesamte Organisation auch bei den von ihr durchgeführten Projekten CO₂-bewusst handelt, wobei die Niveaus des Zertifikats und des Zuschlagskriterium vergleichbar sind.

Die CO₂-Performance Ladder unterteilt sich dabei in beiden Varianten in 5 Niveaus.

In beiden Fällen muss der Anbieter die Einhaltung des Zuschlagskriterium CO₂-Performance Ladder innerhalb eines Jahres nach der Auftragsvergabe und dann jährlich während der gesamten Laufzeit des Projekts nachweisen. Bei kurzfristigen Projekten muss die Einhaltung des Zuschlagskriterium CO₂-Leistungsleiter nach Abschluss des Projekts nachgewiesen werden.

Im Rahmen der Wertung wird berücksichtigt, auf welcher Stufe/welchem Niveau der CO₂-Performance Ladder die Einstufung erfolgt. Die Höhe des Wertungsvorteils je nach Niveau ist der beiliegenden Wertungstabelle zu entnehmen.

Weitergehende Informationen zur CO₂-Performance Ladder, zum Zertifizierungsverfahren und Zertifizierungsstellen findet man unter: www.co2performanceladder.com

Zur Gewährung des Wertungsvorteils ist das **CO₂ Awareness Certificate** mit dem Angebot einzureichen.

360°-Check der Handwerkskammer

Der 360°-Check der Handwerkskammer Dortmund bietet eine umfassende Bewertung der Nachhaltigkeitspraktiken eines Unternehmens, basierend auf den 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen. Diese ganzheitliche Analyse berücksichtigt sowohl betriebliche Prozesse als auch die Einhaltung von Umweltstandards und die Verwendung nachhaltiger Materialien. Der Check unterstützt Unternehmen dabei, ihre Nachhaltigkeitsstrategien tiefgehend zu evaluieren und zu optimieren.

Zur Gewährung des Wertungsvorteils für den 360°-Check ist die Teilnahmebescheinigung „Nachhaltigkeit im Handwerk 360°“ der Handwerkskammer mit dem Angebot einzureichen.

Der 360°-Check wird mit der Zertifizierung nach Stufe 1 der CO₂-Performance Ladder gleichgesetzt.

Für Unternehmen, die sowohl eine Zertifizierung der CO₂-Performance Ladder, als auch den 360°-Check nachweisen können, wird kein weiterer Wertungsvorteil für den 360°-Check gewährt.

Weitergehende Informationen zum 360°-Check, zum Zertifizierungsverfahren und Zertifizierungsstellen findet man unter: www.hwk-do.de/unternehmensberatung/nachhaltigkeit-profitieren-sie-vom-kostenfreien-check/

ÖKOPROFIT

Auszeichnung zum Ökoprofit-Betrieb

Ökoprofit unterstützt Unternehmen dabei, Betriebskosten zu senken und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Dabei bietet das Projekt flexible Lösungen unabhängig von Größe und Branchenzugehörigkeit des Betriebs. Es hat sich seit Jahren auch in Dortmund als Einstieg in ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement bewährt. Mit Angebotsabgabe ist die Auszeichnung zum Ökoprofit-Betrieb vorzulegen. Der Nachweis wird gleichgesetzt mit Stufe 2 der CO₂ Performance Ladder.

Unternehmensnetzwerk Klimaschutz

Das *Unternehmensnetzwerk Klimaschutz – Eine IHK-Plattform* vernetzt Unternehmen, die aktiv zum Klimaschutz beitragen und sich zukunftsfest aufstellen wollen. Das Netzwerk richtet sich insbesondere an kleinere Unternehmen und Mittelständler. Informations- und Qualifizierungsangebote begleiten auf dem Weg zur Klimaneutralität. Herz des Projekts ist eine digitale Plattform für den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Best Practices. In Zusammenarbeit mit Industrie- und Handelskammern erfolgen Einstiegsberatungen, Webinare und die Qualifizierung von Auszubildenden zu Energie-Scouts.

Die Mitgliedschaft im Unternehmensnetzwerk Klimaschutz ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen. Die Mitgliedschaft entspricht dem Qualitätsniveau 1.

Zertifizierung nach ISO 14001

Im Mittelpunkt der ISO 14001 steht der systematische Aufbau eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Dieser macht es Unternehmen und Organisationen jeder Art und Größe möglich, ihre Wirtschaftlichkeit und ihren Umweltschutz sowohl auf der betrieblichen Ebene als auch auf der Produktebene zu vereinen.

Dabei ist der Kerngedanke der DIN EN ISO 14001 die Förderung des Umweltschutzes, die Reduzierung von Umweltauswirkungen und somit die richtige Umsetzung von betrieblichen Umweltzielen. Als einziger zertifizierbarer Standard in diesem Bereich konzentriert sich die Norm

jedoch nicht nur auf die Auswirkungen auf das Ökosystem, sondern bezieht auch wirtschaftliche, politische und soziale Aspekte mit ein.

Mit Angebotsabgabe ist die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001 vorzulegen. Der Nachweis wird gleichgesetzt mit Stufe 2 der CO2 Performance Ladder.

Fragenkatalog Qualitätsniveau 3

Der beiliegende Fragenkatalog gibt Ideen zu Handlungsfeldern und der entsprechenden Nachweisführung.

Zur Gewährung eines Wertungsvorteils ist eine Beschreibung der sonstigen nachhaltigen Maßnahmen und Verhaltensweisen analog des Fragebogens, sowie die Vorlage von Nachweisen, die die nachhaltigere Umsetzung belegen, erforderlich. Die konkreten Anforderungen sind weiter unten unter Qualität 3 beschrieben.

Geeignete Dokumente zur Nachweisführung sind dem Fragenkatalog zu entnehmen. Die Aufzählung ist nicht abschließend, d.h. es können auch gleichwertige Nachweise übersandt werden.

Die Befassung mit dem Fragebogen dient als Arbeitshilfe für Qualitätsniveau 3.

Qualitätsniveaus:

Qualität 1:

Nachweis, dass das Unternehmen sich inhaltlich mit der Frage nach Potentialen zur nachhaltigen Leistungserbringung befasst und ein Bewusstsein für mögliche Maßnahmen und Verhaltensweisen entwickelt.

Qualität 2:

Umsetzung von Maßnahmen bzw. Umstellungen im Betrieb mit Bezug zur konkreten Auftragsdurchführung mit messbaren Ergebnissen im Bereich Ressourcenschonung, Einsparung von CO₂-Emissionen oder sonstigen messbaren Verbesserungen. Hinsichtlich der Abstufung wird sich an den Leistungsniveaus der CO₂-Performance Ladder orientiert.

Qualität 3:

Neben diesen prüfbaren Nachweisen, bzw. Zertifizierungen kann ein Wertungsvorteil gewährt werden für alle **sonstigen nachhaltigen Maßnahmen und Verhaltensweisen** des Auftragnehmers im Rahmen der Auftragsdurchführung.

Für konkrete nachhaltige Maßnahmen und Zielsetzungen ist mit Angebotsabgabe auf gesonderter Anlage darzulegen, welche Klimaschutzmaßnahmen und Alternativlösungen angeboten werden, warum hierdurch klimaschonender agiert wird (z.B. Materialwahl, Änderung in den Lieferketten, Einsparung von Wegen, Umstellung des Fuhrparks, klimaschonender Bauhof, frühzeitige Modernisierungen, Anschaffung Filter, Zertifizierungen, etc.) und gegenüberstellen wieso diese im Gegensatz zur herkömmlichen Vorgehensweise klimafreundlicher sind (z.B. CO₂ Ersparnis berechnen, Energiebilanzen).

Der Wertungsvorteil für Maßnahmen der Qualität 3 wird zusätzlich zu einem Wertungsvorteil der Qualitäten 1 und 2 gewährt.

Zur Gewährung des Wertungsvorteils sind prüfbare Nachweise mit Angebotsabgabe einzureichen. Geeignete Dokumente zur Nachweisführung sind dem Fragenkatalog zu entnehmen. Die Aufzählung ist nicht abschließend, d.h. es können auch gleichwertige Nachweise eingereicht werden.

Gewichtung des Wertungsvorteils:

Der Umfang des gewährten Wertungsvorteils ist abhängig von Art und Umfang der klimafreundlichen Maßnahmen. Die Gewichtung kann der beiliegenden Tabelle „Wertungstabelle Klimafaktor“ entnommen werden.

Die Prüfung, ob und in welcher Höhe Wertungsvorteile gewährt werden können, erfolgt anhand der Angaben des Bieters in der Wertungstabelle, einschließlich der mit einzureichenden zusätzlichen Konzepte und Nachweise.

Einzureichende und nachzureichende Unterlagen:

Mit Angebotsabgabe ist die „Wertungstabelle Klimafaktor“ ausgefüllt mit einzureichen. Angaben zum Fragebogen, ergänzende Erläuterungen oder Konzeptvorstellungen, sowie sonstige Nachweise (Zertifizierungen, Klimapässe, Bescheinigungen, etc.) sind als Anlage zum Angebot zu ergänzen. Wird die „Wertungstabelle Klimafaktor“ nicht oder nicht ausgefüllt mit eingereicht, besteht kein Anspruch auf Gewährung eines Wertungsvorteils. **Eine Nachforderung der „Wertungstabelle Klimafaktor“ erfolgt nicht.** Das Angebot verbleibt dann ggf. ohne Wertungsvorteil in der Wertung.

Die Anlagen (Angaben zum Fragebogen, ergänzende Erläuterungen, Konzeptvorstellungen, Zertifizierungen, Klimapässe, Bescheinigungen, etc.) sind in allen Qualitäten mit Angebotsabgabe einzureichen. Werden keine prüfbaren Unterlagen und Nachweise vorgelegt, kann in der jeweiligen Kategorie kein Wertungsvorteil berücksichtigt werden. **Eine Nachforderung von Anlagen erfolgt nicht.** Das Angebot verbleibt dann ggf. ohne Wertungsvorteil in der Wertung. Eine Aufklärung bezüglich der Maßnahmen in Qualität 3 ist möglich.

Bewertung und Überprüfung des Klimafaktors:

Die Überprüfung der Umsetzung und die Bewertung der erzielten Klimaerfolge erfolgt auch mit Unterstützung durch eine externe Begleitung, die seitens der Stadt Dortmund beauftragt wird. Bei den betroffenen Verfahren werden die eingereichten Nachweise und weitere erforderliche Angebotsinhalte diesem Partner im Rahmen der Angebotswertung zur Prüfung übermittelt. Auch im Rahmen der Auftragsdurchführung wird im Einzelfall die Umsetzung der angebotenen Maßnahmen durch diesen externen Partner überprüft und evaluiert. Dem Unternehmen ist daher im erforderlichen Maß Einsicht in entsprechende Unterlagen zu gewähren. Benötigte Daten und Nachweise sind kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Mit Angebotsabgabe stimmen Sie der Evaluation der Maßnahmen und auch der Einsichtnahme eines beteiligten Dritten zu und stellen die benötigten Informationen zeitnah zur Verfügung.

Vertragsstrafen

Für die Überprüfung der Einhaltung behält sich der Auftraggeber vor auch während der Auftragsdurchführung Nachweise anzufordern und Kontrollen vor Ort durchzuführen.

Bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Falschangabe wird eine Vertragsstrafe in Höhe des im Rahmen der Vergabe gewährten Wertungsvorteils von der Gesamtsumme des Auftrages einbehalten.

Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt. Hierzu vereinbaren die Parteien Folgendes:

1. Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

1.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

a) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich

- eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
- eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
- einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

b) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene (§ 1 Abs. Absatz 3 TVgG) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen.

c) bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen. Diese Pflicht gilt auch, sofern das

gemäß lit. a) und b) zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

- 1.2. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die bei der Ausführung des Auftrags beteiligten Nachunternehmen die in Ziffer 1.1. genannten Pflichten ebenfalls einhalten.
- 1.3. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nicht für Auftragnehmer, die unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches fallen.

2. Kontroll- und Prüfrecht

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- a) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
- b) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

3. Kündigung aus wichtigem Grund; Vertragsstrafe

- 3.1. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,
 - a) wenn der Auftragnehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. verletzt,
 - b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass die Nachunternehmen eine Pflicht aus Ziffer 1. einhalten oder
 - c) wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus Ziffer 2. nicht nachkommt.
- 3.2. In den in Ziffer 3.1. genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet.
- 3.3. Im Übrigen berühren Ziffer 3.1. und 3.2. nicht die weiteren Rechte der Vertragsparteien.

Fragenkatalog Qualitätsniveau 3

Baustellenbezogene Maßnahmen

1. Haben Sie Maßnahmen zur Reduzierung von direkten Emissionen umgesetzt (z.B. Maschinen und E-Mobilität)?
 - *Nachweis: Dokumentation der installierten Systeme oder Maßnahmen.*

Maßnahmen bei der Fertigung/ im Betrieb

1. Beziehen Sie elektrischen Strom aus dem öffentlichen Netz?
2. Verwenden Sie erneuerbare Energien (z.B. Solar, Wind, Wasserkraft)?
 - *Nachweis: Verträge mit den Energieversorgern oder Herkunftsnachweise.*
3. Haben Sie Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz umgesetzt (z.B. LED-Beleuchtung, energieeffiziente Maschinen)?

Maßnahmen im Rahmen der Logistik

1. Führen Sie eine CO₂-Bilanz Ihrer Lieferkette durch?
 - *Nachweis: CO₂-Bilanzberichte oder Zertifikate der Lieferanten.*
2. Nutzen Sie Transportdienstleistungen für die Produkte oder Dienstleistungen.
 - *Nachweis: Transportrechnungen und CO₂-Berechnungen der Dienstleister.*
3. Haben Sie Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen in der Lieferkette umgesetzt (z.B. Kooperation mit klimafreundlichen Lieferanten, Optimierung der Logistik)?
 - *Nachweis: Vereinbarungen mit Lieferanten oder Berichte über Logistikoptimierungen.*

Maßnahmen im Rahmen von Vorfertigung/ Modulbau oder ähnlichem

1. Welche Maßnahmen zur Reduktion der direkten Emissionen planen Sie für das ausgeschriebene Produkt oder die ausgeschriebene Dienstleistung umzusetzen?
 - *Nachweis: Dokumentation der Maßnahmen und deren Effekte.*
2. Nutzen Sie erneuerbare Energien speziell für die Produktion des Produkts oder die Bereitstellung der Dienstleistung?
 - *Nachweis: Verträge mit Energieversorgern oder Herkunftsnachweise.*
3. Welche energieeffizienten Maßnahmen wurden speziell für die Produktion des Produkts oder die Dienstleistung umgesetzt?
 - *Nachweis: Projektdokumentationen und Rechnungen für energieeffiziente Technologien.*

Maßnahmen im Bereich Recycling

1. Welcher Anteil der verwendeten Materialien in dem Produkt ist recyceltes Material?
 - *Nachweis: Materialzertifikate oder Lieferantendokumentationen.*

Bei den benannten Nachweisen handelt es sich um Beispiele zur Nachweisführung. Alternative Nachweise sind ebenfalls zugelassen, sofern sie gleichwertig zu den benannten Nachweisen sind.

Wertungstabelle: Wertungsvorteil Klimafaktor

Kategorie	Unterkategorie	Zertifikate bzw. Anlagen beigelegt	Berücksichtigung in der Wertung/ maximaler Wertungsvorteil in % der Angebotssumme	Wertungsvorteil IST (Eintragung der Vergabestelle)
Qualität 1:*				
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 1	☐	5%	Im Rahmen der Wertung wird der Wertungsvorteil für das höchste erfüllte Niveau berücksichtigt, d.h. max 5 %
360°-Check der HWK		☐	3%	
Unternehmensnetzwerk Klimaschutz		☐	3%	
Qualität 2:*				
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 2	☐	+ 2 %	Im Rahmen der Wertung wird der Wertungsvorteil für das höchste erfüllte Niveau berücksichtigt, d.h. max. 9 %, die benannten, alternativen Nachweise werden mit dem Niveau 2 gleichgesetzt, es erfolgt keine doppelte Berücksichtigung, maximal können in Qualität 2 9 % erreicht werden
Ökoprofit Auszeichnung	≈ Niveau 2	☐	+ 3 %	
DIN EN ISO 14001	≈ Niveau 2	☐	+ 3 %	
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 3	☐	+ 5 %	
	Niveau 4	☐	+ 7 %	
	Niveau 5	☐	+ 9 %	
Qualität 3:				
Sonstige nachhaltige Maßnahmen und Verhaltensweisen beizubehalten Fragebogen **		☐	bis zu 6 % Je Themenbereich werden max. 2 % Wertungsvorteil gewährt, jedoch insgesamt max 6 %. Die Ergänzung weiterer/ alternativer Themenbereiche ist zulässig.	
Wertungsvorteil insgesamt:			max. 20 %	%
* Zertifikate und Nachweise sind zur Berücksichtigung zwingend mit Angebotsabgabe vorzulegen				
** die konkrete Benennung der Maßnahmen, auf deren Grundlage ein Wertungsvorteil gewährt werden soll, ist auf gesonderter Anlage einzureichen. Ergänzend sind zur Berücksichtigung zwingend Nachweise und Berechnungen zum Nachweis der Umsetzung bzw. Auswirkung vorzulegen. Mehrere Themenfelder und die Möglichkeiten zur Nachweisführung werden exemplarisch im Fragenkatalog aufgeführt. Eine alternative Nachweisführung ist zulässig, soweit die Nachweise prüfbar sind und Rückschlüsse auf die erzielten Klimaerfolge geben können.				

Die Wertungssumme wird wie folgt ermittelt:

Angebotssumme netto

abzüglich angebotenem Nachlass in %

= Angebotssumme netto neu

Angebotssumme netto neu

abzüglich Wertungsvorteil IST (Angebotssumme netto neu * X %)

= Wertungssumme

Sofern keine Maßnahmen nach Qualität 1-3 angeboten werden, oder nicht die erforderlichen Nachweise und Zertifikate mit eingereicht werden, wird kein Wertungsvorteil berücksichtigt. Das Angebot verbleibt unter Berücksichtigung angebotener Nachlässe mit dem Angebotspreis in der Wertung.

Wertungstabelle Wertungsvorteil Klimafaktor

Wertungstabelle: Wertungsvorteil Klimafaktor

Kategorie	Unterkategorie	Zertifikate bzw. Anlagen beigelegt	Berücksichtigung in der Wertung/ maximaler Wertungsvorteil in % der Angebotssumme	Wertungsvorteil IST (Eintragung der Vergabestelle)
Qualität 1:*				
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 1	☐	5%	Im Rahmen der Wertung wird der Wertungsvorteil für das höchste erfüllte Niveau berücksichtigt, d.h. max 5 %
360°-Check der HWK		☐	3%	
Unternehmensnetzwerk Klimaschutz		☐	3%	
Qualität 2:*				
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 2	☐	+ 2 %	Im Rahmen der Wertung wird der Wertungsvorteil für das höchste erfüllte Niveau berücksichtigt, d.h. max. 9 %, die benannten, alternativen Nachweise werden mit dem Niveau 2 gleichgesetzt, es erfolgt keine doppelte Berücksichtigung, maximal können in Qualität 2 9 % erreicht werden
Ökoprofit Auszeichnung	≈ Niveau 2	☐	+ 3 %	
DIN EN ISO 14001	≈ Niveau 2	☐	+ 3 %	
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 3	☐	+ 5 %	
	Niveau 4	☐	+ 7 %	
	Niveau 5	☐	+ 9 %	
Qualität 3:				
Sonstige nachhaltige Maßnahmen und Verhaltensweisen beispielsweise Fragebogen **		☐	bis zu 6 % Je Themenbereich werden max. 2 % Wertungsvorteil gewährt, jedoch insgesamt max 6 %. Die Ergänzung weiterer/ alternativer Themenbereiche ist zulässig.	
Wertungsvorteil insgesamt:			max. 20 %	%
* Zertifikate und Nachweise sind zur Berücksichtigung zwingend mit Angebotsabgabe vorzulegen				
** die konkrete Benennung der Maßnahmen, auf deren Grundlage ein Wertungsvorteil gewährt werden soll, ist auf gesonderter Anlage einzureichen. Ergänzend sind zur Berücksichtigung zwingend Nachweise und Berechnungen zum Nachweis der Umsetzung bzw. Auswirkung vorzulegen. Mehrere Themenfelder und die Möglichkeiten zur Nachweisführung werden exemplarisch im Fragenkatalog aufgeführt. Eine alternative Nachweisführung ist zulässig, soweit die Nachweise prüfbar sind und Rückschlüsse auf die erzielten Klimaerfolge geben können.				

Die Wertungssumme wird wie folgt ermittelt:

Angebotssumme netto
abzüglich angebotener Nachlass in %
= Angebotssumme netto neu

Angebotssumme netto neu
abzüglich Wertungsvorteil IST (Angebotssumme netto neu * X %)
= Wertungssumme

Sofern keine Maßnahmen nach Qualität 1-3 angeboten werden, oder nicht die erforderlichen Nachweise und Zertifikate mit eingereicht werden, wird kein Wertungsvorteil berücksichtigt. Das Angebot verbleibt unter Berücksichtigung angebotener Nachlässe mit dem Angebotspreis in der Wertung.

Mindestanforderungen an Nebenangebote für das Liefern, lagern und verlegen von Straßenablaufaufsätzen

Gemäß Leistungsverzeichnis sind die im Zuge der Baumaßnahme benötigten Straßenablaufaufsätze frei Baustelle liefern und lagern und zu verlegen.

Geforderte Eigenschaften:

Aufsatz : Pult
Form: Quadratischer Aufsatz in Pultform
[AVUS 5-Aufsatz in Pultform]
Größe: Kennmaß 500 / 530 mm
Klasse: D 400
Hersteller: Meier-Guss
Art.-Nr. B028620
Rostschlitz: 36 mm
Einlaufquerschnitt: ca. 1260 cm²
Gewicht: ca. 99 kg
Material: Rost und Rahmen aus Gusseisen
Mit bruchsicHERem Doppelgelenkscharnierung,
Eimerauflage und mit MEIPREN®-Einlagen.

Aufsatz Längsrekorder

Angaben zum neuen Aufsatz:
Form: Längsaufsatz in Pultform,
Größe: Kennmaß 305 / 545 mm,
Klasse: D 400,
Hersteller: Meier-Guss,
Art.-Nr.: B023845,
Rostschlitz: 34,5 mm,
Einlaufquerschnitt: ca. 915 cm²,
Gewicht: ca. 72 kg,
Material: Rost und Rahmen aus Gusseisen
Mit bruchsicHERem Doppel-Sicherheitsgelenk,
Eimerauflage und mit MEIPREN®-Einlagen.

Nebenangebote über ein Gleichwertiges Produkt sind zugelassen.
Aufgrund der geforderten Eigenschaften der Aufsätze ist eine allgemeine Beschreibung der Leistung nicht möglich. Die Aufsätze erfüllen die seitens der Stadt Dortmund aufgestellten Anforderungen an Qualität, Haltbarkeit und Wartungsfreundlichkeit.

Mindestanforderungen an Nebenangebote für das Liefern, lagern und verlegen von Schachtabdeckungen

Gemäß Leistungsverzeichnis sind die im Zuge der Baumaßnahme benötigten Schachtabdeckungen frei Baustelle liefern und lagern und zu verlegen.

Geforderte Eigenschaften:

Angaben zur neuen Schachtabdeckung:
Hersteller: Meier Guss, Art.-Nr.: 114 211
System MEIESTEP mit integrierter
Aufnahmebuchse für eine Haltestange
(Einstiegshilfe), Klasse D 400, Lichte Weite: 600
mm.

Rahmen:

=> Voll-Guss-Rahmen, rund, hochziehbar, Bauhöhe:
160 mm.

mit integrierter unlösbar verbundener
Aufnahmebuchse MEISTEP für eine runde
Haltestange (Durchmesser: 38 mm)

Deckel:

=> Beton-Guss, rund mit Ventilation und
austauschbarer dämpfender Einlage MEIPREN

Ringschmutzfänger (mit Öffnung):

=> schwer, Stahl verzinkt mit Kreuzstange
gemäß Herstellervorgabe.

Anmerkung:

Die Aufnahmebuchse für die Einstiegshilfe muss
über dem Steigeisengang ausgerichtet werden!

Nebenangebote über ein Gleichwertiges Produkt sind zugelassen.
Aufgrund der geforderten Eigenschaften der Schachtabdeckungen
ist eine allgemeine Beschreibung der Leistung nicht möglich. Die
Schachtabdeckungen erfüllen die seitens der Stadt Dortmund
aufgestellten Anforderungen an Qualität, Haltbarkeit und
Wartungsfreundlichkeit.

Baustellenbezogene Vertragsbedingungen als Ergänzung zu den ZVB (VHB FB 215) Fahrbahn und Brückensanierung An der Palmweide

0.0 Hinweise / Neuerungen:

Ersatzbaustoffverordnung

Mit Einführung der neuen Ersatzbaustoffverordnung wurden die Leistungspositionen zum Aushub von Böden und vorhandenen Oberbauten geändert. Die Änderungen sind den einzelnen Leistungspositionen, deren Vortexten sowie dem Pkt. 4.13 „Bestandsuntersuchung“ zu entnehmen.

1.0 Allgemeines

Grundsätzlich sind die Arbeiten nach den aktuellen Richtlinien des Tiefbauamtes auszuführen. Mit dem Vertragsabschluss wird seitens des AG ein kontinuierliches Bauen erwartet.

Die Bauleistungen gliedern sich wie folgt:

Teil A – Straßenbau – Fahrbahnsanierung auf ca. 5.000,00 m²

Teil B - Brückenarbeiten – Instandsetzung der Abdichtung, Gussasphaltschutzschicht, der Geländer und Randsteine. Bei den Brückenbauarbeiten sind die Regelungen der ZTV- ING zu beachten

Teil C - Markierung

Aus Gründen der Koordinierung und des Bauablaufes werden die vorgenannten Teile gemeinsam ausgeschrieben und vergeben.

Die in den Teilen A,B und C getrennt aufgeführten Auflagen in den Baustellenbezogenen Vertragsbedingungen finden auf alle ausgeschrieben Teile Anwendung.

Die zu erbringenden Arbeiten ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung. Zusätzlicher Hinweis auf die Regelung zum Bauablauf und zu den Ergänzungen zu den Einzelpositionen unter Punkt 11.

Für die Angebotsabgabe mittels GAEB-Datei (sowie für die Erstellung von Nebenangeboten und Nachträgen) gilt die vom AG vorgegebene OZ-Hierarchie.

Die Stadtverwaltung Dortmund wird bei Bedarf die Baumaßnahme in ihrem Internetauftritt als laufende Baumaßnahme mit entsprechenden Zusätzen/Erklärungen aufnehmen. Dazu gehört u.a. auch eine zentral erreichbare Rufnummer des AN.

1.1 Verwendete Abkürzungen

AG = Auftraggeber
AN = Auftragnehmer
LV = Leistungsverzeichnis
BA = städt. Bauaufsicht
NU = Nachunternehmer
DEW21 = Dortmunder Energie und Wasser
DONETZ = Dortmunder Netz GmbH.

2.0 Beschreibung der Baustelle -..

Mit der Baufeldübergabe beginnt für den AN die Verkehrssicherungspflicht für das übergebene Baufeld, die hierfür benötigten zusätzlichen Abspermaterialien sind in der Position Verkehrssicherung einzurechnen.

Die Stadt Dortmund beabsichtigt, die Fahrbahn der Straße „An der Palmweide“ zwischen der Baroper Bergstraße und der Emil-Figge-Straße auf einer Länge von ca. 593 m zu sanieren.

Die Gesamtmaßnahme wird in zwei Bauabschnitten durchgeführt. Die Sanierung des Brückenbauwerks ist nicht Gegenstand dieses Leistungsbereichs und wird gesondert unter **Teil B** beschrieben. Die Markierungsarbeiten werden ebenfalls gesondert ausgeschrieben und sind unter **Teil C** aufgeführt.

Grundlage für die Planung und Ausführung der Maßnahme ist das der Ausschreibung beigelegte Gutachten.

Zur Erläuterung des Bauablaufs und der vorgesehenen Verkehrsführung sind der Ausschreibung entsprechende **DIN-A3-Pläne** für die beiden Bauabschnitte sowie für das Brückenbauwerk beigelegt. Die Pläne sind Bestandteil der Vergabeunterlagen und bei der Angebotsbearbeitung sowie der Ausführung der Leistungen zu berücksichtigen.

In dem beiliegenden Verkehrskonzept ist für das Arbeiten auf der Brücke im Gehweg am Geländer beidseitig das Regelblatt B I/6 nicht vorgegeben. Bitte dieses zusätzlich bei der Angebotsbearbeitung sowie der Ausführung der Leistungen zu berücksichtigen.

Ausführungsfristen und Bauablauf

Die Ausführung der Leistungen erfolgt mit verbindlichen Ausführungsfristen.

- **Ausführungsbeginn:** 24.05.2027
- **Fertigstellungstermin:** 06.08.2027

Die Baumaßnahme ist in zwei Bauabschnitte zu unterteilen. Das Brückenbauwerk befindet sich im zentralen Bereich der Gesamtmaßnahme und ist in die Bauablaufplanung entsprechend einzubinden.

Bauabschnitt 1

Im 1. Bauabschnitt sind die Arbeiten zur Fahrbahnsanierung im Abschnitt zwischen der Baroper Bergstraße und dem Brückenbauwerk sowie die Arbeiten am Brückenbauwerk selbst gleichzeitig aufzunehmen.

Die Leistungen der Fahrbahnsanierung sind innerhalb dieses Bauabschnitts vollständig fertigzustellen. Nach Abschluss der Fahrbahnsanierungsarbeiten ist unverzüglich mit den Leistungen des 2. Bauabschnitts zu beginnen.

Bauabschnitt 2

Im 2. Bauabschnitt sind die Arbeiten zur Fahrbahnsanierung im Abschnitt von der Brücke Emschergerossenschaft/Rüpingsbach bis zum Kreuzungsbereich Emil-Figge-Straße auszuführen.

Die Fahrbahnsanierungsarbeiten des 2. Bauabschnitts sind parallel zu den Arbeiten am Brückenbauwerk durchzuführen. Die Fertigstellung des 2. Bauabschnitts ist mit der Fertigstellung der Brückenbauarbeiten zu koordinieren.

Besondere Anforderungen

Der Auftragnehmer hat den Bauablauf so zu planen und durchzuführen, dass die vorgenannten Ausführungsfristen eingehalten werden. Die zeitliche Abstimmung der einzelnen Bauabschnitte sowie der parallelen Leistungen am Brückenbauwerk obliegt dem Auftragnehmer. Sämtliche Leistungen sind bis spätestens **06.08.2027** vollständig fertigzustellen.

Bauabschnitt 1.

Detaillierte Baubeschreibung:

Beginn: In Höhe Baroper Bergstraße / An der Palmweide
Ende: Brückenbauwerk Emschergenossenschaft/Rüplingsbach
Baulänge ca. 285,00 m
Gesamtfläche ca. 2.650,00 m²
Fahrbahnbreiten zwischen 5,20 m, 7,10 m, 7,30 m, 8,00 m und 9,20 m
Zusätzliche Flächen inbegriffen:
Beisterweg ca. 130,00 m²
Diekmüllerbaum ca. 50,00 m²

Hauptfahrbahn:

Von der Ecke Baroper Bergstraße / An der Palmweide bis Ende An der Palmweide HsNr. 20 soll auf einer Länge von ca. 139,00 m die bituminöse Deckschicht auf ca. 1.200,00 m² in einer Stärke von i.M. von ca. 4 cm entfernt und erneuert werden.

Die Wiederherstellung erfolgt:
Deckschicht AC 8 DS, ca. 4,00 cm

Entfernen von Durchbrüche:

Im Bereich von Ecke Baroper Bergstraße bis An der Palmweide HsNr. 14 soll im Randbereich auf ca. 50,00 m Länge ca. 100,00 m² Fläche und ab HsNr. 14 mittig in der Fahrbahn auf ca. 25,00 m Länge ca. 50,00 m² Fläche die bituminöse Binderschicht in einer durchschnittlichen Stärke von ca. 6,00 cm entfernt und erneuert werden.

Die Wiederherstellung erfolgt:
Binderschicht AC 16 BS, ca. 6,00 cm

Entfernung und Wiederherstellung des kompletten bituminösen Asphaltoberbaus:

Von in Höhe An der Palmweide Ende HsNr. 20 bis zur Brücke Emschergenossenschaft soll auf einer Länge von ca. 147,00 m der komplette bituminöse Asphaltoberbau in einer Stärke von i.M. von ca. 12 cm auf ca. 1.110,00 m² entfernt und erneuert werden.

Die Wiederherstellung erfolgt
Vorprofilierung des ungebundenen Oberbaus
Asphalttragschicht AC 22 TS, ca. 8,00 cm
Deckschicht AC 8 DS, ca. 4,00 cm.

Aufnahme von teerhaltigen Materials:

Parkstreifen FR. Baroper Bergstraße zwischen HsNr. 26 bis in Höhe HsNr.20 soll auf einer Länge von ca.76,00 m der komplette teerhaltige Asphaltoberbau in einer Stärke von i.M. von ca.4,00 cm und dem teerdurchtränkten Materials /Boden in einer Stärke von i.M von ca. 23,00 cm auf ca.160,00 m² entfernt und erneuert werden.

siehe Gutachten BK 15.

Die Wiederherstellung erfolgt:
HKS 0/45: 15,00 cm
Asphalttragschicht AC 22 TS, ca. 8,00 cm
Deckschicht AC 8 DS, ca. 4,00 cm.

Angrenzende Stichstraßen:**Beisterweg:**

Entfernung der Deckschicht in einer Stärke von ca. 4,00 cm im Beisterweg auf ca. 130,00 m²

Diekmüllerbaum:

Entfernung der Deckschicht in einer Stärke von ca. 4,00 cm im Beisterweg auf ca. 50,00 m²

Die Wiederherstellung erfolgt:

Deckschicht AC 8 DN, ca. 4,00 cm

Anschlussarbeiten vor dem angrenzenden Brückenbauwerk beidseitig im Gehweg

Entfernung des Asphaltoberbaus in einer Stärke von ca. 8,00 cm von 2. Einzelflächen auf ca. 20,00 m²

Profilierung des ungebundenen Oberbaus.

Die Wiederherstellung erfolgt:

Asphalttragschicht AC 16 TL, ca. 5,50 cm

Deckschicht AC 5 DL, ca. 2,50 cm

Entwässerung:

Punktuellem Aus und Erneuerung der vorhandenen und zum Teil überasphaltierten 1.-reihigen Rinne beidseitig an ca. 7 nicht zusammenliegenden Teilbereichen auf ca. 325,00 m mit Betonpflaster 16/24/14.

Punktuellem Aus und Erneuerung der vorhandenen 2.-reihigen Rinne an 4 nicht zusammenliegenden Baumscheiben auf ca. 15,00 m mit Betonpflaster 16/24/14.

Schachtrahmen:

Die in der Fahrbahn befindlichen Schachtrahmen werden im Bohrverfahren auf die neue Fahrbahnhöhe angepasst.

Bohrverfahren:

8. Stück

Kappenregulierungen in der Fahrbahn:

5. Stück

Sinkkastenaufsätze:

SK:

12. Stück

Entfernung defekter Betonringe und Aufsätze, Erneuerung der Aufsätze

Fahrbahnmarkierung Teil C:

Gesonderte Baubeschreibung

Fertigstellung eines Bauabschnittes vor Beginn des nächsten Bauabschnittes unter Berücksichtigung der beiliegenden Verkehrsregelplänen...

Bauabschnitt 2.

Detaillierte Baubeschreibung:

Beginn: In Höhe Brücke Emschergenossenschaft/Rüplingsbach

Ende: In Höhe Kreuzungsbereich Emil Figge Straße

Baulänge ca. 308,00 m

Gesamtfläche: 2.350,00 m²

Fahrbahnbreiten zwischen ca. 6,10 m, 7,30 m, 7,80 m, 10,00 m, 10,60 m

Hauptfahrbahn:

Von der Dehnungsfuge der Brücke Emschergenossenschaft soll auf einer Länge von ca. 76,00 m der komplette bituminöse Asphaltoberbau auf ca. 550,00 m² in einer Stärke von i.M. von ca. 13,00 cm entfernt und erneuert werden.

Die Wiederherstellung erfolgt:

Vorprofilierung des ungebunden Oberbaus

Asphalttragschicht AC 22 TS, ca. 10,00 cm

Deckschicht AC 8 DS, ca. 4,00 cm

Entfernen von bituminösen Durchbrüchen:

Im Bereich kurz davor und in Höhe der Zufahrt An der Palmweide HsNr. 50/52/54 sollen ca. an 3. nicht zusammenliegenden Teilbereichen auf ca. (10,00 m²/8,00 m² und 30,00 m²) der Asphaltoberbau in einer durchschnittlichen Stärke von ca. 13 cm entfernt werden und erneuert werden.

Die Wiederherstellung erfolgt:

Asphalttragschicht AC 22 TS, ca. 10,00 cm

Deckschicht AC 8 DS, ca. 4,00 cm

Entfernung und Wiederherstellung der teerhaltigen und bituminösen Asphaltdeckschicht:

Von der DB – Brücke bis Bauende soll auf einer Länge von ca. 232,00 m die bituminöse Asphaltdeckschicht in einer Stärke von i.M. von ca. 4 cm auf ca. 1050,00 m² und teerhaltige Deckschicht in einer Stärke von i.M. von ca. 4 cm auf ca. 700,00 m² entfernt und erneuert werden.

Die Wiederherstellung erfolgt:

Deckschicht AC 8 DS, ca. 4,00 cm

Zusätzliche Entfernung und Wiederherstellung der teerhaltigen und bituminösen Binderschicht:

Im Bereich kurz davor und in Höhe An der Palmweide HsNr. 56 sollen ca. an 2. nicht zusammenliegenden Teilbereichen auf ca. 30,00 m Länge ca. 110,00 m² und auf ca. 30,00 m Länge ca. 60,00 m² die bituminöse Binderschicht in einer durchschnittlichen Stärke von ca. 6 cm entfernt und erneuert werden.

In Höhe An der Palmweide HsNr. 56 links neben der Gaststätte Gazzetta im Parkstreifen, soll auf einer Länge von ca. 30,00 m Länge ca. 60,00 m² die bituminöse Binderschicht in einer durchschnittlichen Stärke von ca. 6 cm entfernt und erneuert werden.

Im Bereich von An der Palmweide HsNr.58 im Kurvenbereich mittig in der Fahrbahn auf ca. 5,00 m Länge ca. werden 10 m² Fläche die teerhaltige Binderschicht in einer durchschnittlichen Stärke von ca. 6 cm entfernt und erneuert

Die Wiederherstellung erfolgt:

Asphaltbinderschicht AC 16 BS, ca. 6,00 cm

Angrenzende Stichstraße:

Schönaustraße:

Entfernung der Deckschicht in einer Stärke von ca. 4,00 cm auf ca. 50,00 m²

Die Wiederherstellung erfolgt:

Deckschicht AC 8 DN, ca. 4,00 cm

Anschlussarbeiten hinter dem angrenzenden Brückenbauwerk beidseitig im Gehweg

Entfernung des Asphaltoberbaus in einer Stärke von ca. 8,00 cm von 4. Einzelflächen auf ca. 60,00 m²

Profilierung des ungebundenen Oberbaus.

Die Wiederherstellung erfolgt:

Asphalttragschicht AC 16 TL, ca. 5,50 cm

Deckschicht AC 5 DL, ca. 2,50 cm

Erstellung eines Fahrradüberwegs im Bereich kurz hinter der DB - Brück

Im vorgenannten Bereich sollen ein Fahrradüberweg auf ca. 3,50 m Breite auf ca. 28,00 m² in „Barrierefrei Light“-Anlehnung an das Regelblatt 28 der Richtlinien für den Straßenbau in Dortmund in Betonpflaster grau 10/20/8 mit einer Einfassung mit Betonpflaster 16/24/14 umgebaut werden.

Die in dem Regelblatt 28 festgelegten Borde fallen weg und werden durch Betonpflastersteine in Form von 16/24/14 ersetzt.

Zufahrtbereich in Höhe HsNr. 53 in FR. Emil Figge Straße

Regulierung von 9,00 m Naturborde

Gehwegaufnahme in AFB auf ca. 20,00 m²

Profilierung des ungebundenen Oberbaus

Die Wiederherstellung erfolgt:

Asphalttragschicht AC 16 TL, ca. 5,50 cm

Deckschicht AC 5 DL, ca. 2,50 cm

Zufahrtbereich in Höhe HsNr. 53 gegenüber FR. DB - Brücke

Regulierung von 6,00 m Naturborde

Gehwegaufnahme in AFB auf ca. 12,00 m²

Profilierung des ungebundenen Oberbaus

Die Wiederherstellung erfolgt:

Asphalttragschicht AC 16 TL, ca. 5,50 cm

Deckschicht AC 5 DL, ca. 2,50 cm

Neuanschluss eines Straßenablaufes

Ausbau/Versetzung zum Randbereich als Neuanschluss an bestehendes Anschlussrohr in Höhe HsNr. 56.

Entwässerung:

Punktuellem Aus und Erneuerung der vorhandenen und zum Teil überasphaltierten 1.-reihigen Rinne beidseitig an 3. nicht zusammenliegenden Teilbereichen auf ca. 155,00 m mit Betonpflaster 16/24/14.

Schachtrahmen:

Die in der Fahrbahn befindlichen Schachtrahmen werden im Bohrverfahren auf die neue Fahrbahnhöhe angepasst.

Bohrverfahren:

9. Stück

Kappenregulierungen in der Fahrbahn:

9. Stück

Sinkkastenaufsätze:

SK:

12. Stück

Entfernung defekter Betonringe und Aufsätze, Erneuerung der Aufsätze

Fahrbahnmarkierung Teil C:

Gesonderte Baubeschreibung

Fertigstellung eines Bauabschnittes vor Beginn des nächsten Bauabschnittes unter Berücksichtigung der beiliegenden Verkehrsregelplänen.

Zusätzliche Informationen und Ergänzungen

Die Aufnahme der Asphaltsschichten erfolgt gemäß den Vorgaben des beiliegenden Gutachtens. Dabei werden bituminöse und teerhaltige Materialien getrennt aufgenommen.

Die Fahrbahnbreiten sind bei der Kalkulation der entsprechenden Positionen zu berücksichtigen.

Aufwendungen für An- und Abbau der Straßenfertiger werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Richtungsfahrbahn ist ohne Längsnaht herzustellen.

Zusätzliche Ergänzungen zu den Einzelpositionen unter Punkt 11.

Asphaltarbeiten im Bereich der Fahrbahn:

Mehrkosten durch Klein- oder Mindermengen sind in die Einheitspreisen entsprechend mit einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Schächte und Einbauten:

Im Baubereich befindliche Einbauten (Sinkkästen, Schächte,...etc.) diese sind höhengleich den neuen Fahrbahnniveau anzupassen.

Die kleinteiligen Arbeiten, die Behinderungen und die daraus resultierenden Erschwernisse sind in die Positionen mit einzukalkulieren.

Außerhalb des Baufelds können keine Lagerflächen seitens des AG zur Verfügung gestellt werden. Dementsprechend ist die Lagerung von Materialien und Maschinen nur im entsprechenden Maße innerhalb der Baustelle möglich. Diese Umstände sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und mit einzurechnen.

DSW21:

Während der Maßnahme werden seitens der DSW21 die vorhandenen Bushaltestellen jeweils verlegt bzw. die Buslinien umgeleitet. Diesbezüglich hat sich der AN rechtzeitig vor Baubeginn mit der DSW21 abzustimmen.

Die Abstimmung ist durch den AN zu koordinieren und in den Bauablauf zu integrieren. Ansprechpartner von DSW21 für die Umsetzung/Umleitung der Haltestellen sind Herr Heiko Bornemann, E-Mail: h.bornemann@dsw21.de , Tel.: 0231 955-3312 oder vertretungsweise Herr Matthias Pamp, E-Mail: m.pamp@dsw21.de.

Die o. g. Punkte werden nicht gesondert vergütet. Der AN hat sich über diese ggf. erforderlichen Umstände vor Angebotsabgabe zu informieren. Nachträgliche Forderungen gleich welcher Art werden seitens des AG nicht anerkannt.

Während der Bauarbeiten ist sicherzustellen, dass die Müllabfuhr reibungslos funktioniert. Sollten die Müllfahrzeuge die Baustelle nicht ungehindert passieren können, sind die Mülltonnen am Tage der Entleerung vom AN zu einem Sammelplatz, den die Müllabfuhr ungehindert erreichen kann, zu stellen und nach der Entleerung wieder zurückzubringen. Der Aufwand ist entsprechend des Tourenplanes der EDG ebenfalls in die Einheitspreise der OZ 310.1.01.10 einzukalkulieren.

In dem Bauabschnitt sind ca. 25 Mülltonnen je Abfallart zum Sammelpunkt und zurück gemäß Tourenplan der EDG zu transportieren. Die Wegstrecke zur Sammelstelle außerhalb der Baustelle beträgt maximal 60 m.

<u>Tourenplan der EDG für (Bereich(e))</u>		<u>l</u>
- Restmüll	1 -wöchentl.	
- Bio	1 -wöchentl.	
- Papier	1 -wöchentl.	
- Wertstoff	1 -wöchentl.	

Lage der Baumaßnahme

Die Straße An der Palmweide ist aufgrund ihrer geografischen Lage eine wichtige Infrastrukturverkehrsstraße mit zum Teil beidseitigen Gehwegen, Parkstreifen und angrenzende Zufahrten in Dortmund Hombruch

Dementsprechend ist die Lagerung von Materialien und Maschinen nur in geringerem Maße innerhalb der Baustelle möglich. Hierdurch entstehende Kosten und Erschwernisse sind in die Einheitspreise der LV-Positionen einzurechnen. Behinderungen, die daraus resultieren werden nicht anerkannt.

Schäden, die im Zuge der Wiederherstellung der Oberflächenbefestigung entstehen, gehen zu Lasten des AN, ggf. sind Schutz- und Sicherungsmaßnahmen einzurichten. Die Kosten sind in die Einheitspreise der LV-Positionen einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Der Anliegerverkehr zu den Betrieben, Häusern Grundstücken, Garagen und Parkplätzen muss immer verkehrssicher zur Verfügung stehen. Hierzu sind geeigneten Provisorien (z. B. Brücken, Stahlplatten, Anrampungen...etc.) vorzusehen, die es jedem erlauben, auf kurzem Wege seine Ziele sicher und sauber zu erreichen. Die dadurch entstehenden Kosten und Erschwernisse sind in die Einheitspreise der LV-Positionen einzurechnen.

Während der kompletten Bauzeit muss darauf geachtet werden, dass keine Baustoffe und Schüttgüter die Befahrbarkeit der Bauabschnitte und freigegebenen Fahrbahn behindert. Dies gilt auch für Materialeien, die außerhalb der täglichen Bauzeit angeliefert werden.

Des Weiteren ist bei dem Bauablauf eine durch Baumbestand eingeschränkte Arbeitshöhe und Breite zu beachten.

Darüber hinaus hat der ausgeschriebene Bauabschnitt an den stadtüblichen Berufsverkehrszeiten ein hohes

Verkehrs- u. Fußgängeraufkommen. **Diese besonderen Erschwernisse sind bei der Kalkulation einzurechnen bzw. mit einzukalkulieren.**

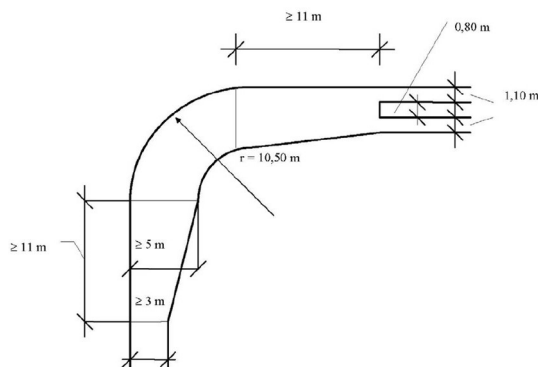
Auflagen der Feuerwehr:

Die Befahrbarkeit und Erreichbarkeit der Schönaustr., des Am Kucksberg und der Baroper Burgstr. sind jederzeit zu ermöglichen (Anrampungen etc.). Ebenso ist die Feuerwehrezufahrt der Hausnr. 50-54 jederzeit nutzbar zu halten. Vor Hausnummer 26 ist eine Aufstellfläche für die Kraftfahrdrehleiter vorzusehen und freizuhalten.

Zu allen Gebäuden ist ein geradliniger, mindestens 1,25 Meter breiter Zugang vorzusehen. Die Befahrbarkeit ist durch ggf. erforderliche Anrampungen etc. jederzeit sicherzustellen.

Grundsätzlich ist gemäß der unten dargestellten Skizze auf allen Straßen / Wegen auf geraden Teilstücken durchgängig ein 3 Meter breiter und in Kurven 5 Meter breiter Bereich für Fahrzeuge der Feuerwehr freizuhalten. Der Kurvenradius von 10,5 Meter ist einzuhalten.

Weitere Details sind der Musterrichtlinie über Flächen für die Feuerwehr (Fassung Februar 2007), zuletzt geändert durch Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom Oktober 2009, zu entnehmen.



Sollten Straßenvollsperrungen erforderlich werden, so benachrichtigen Sie (**als ausführende Firma**) uns frühzeitig unter der Telefon-Nr. 0231/ 845 2170 oder e-mail: 37sperrungen@stadtdo.de. Dabei sind der Sperrbereich und der Zeitraum der Sperrung anzugeben.

Es ist dringend notwendig, die Beendigung der Maßnahme ebenfalls per Telefon oder per e-mail anzuzeigen.

Folgende Informationen sind dem Sachgebiet Einsatzplanung / Einsatzvorbereitung mitzuteilen:

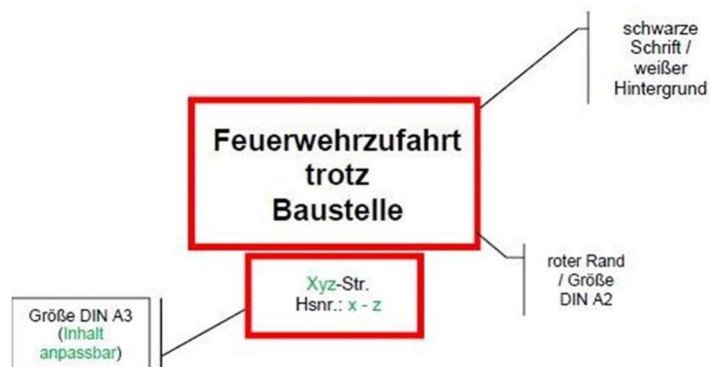
a) Einrichtung der Sperrung

- Straße (von Hausnr.; bis Hausnr.)
- Zeitraum (von Datum / Uhrzeit; bis voraussichtlich Datum / Uhrzeit)
- Art der Vollsperrung (Vollsperrung aber befahrbar für die Feuerwehr/ Vollsperrung, keine Befahrbarkeit)

b) Aufhebung der Sperrung

- Straße (von Hausnr.; bis Hausnr.)
- Aufhebung der Sperrung (Datum / Uhrzeit)

Die jeweiligen Zufahrten sind mit folgender Beschilderung gut sichtbar zu kennzeichnen:



2.1 Ausführung des Oberbaues

In Anlehnung der "Richtlinien für den Straßenbau in Dortmund" ist die folgende Oberbaukonstruktion vorgesehen.

Bauabschnitt 1.

Hauptfahrbahn:

100,00 kg/m² ca. 4,00 cm AC 8 DS
150,00 kg/m² ca. 6,00 cm AC 16 BS
200,00 kg/m² ca. 8,00 cm AC 22 TS
250,00 kg/m² ca. 10,00 cm AC 22 TS

Einmündungsbereich Beisterweg:

100,00 kg/m² ca. 4,00 cm AC 8 DN

Einmündungsbereich Diekmüllerbaum:

100,00 kg/m² ca. 4,00 cm AC 8 DN

Bauabschnitt 2.

Hauptfahrbahn:

100,00 kg/m² ca. 4,00 cm AC 8 DS
150,00 kg/m² ca. 6,00 cm AC 16 BS
250,00 kg/m² ca. 10,00 cm AC 22 TS

Einmündungsbereich Schöнау Straße:

100,00 kg/m² ca. 4,00 cm AC 8 DN

2.2 Informationsschreiben

Der AN hat ca. 3. Wochen vor Baubeginn und nach Aufforderung durch den AG die betroffenen Anlieger über die jeweiligen durchzuführenden Bautätigkeiten in Form eines Informationsschreibens in Kenntnis zu setzen. Die Informationsschreiben werden in Zusammenarbeit mit dem AG erstellt und sind vom AN zu vervielfältigen und an die betroffenen Anlieger zu verteilen. Die Schreiben sollten DIN A 4 Blattgröße erhalten und in ca. 100 Exemplaren erstellt werden. Die hierbei entstehenden Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

2.3 Baustellenverordnung

Seitens des Bauherren ist es bei dieser Baumaßnahme nicht notwendig, die Forderung der Baustellenverordnung (BaustellV) vom 16.06.1998, § 3, umzusetzen.

Nach Prüfung des Umfangs, der Art der Arbeiten und weil der AN der alleinige Arbeitgeber bei der Baumaßnahme ist, wird auf die Bestellung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators verzichtet.

Sollte der AN wider erwartend einen Nachunternehmer einsetzen, ist ein externer Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator nach RAB 30 vom AN zu stellen. Die Bestellung eines Koordinators durch den AN wird nicht gesondert vergütet. Dieser Koordinator ist dem AG schriftlich zu benennen.

Die vom AN gewählten Arbeitsweisen und Verfahren der Baumaßnahme sind mit dem Koordinator abzustimmen. Als Basis der Koordination hat der AN 14 Tage vor Baubeginn der Arbeiten die Gefährdungsbeurteilung und einen detaillierten Bauzeitenplan, sowie die erforderlichen arbeitssicherheitsrelevanten Nachweise und Angaben zu den verantwortlichen Personen vorzulegen. Diese Abstimmung und Koordination der Arbeitsvorgänge mit dem AG bzw. dessen Koordinator entbindet den AN nicht von seiner Verantwortung für die Arbeitssicherheit auf der Baustelle.

2.4 Bauzeitenplan

Spätestens 14 Tage nach Auftragserteilung ist vom AN ein detaillierter Bauzeitenplan vorzulegen, um die Gesamtmaßnahme in dem vorgegebenen Finanzierungs- und Zeitrahmen abschließen zu können. In diesem Plan sind die Arbeiten sämtlicher am Bau beteiligten Gewerke zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Verlegung von Kabeln und Leitungen anderer Versorgungsunternehmen, die nicht an dieser Ausschreibung beteiligt sind. Der Plan ist vor Beginn der Bauarbeiten mit dem AG abzustimmen und in wöchentlichen Abständen zu überprüfen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die hierbei entstehenden Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

2.5 Ausführungsunterlagen

2.6

Nach Auftragsvergabe werden folgende Unterlagen an den AN übergeben:

Keine

3.0 Baustelleneinrichtung

Flächen für die Baustelleneinrichtung können vom AG nicht zur Verfügung gestellt werden und müssen angemietet werden.

3.1 Bauwagen - Unterkünfte - Container

Es dürfen nur Bauwagen, Unterkunftswagen und Container in guten baulichen Zustand, außen neu gestrichen, aufgestellt werden.

3.2 Toiletten

Sanitäre Einrichtungen sind in ausreichendem Maße vorzusehen, sie müssen an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden und sind gegen Einsicht - auch aus den umliegenden Häusern - zu schützen.
Sollte ein Anschluss an das öffentliche Kanalisationsnetz nicht möglich sein, so ist die Abwasserbeseitigung mit der BA abzustimmen.

3.3 Wasser- und Stromversorgung

Die Herstellung der Wasser- und Stromanschlüsse, sowie aller anderen erforderlichen Installationen, sind ohne besondere Vergütung Sache des AN.
Nähere Auskünfte erteilen die zuständigen Versorgungsunternehmen. Die Kosten für die verbrauchten Wasser- und Strommengen trägt der AN.

3.4 Firmenschilder

Firmenschilder des AN dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung der städt. Bauleitung aufgestellt werden und müssen in Form und Gestaltung einheitlich sein.

3.5 Zufahrten

An- und Abfahrtswege sind während der Bauzeit vom AN auf eigene Kosten sauber zu halten.

3.6 Städt. Baubüro

Nicht erforderlich

4.0 Regelungen zum Bauablauf

Die Ausführung der Maßnahme ist ausschließlich während der spielfreien Sommerpause der Fußball-Bundesliga ab Ende Mai 2027 bis Anfang August 2027 zulässig. Urlaubsbedingte Arbeitsunterbrechungen oder Kapazitätseinschränkungen des Auftragnehmers während der Ausführungszeit werden vom Auftraggeber nicht anerkannt.

Die Anlieger sowie die betroffenen Gewerbetreibenden sind durch den Auftragnehmer mindestens drei Wochen vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu informieren.

Diese Sanierungsarbeiten werden erhebliche negative Auswirkungen auf den Verkehrsablauf haben. Von daher ist eine Vollsperrung der betroffenen Fahrbahn aus verkehrlicher Sicht, sowie unter Berücksichtigung der Interessen von Anliegern sowie ansässigen Gewerbebetrieben, vertretbar. Darüber hinaus hat mit Baubeginn der Bauablauf, die Umsetzung der Baumaßnahme wie vorgegeben zu erfolgen b.z.w. muss wie vorgegeben umgesetzt werden.

Folgendes ist daher in die Einheitspreise mit einzukalkulieren:

- der Einsatz von mindestens zwei Asphaltfertigern
- der eventuell erforderliche werdende Einsatz von mehreren Kolonnen, mehreren und sehr großen Maschineneinheiten und die Umsetzung mehrerer Gewerke parallel u. gleichzeitig

Die o. g. Punkte werden nicht gesondert vergütet. Der AN hat sich über diese ggf. erforderlichen Umstände vor Angebotsabgabe zu informieren. Nachträgliche Forderungen gleich welcher Art werden seitens des AG nicht anerkannt. Die vorgenannten besonderen Regelung zum (erschwerten) Bauablauf und die daraus resultierenden Erschwernisse, sind miteinzuplanen und in die jeweiligen Einheitspreise miteinzurechnen bzw. einzukalkulieren

Das mehrmalige Umbauen b.zw. Versetzen der Verkehrsführung ist mit in die jeweiligen Einheitspreise miteinzurechnen bzw. einzukalkulieren.

Die Einholung der behördlichen Genehmigungen sind seitens des AN in Anlehnung an seinen vom AG genehmigten Bauzeitenplan ist immer rechtzeitig vorzunehmen.

Eine besondere Vergütung erfolgt auch hier nicht.

Vermehrte Nivelliere und Vermessungsleistungen aufgrund der einzelnen Bauabschnitte werden nicht gesondert vergütet. Die Erschwernisse und Mehraufwendungen infolge der Arbeiten sind in die jeweilig benötigten Positionen einzukalkulieren.

Der AN hat sich über diese ggf. erforderlichen Umstände vor Angebotsabgabe zu informieren. Nachträgliche Forderungen gleich welcher Art werden seitens des AG nicht anerkannt. Die vorgenannte besondere Regelung zum (erschwerten) Bauablauf und die daraus resultierenden Erschwernisse, sind miteinzuplanen und in die jeweiligen Einheitspreise miteinzurechnen bzw. einzukalkulieren. Auch der mehrmalige, vielfache u. erschwerte An- und Abtransport von Baugeräten, Baustoffen, Verkehrsführung, Beschilderungen, Baustellenabsicherungen ist einzuplanen und in die jeweiligen Einheitspreise miteinzurechnen bzw. einzukalkulieren.

4.1 Verkehrssicherung, Verkehrsführung

Eine vorabgestimmte Verkehrsführung ist Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen. Bei der Einreichung zur Genehmigung der „Verkehrlichen Anordnung ist mit einer Wartezeit von ca. 4 bis 6 Wochen zu rechnen.

Die erforderlichen Sicherungen der jeweiligen Arbeitsstellenbereiche gemäß ZTV-SA, der StVO und den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO hat der AN zu veranlassen.
Sie erfolgt in Anlehnung an den der Ausschreibung anhängenden Regelplänen und weiteren Vorgaben.

Fußgänger und Radfahrer sind immer sicher und eben durch die Baustelle zu führen. Bei der Einrichtung der Verkehrssicherung ist sicherzustellen, dass insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen, d.h. mit eingeschränktem Wahrnehmungsvermögen oder mit reduzierter Mobilität den Baustellenbereich selbstständig durchqueren können. Die hierfür anfallenden Kosten und Erschwernisse sind in die Einheitspreise der jeweiligen LV-Positionen einzukalkulieren.

Dem AN obliegt ferner die volle Verkehrssicherungspflicht auf den in den Ausschreibungsunterlagen ausgewiesenen Flächen. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme und endet zu dem Zeitpunkt nach Abschluss aller Bauarbeiten, an dem die Abnahmebescheinigung (EFB-ABnB 1 und 2) von beiden Parteien unterzeichnet worden ist.

Der Aufwand für das Freihalten von Verkehrsflächen, die für die auszuführenden Arbeiten benötigt werden (z.B. durch das Aufstellen von Halteverbotsschildern, etc.), ist in die Position der Verkehrssicherung einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

4.2 Versorgungsleitungen und Kabel

Über das Vorhandensein und die Lage von Leitungen und Kabeln im Baustellenbereich hat sich der AN bei den zuständigen Verwaltungen und Behörden vor Beginn der Bauarbeiten zu unterrichten.

Alle notwendigen Abstimmungsgespräche sind mit der BA durchzuführen.

Der AN ist außerdem verpflichtet, beim Aushub mit der nötigen Sorgfalt und Umsicht zu verfahren, um auch unbekannt liegende Leitungen nicht zu beschädigen. Spätere Einwände, die sich auf Unkenntnis der Verhältnisse stützen, berechtigen nicht zu Nachforderungen.

Bei allen Arbeiten, die im Zusammenhang mit Ver- bzw. Entsorgungsleitungen stehen, sind die Merkblätter, Arbeitsanweisungen und Schutzvorschriften der einzelnen Versorgungsträger bzw. des Eigenbetriebes Stadtentwässerung (EB 70) genau zu beachten. Die Beschaffung der o.g. Unterlagen ist Sache des AN.

Die Kosten für die Beseitigung evtl. auftretender Schäden an Kabeln und Leitungen, die durch die Bauarbeiten entstehen, hat der AN zu tragen.

Ramm-, Bohr- und Verbauarbeiten in unmittelbarer Nähe von Leitungen sind vom AN den entsprechenden den Ver- und Entsorgungsunternehmen rechtzeitig anzuzeigen.

Notwendige Schutzmaßnahmen sind abzusprechen.

Neu- oder Umlegungsarbeiten der Versorgungsbetriebe sind vom AN zu koordinieren.

Evtl. Behinderungen oder Wartezeiten bedingt durch Arbeiten der Versorgungsunternehmer werden vom AG nicht vergütet.

4.3 Straßenbeleuchtung

Eventuell entstehende Kosten durch Behinderungen, verursacht durch das Aufstellen bzw. das Umsetzen von Beleuchtungsanlagen während der Bauzeit werden nicht gesondert vergütet. Die Arbeiten werden von den durch den „Betriebsdienstleiter Straßenbeleuchtung“ oder der DONETZ beauftragten Firmen ausgeführt.

Die notwendigen Arbeiten sind vom AN mit dem „Betriebsdienstleiter Straßenbeleuchtung“ oder der DONETZ und den von dem „Betriebsdienstleiter Straßenbeleuchtung“ oder der DONETZ beauftragten Firmen abzustimmen und im Arbeitsablauf zu berücksichtigen.

4.4 Bautätigkeit durch andere Unternehmer

Der AN hat keinen Anspruch auf Vergütung für evtl. Behinderungen, die durch mangelnde Abstimmung mit anderen Unternehmern bedingt sind (wie z.B. Leitungsverlegungen, Höhenregulierungen von Einbauten etc).

AG dieser Unternehmer können sowohl die Stadt Dortmund als auch die zuständigen Versorgungsbetriebe (DONETZ, DEW21, T-Com, DOKOM21 etc.) sein.

4.5 Straßenentwässerung

Sämtliche Anschlüsse der Straßenentwässerung an bestehende Entwässerungskanälen oder an vorhandene Einsteigeschächte müssen vom Kanalbetrieb abgenommen werden. Die Abnahme ist rechtzeitig zu beantragen.

Kanalbetrieb (70/4-5-1): Telefon: 50-29054

Die Lage der neu gesetzten Straßenabläufe ist digital mit Koordinaten nach UTM zu dokumentieren und dem AG in digitaler Form (DXF-Format) zu übergeben.

4.6 Baumscheiben, Straßenbegleitgrün und Baumschutz

Alle durch den AN hergestellten Baumscheiben und sonstigen Grünflächen sind bei Erstellung durch den zuständigen städtischen Grünpflegebetrieb abnehmen zu lassen. Die Abnahme ist rechtzeitig zu beantragen.

Während des gesamten Bauablaufs sind zwingend die **DIN EN 18920** (Schutz von Bäumen auf Baustellen) und die **R SBB** in der zur Zeit dieser Ausschreibung gültigen Fassung zu beachten.

Sämtliche Eingriffe in Wurzelbereiche von Bäumen sind mit dem Grünflächenamt 63/3 (Technische Dienste) – Herrn Terme, Telefon: 50-28603 vor Ort abzustimmen.

4.7 Baubesprechungen

Der verantwortliche Bauleiter des AN hat Abstimmungsgespräche nach Absprache einmal pro Woche durchzuführen. Der AN erstellt das Protokoll des Abstimmungsgesprächs. Dieses wird spätestens zur nächsten Baubesprechung übergeben. Nachforderungen oder Bauzeitenverlängerungen, die auf mangelnder Absprache mit den beteiligten Stellen beruhen, werden nicht anerkannt.

4.8 Dokumentation

Während der gesamten Bauzeit sind Baustellenfotos (ca. 30 Farbfotos in der Größe 10x15 cm), entsprechend dem Baufortschritt pro Bauabschnitt anzufertigen. Die Kosten für die Erstellung der Fotos sind in die LV-Position 310.1.01.10 einzurechnen. Entsprechende Farbausdrucke werden inklusive einer CD mit digitalen Bildern ebenfalls akzeptiert. Das Fotomaterial ist der Schlussrechnung beizufügen.

4.9 Lastplattendruckversuche

Bereiche, die von anderen Firmen (Versorgungsleitungen etc.) in Anspruch genommen wurden, sind in einem Übernahmeprotokoll festzuhalten und mit den erforderlichen Prüfprotokollen zu ergänzen. Die hierfür notwendigen Prüfungen sind durch den Verursacher (Versorgungsträger etc.) zu beauftragen und zu vergüten. Kopien des Übernahmeprotokolls und der Prüfprotokolle sind dem Auftraggeber zu übergeben.

4.10 Kontrollprüfungen / Eigenüberwachung (Kanalbau)

- Seitens des Auftraggebers ist vorgesehen gemäß ZTV-Kanalbau folgende Kontrollprüfungen durchzuführen:
Leitungszone bzw. Grabenverfüllung, Proctorwert: Eine Prüfung je 50 m Haltung
Erdplanum oder Frostschutz- oder Mineraltragschicht, Ev2-Wert : Eine Prüfung je 50 m Haltung
- Mit der Weiterverfüllung der überprüften Bauteile darf erst nach Vorliegen der Prüfungsergebnisse (i.d.R. nach 24 h) und Anordnung der örtlichen Bauüberwachung begonnen werden.
- Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Unterlagen und Ergebnisse der im Rahmen der Eigenüberwachung nach RAL-GZ 961 durchgeführten Untersuchungen kostenfrei zur Verfügung. Bei Sanierungsverfahren werden dem Auftraggeber vor Sanierungsbeginn die Handbücher mit der Verfahrensbeschreibung des jeweiligen Sanierungsverfahrens zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Zuschlagserteilung zeitgleich mit der jeweiligen Meldung der Baustellen an den Güteschutz Kanalbau, sofern die Mitgliedschaft als Eignungskriterium in den Vergabeunterlagen angegeben ist, auch den Auftraggeber über die Abgabe der Meldung der Baustelle zu unterrichten (Kopie an den Auftraggeber).

4.11 Vermessungsarbeiten

Das Abstecken der Achsen o.ä. wird vom AG nur einmal durchgeführt und die Punkte anschließend dem AN übergeben. Die Sicherung der Punkte und Achsen obliegt dem AN.

Die Sicherung und Unterhaltung sowie Schutz gegen Beschädigung und Verlust sämtlicher vom Vermessungs- und Katasteramt vermarkten Festpunkte obliegt dem AN. Die Wiederherstellung beschädigter oder verlorengegangener Festpunkte wird auf Kosten des AN vom Vermessungsamt vorgenommen. Für eine Behinderung durch Vermessung wird keine Vergütung gewährt.

4.12 Immissionsschutz (Lärm, Staub, Schmutz)

Es sind die Auflagen des Staatlichen Umweltamtes in Hagen zu beachten. Vor dem Einsatz von lärmintensiven Baumaschinen hat sich der AN mit dem Staatlichen Umweltamt in Hagen in Verbindung zu setzen.

Bei der Baudurchführung, insbesondere beim Einsatz von Maschinen und Geräten sind die Lärmschutzvorschriften, u.a. die Technische Anleitung Lärm, in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Sofern aus besonderen Gründen Lärmentwicklung bei Nacharbeiten, an Sonn- und Feiertagen nicht zu vermeiden sind, muß ein Antrag an das Staatliche Umweltamt in Hagen gestellt werden.

Der AN stellt den AG von allen Ansprüchen Dritter frei, die aus Anlaß von Immissionseinwirkungen u. dgl. geltend gemacht werden.

Kosten für Lärminderungsmaßnahmen gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise des LV einzurechnen.

Bei Fräsarbeiten oder Aufnahme von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt sind grundsätzlich die Technischen Regeln für Gefahrstoffe „Tätigkeiten mit potenziell asbesthaltigen mineralischen Rohstoffen und daraus hergestellten Zubereitungen und Erzeugnissen“ – TRGS 517 zu beachten. Besondere Aufmerksamkeit gilt hier dem Punkt 5.7 „Besondere Schutzmaßnahmen – Kaltfräsen von Verkehrsflächen“. Die Gesteinsarten Diabas und Basalt sind gemäß Anlage 1 der TRGS 517 als potenziell asbesthaltig eingestuft. Das Vorhandensein dieser Gesteinsarten im Straßenoberbau kann nicht ausgeschlossen werden. Beim Fräsen der Straßenbefestigung muss daher, im unmittelbaren Nahbereich der Fräse, mit partikelförmigen Gefahrstoffen (z.B. Asbestfasern) gerechnet werden. Für die Fräsarbeiten sind ausschließlich Straßenfräsen, gemäß den TRGS 517, Pkt. 5.7.2.1 (2) einzusetzen, die über eine entsprechende BGI-Zertifizierung verfügen. Dies gilt für Straßenfräsen ab einer Fräsbreite von $\geq 2,0$ m und in Ortsdurchfahrten ab einer Fräsbreite von $\geq 1,0$ m. Die Schutzmaßnahmen sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Bei Fräsarbeiten in kontaminierten Bereichen – insbesondere bei PAK-belastetem Asphalt – sind die Anforderungen der **TRGS 524** zwingend zu beachten. Ziel ist es, die Freisetzung und Ausbreitung gesundheitsgefährdender Stoffe wie polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoffe (PAK) in die Umgebungsluft zu vermeiden.

4.13 Bestandsuntersuchung

Die der Ausschreibung beigefügte Bestandsuntersuchung mit den Ergebnissen der chemischen Analyse nach der Ersatzbaustoffverordnung / BBodSchV sowie der quantitativen Bestimmung des PAK-Gehaltes im Feststoff und des Phenolindex im Eluat der aufzunehmenden und zu entsorgenden Materialien werden vom AN als Deklarationsanalyse anerkannt. Die Deklarationsanalyse gilt als Abrechnungsbasis für die aufzunehmenden und zu verwertenden Materialien. Sollte der der AN weiterführende Untersuchungen für notwendig halten, so sind die Kosten hierfür durch den AN zu tragen.

Eine Anerkennung der Ergebnisse der zusätzlichen Untersuchungen durch den AG erfolgt nur, wenn:

1. die Probenahmen vorschriftsmäßig erfolgen und die chemischen Analysen von einem unabhängigen Labor durchgeführt werden, welches im Vorfeld dem AG benannt wird,
2. die Probenahmen im Beisein des AG stattfinden,
3. die Mischproben dem Mischprobenplan entsprechen, welcher der Deklarationsanalyse zu Grunde liegt, die der Ausschreibung zur Erstellung des Angebotes beilieg,
4. die Untersuchungen / Beurteilungen nach Ersatzbaustoffverordnung / BBodSchV entsprechend den vom AG durchgeführten Deklarationsanalysen erfolgen.

4.14 Kampfmittel

Allgemeine Vorgaben:

Werden bei den Erdarbeiten Gegenstände gefunden, die nicht einwandfrei als ungefährlich bestimmt werden können, so ist sofort das Amt für öffentliche Ordnung, Herr Brinkmann, F: 50-22978 oder Herr Niedzialkowski, F: 50-25955 (außerhalb der Dienstzeit: Umweltdienst der Feuerwehr, F: 8452839), der zuständige Schutzbereich der Polizei und der AG zu verständigen.

Die Arbeit muss sofort eingestellt werden, der Fundort abgesperrt und gesichert werden.

Hierüber sind die Belegschaftsangehörigen des AN und die Nachunternehmer in kürzeren Abständen zu belehren.

Baustellenbezogene Vorgaben für die Baumaßnahme:

Es liegen folgende Erkenntnisse über Kampfmittel zum Zeitpunkt der Ausschreibung vor:

Im vorliegenden Fall wird von einem Absuchen der Flächen und Baugruben abgesehen, da eine ergebnisorientierte Messwertaufnahme in Straßen- und Gehwegbereichen aufgrund der ferromagnetischen Störfelder (Asphalt, Versorgungsleitungen, Bauschutt, Kies, Sand usw.) nicht möglich ist. Die Arbeiten werden in offener Bauweise durchgeführt. Ramm- oder Bohrarbeiten sind nach Ihren Angaben nicht vorgesehen, daher sind weitere Maßnahmen der Kampfmittelbeseitigung nicht mehr erforderlich.

Der Blindgängerverdachtspunkt 8726 liegt außerhalb des Baufeldes.

Zu 1.) Bei Arbeiten für die keine besonderen Maßnahmen der Kampfmittelbeseitigung bzw. Kampfmittelerkundung notwendig sind:

Es gelten die „Allgemeinen Vorgaben“.

Zu 3.) Arbeiten mit der gebotenen Vorsicht

Gemäß Stellungnahme des Ordnungsamtes ist in diesem Abschnitt mit der gebotenen Vorsicht zu arbeiten. Sämtliche Tiefbauarbeiten bzw. bodeneingreifenden Arbeiten sind mit der gebotenen Vorsicht durchzuführen. In dem unten als Anlage beigefügten Merkblatt vom 29.10.2006 erläutert die BR Arnsberg die Begrifflichkeit „Aushubarbeiten mit der gebotenen (besonderen) Vorsicht“. Auf dieser Grundlage sind die Arbeiten auszuführen.

Jegliche Mehrkosten, die aus den vorgenannten zusätzlichen Aufwendungen resultieren, sind in der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

Bezirksregierung Arnsberg
Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe

58099 Hagen, 29.10.06

Erläuterungen zu dem Begriff „Aushubarbeiten mit der gebotenen (besonderen) Vorsicht ausführen“

Ein zur Wirkung gelangtes Kampfmittel gefährdet aufgrund des Inhaltstoffes (Wirkladung) möglicherweise durch Druck, Splitter, Hitze und Brand infolge der Detonation (Explosion) sowie durch die Aufnahme (inhalativ, oral, perkutan) der teilweise giftigen Substanzen bzw. der entstehenden Dämpfe (Rauch, Aerosol) von Brand-, Leucht-, Rauch-, Nebel- und Reizmitteln bzw. „chemischer Kampfstoffe“.

Persönliche bzw. organisatorische Maßnahmen vor Beginn der Arbeiten

- Mitarbeiter vor Aufnahme der Arbeiten über mögliche Gefährdungen informieren und über Verhalten beim Auffinden von Kampfmitteln unterweisen
- Zahl der eingesetzten Personen/Mitarbeiter begrenzen (soviel wie nötig, so wenig wie möglich)
- Abraum/Aushub visuell überwachen
- Boden schichtweise (lagenweise) abtragen (max. 50 cm pro Schicht/Lage)
- Kabinen der Erdbaumaschinen geschlossen halten
- beim Auftreten von außergewöhnlicher Bodenverfärbungen (z.B. Einschlagkanal, Trichter) bzw. unbekannten Objekten in der Abbaufäche Arbeiten unverzüglich einstellen

Persönliche bzw. organisatorische Maßnahmen bei Kampfmittelfunden

- beim Auftreten von Kampfmitteln bzw. Verdacht auf Kampfmittel Arbeiten unverzüglich einstellen, Kampfmittel möglichst nicht berühren
- Arbeitsgerät mit versehentlich aufgenommenem Kampfmittel (Bombe, Granate) vorsichtig absenken (nicht entleeren), Motor abschalten und Bedienstand (Fahrerhaus) verlassen
- „Fundstelle“ verlassen und Unbefugte am Betreten der „Fundstelle“ hindern, Fundstelle nötigenfalls kennzeichnen und/oder absperren
- evtl. in Brand geratene Kampfmittel mit nasser Erde abdecken, Rauchwolken meiden,
- zuständige Polizeidienststelle/Ordnungsbehörde informieren

Technische Vorkehrungen

- Arbeitsmaschinen mit möglichst geringem Energieeintrag (Erschütterungen/Schwingungen) einsetzen, nötigenfalls per Hand schachten
- Bei Erdbaumaschinen möglichst Fahrerkabinen mit Anlagen zur Atemluftversorgung einsetzen
- Erdbaumaschinen mit Schutzverglasung (Panzerglas) einsetzen
- Erdbaumaschinen mit verstärkter Bodenwanne / Bodenplatte einsetzen
- ferngesteuerte Maschinen (Roboter) einsetzen

4.15 Räumung der Baustelle

Spätestens mit der Schlussrechnung hat der AN Bescheinigungen der Grundstückseigentümer bzw. der Nutzungsberechtigten, deren Flächen und Anlagen zur Verwirklichung der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt wurden, beizubringen, aus denen hervorgeht, dass der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt ist, sämtliche Auflagen erfüllt worden sind, und dass der Grundstückseigentümer und die evtl. Nutzungsberechtigten den Auftraggeber von jeglichen Forderungen freistellen.

4.16 Vorgehensweise des AN bei der Erstellung von Nachtragsangeboten

Das nachfolgende Muster für das Anschreiben bei Nachtragsangeboten enthält neben den allgemeinen Angaben zum Bauprojekt eine Übersicht zu den Anspruchsgrundlagen. Hierin sind alle Nachtragspositionen mit der entsprechenden Kennzeichnung der Anspruchsgrundlage zu versehen und dem AG unterzeichnet zu übergeben, damit die Nachtragsangebote einer Baumaßnahme zeitnah durch den Auftraggeber bearbeitet werden können. Dieses gilt für jede Abgabe eines Nachtragsangebotes.

Enthält der erteilte Auftrag Preise für gleiche oder vergleichbare Leistungen, so kann die Höhe des neuen Preises anhand dieser nachgewiesen werden. Soweit die Preisermittlung des beauftragten Angebotes keine einschlägigen Angaben enthält und vergleichbare Leistungen nicht vorhanden sind, hat der AN ausnahmsweise ein Nachtragsangebot einzureichen, das auf der Grundlage der Preisermittlung des beauftragten Angebotes kalkuliert sein muss. Hierzu ist die Preiskalkulation möglichst entsprechend dem Formblatt 223 vom Auftragnehmer vorzulegen.

Die angesetzten Einzelkosten und Zuschläge bzw. Umlagen hat der Auftragnehmer danach zu belegen. Hinsichtlich der Zeitansätze, der Stoff- und Gerätekosten sowie ggf. sonstiger Kosten können hilfsweise entsprechende Ansätze aus anderen, vergleichbaren Aufträgen als Nachweis herangezogen werden.

Vorgabe der Gestaltung von Anschreiben der Auftragnehmer, die sich auf Nachtragsangebote beziehen

Vom Auftragnehmer zu verwendende Anschrift und Betreff:

Stadt Dortmund
Tiefbauamt

44122 Dortmund

Nachtragsangebot

Baulos / Projekt (Leistungsbereich): _____
Verantwortl. Projektleiter (AG): _____
Firma / Verantwortl. Projektleiter (AN): _____
Auftragsnr. des Hauptvertrags: _____ vom _____ (Datum)
Nachtrag Nummer: _____ vom _____ (Datum)

Vom Auftragnehmer zu verwendende Übersicht zu den Anspruchsgrundlagen:

Durch AN geltend gemachte Anspruchsgrundlage (VOB/B)

N-Pos. Nr.	§ 2.3	§ 2.5	§ 2.6	§ 2.7	§ 2.8	etc.
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Zusammenfassung von Positionen ist nur bei gleicher Anspruchsgrundlage zulässig!						
§2.3 Mengenänderung von selbst	§2.5 geänderte Leistung		§2.6 zusätzliche Leistung			
§2.7 Pauschalvertrag	§2.8 Leistung ohne Auftrag					

Positionen, zu denen keine Anspruchsgrundlage genannt wird, werden entsprechend abgelehnt!

Die Notwendigkeit der ausführlichen Begründung zur Anspruchsgrundlage bleibt von der obigen Übersicht unberührt!

5.0 Bedingungen für Baustofflieferungen durch den Auftragnehmer

Für Baustofflieferungen sind die einschlägigen DIN-Bestimmungen und die Merkblätter der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in der jeweils gültigen Fassung maßgeblich. Es sind nur handelsübliche und umweltfreundliche Materialien zu verwenden, die in besonderen Fällen der Bauleitung nachzuweisen sind.

6.0 Abrechnungsgrundlagen

Für die Abrechnung nach t (und zur Ermittlung des verdrängten Bodens) gelten folgende Gewichte und Verdichtungsfaktoren:

	Gewicht	Verdichtungsfaktor
Hartkalkstein	22.00 KN/m ³	1,15
Grauwacke	22.00 KN/m ³	1,15
Hochofen	20.00 KN/m ³	1,20
Recyclingmaterial	20.00 KN/m ³	1,20
Dolomitsand	19.00 KN/m ³	1,15
Rheinsand 0/4	19.50 KN/m ³	1,15
Füllsand	20.70 KN/m ³	1,35
Rollkies 7/30	18.50 KN/m ³	1,10
Betonkies	21.00 KN/m ³	1,20
Grubenkies	21.00 KN/m ³	1,20
Granulat	14.00 KN/m ³	
Waschberge 0/80	21.00 KN/m ³	1,20
Ober-/Unterboden	18.00 KN/m ³	1,15

Weitere Abrechnungsgrundlagen sind den *Ergänzungen des Tiefbauamtes zu den "Zusätzlichen Vertragsbedingungen" (ZVB) der Stadt Dortmund für die Ausführung von Bauleistungen* unter Pkt. 8 zu entnehmen.

7.0 Wiegekarten

Bei allen Lieferungen sind auf der Original - Wiegekarte einer geeichten Waage anzugeben:

- Lieferwerk
- Bezeichnung der Baustelle (An der Palmweide) mit dem Zusatz des Bereiches (Teil A, Teil B, Teil C etc.)
- Datum und Uhrzeit der Wägung,
- Eindeutige Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescheines,
- Tara, Netto- und Bruttogewicht (maschinengerecht),
- Kennzeichnung des Fahrzeuges (amtliches Kennzeichen)
- Unterschrift des Wägers,

Zusätzlich zu den Tagesberichten ist auf der Baustelle von dem AN ein Materialeingangsbuch oder eine Materialliste zu führen. 14 Tage vor dem Einbau der Frostschutz- und Schottertragschicht hat der AN die Lieferwerke und Aufbereitungsanlagen für die Materialien zu benennen. Ohne Zustimmung des AG dürfen keine anderen als die vom AN angegebenen Lieferwerke und Aufbereitungsanlagen Materialien zur Baustelle liefern.

Für die Abrechnung bituminöser Schichten nach Gewicht gilt:

Die Lieferung für bituminöse Ausgleichsarbeiten und gewichtsmäßigen Einbau sind auf der Baustelle durch Kennzeichnung der Wiegekarten (Lieferscheine) vom flächenmäßigen Einbau zu unterscheiden (gemäß ZTV-Asphalt).

8.0 Allgemeine Hinweise zu den Asphaltpositionen

8.1 Vorhandener Asphaltoberbau

Der Prüfbericht der Ingenieurgesellschaft PTM Dortmund mbH, Frische Luft 155, 44319 Dortmund vom 13.01.2026 liegt der Ausschreibung der Stadt Dortmund bei.

Anhand der Bohrkernentnahmen lässt sich feststellen, dass der vorhandene Asphaltoberbau für den zu bearbeitenden Abschnitt 2. bis – 3. lagig zwischen 3,00 cm und 18,00 cm stark ist.

Siehe beiliegendes Gutachten

8.2 Erstprüfung / Eignungsnachweis

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Erstprüfungsbericht gemäß TL-Asphalt 07 des Asphaltmischgutes spätestens 7 Arbeitstage vor Beginn der Herstellung des Mischgutes vorzulegen.

Es sind alle Produktdatenblätter vorzulegen.

Bei Verwendung von Asphaltgranulat ist dem AG mit dem Eignungsnachweis die Klassifizierung des Asphaltgranulates nach TL AG-StB und die Ermittlung der Zugabemenge gemäß TL Asphalt-StB vorzulegen. Die Bezeichnung und Beschreibung der Gesteinskörnungen gemäß Abschnitt 4 der TLGestein-StB 04/07 ist auf Verlangen vorzulegen.

Der Auftragnehmer muss an Asphaltmischgut für Deck- und Asphaltbinderschichten für Straßen der Belastungsklassen 100 bis 3,2 bzw. mit besonderen Beanspruchungen weitergehende Prüfungen durchführen und im Eignungsnachweis angeben:

- Für Splittmastixasphalt und Asphaltbeton für Asphaltdeckschichten sowie für Asphaltbinder ist der Spurbildungsversuch durchzuführen. Die proportionale Spurrinentiefe nach TP Asphalt, Teil 22 ist anzugeben.
- Für Gussasphalt ist die dynamische Stempelleindringtiefe zu prüfen und anzugeben.
- Für Mischgut mit viskositätsveränderten Bindemitteln bzw. mit viskositätsverändernden Zusätzen sind Prüfungen gemäß Anhang 2 des Merkblattes für Temperaturabsenkung von Asphalt, Ausgabe 2011 (Bezugsquelle: FGSV) durchzuführen.
- Für alle Deckschichten muss im Rahmen der Erstprüfung bzw. des Eignungsnachweises ein ausreichendes Haftverhalten zwischen Gestein und Bitumen nach TP Asphalt-StB, Teil 11 nachgewiesen werden.
- Zusätzlich muss im Rahmen der Erstprüfung bzw. des Eignungsnachweises das Verformungsverhalten des Asphalts bei Wärme mittels Einaxialem Druck-Schwellversuch nach TP Asphalt-StB, Teil 25 B 1 bestimmt werden. Die Dehnungsrate ist anzugeben.
- Das Tieftemperaturverhalten ist mittels Abkühlversuch nach TP Asphalt-StB Teil 46 A nachzuweisen. Die Bruchtemperatur ist anzugeben.
- Für lärmoptimierte Asphaltdeckschichten ist die mittlere Oberflächentexturtiefe MTD gemäß DIN EN 13036-1 an mit dem Walzsektor-Verdichtungsgerät hergestellten Asphalt-Probepplatten nach TP Asphalt-StB Teil 33 zu bestimmen und anzugeben.

8.3 Asphaltmischgut

8.03.1 Allgemeines

Asphaltgranulat kann gem. TL Asphalt-StB für die Herstellung von Asphaltmischgut verwendet werden, wenn die in den Abschnitten 3.2.1 bis 3.2.6 festgelegten Anforderungen an die Baustoffgemische eingehalten, die Voraussetzung für die Eignung erfüllt und die maschinentechnischen Zugabemöglichkeiten des jeweiligen Asphaltmischwerkes beachtet werden.

Bei der Verwendung von sauren Gesteinen in Verbindung mit Straßenbaubitumen nach EN 12591 (z.B. Grauwacke, Quarzit) ist bei Binder- und Deckschichten aus Walzasphalt 1,5M-% Kalkhydrat als Haftverbesserer zuzugeben. Bei der Verwendung von polymermodifizierten Bitumen ist ein Haftverbesserer nicht erforderlich.

8.03.2 Angaben zu den Gesteinskörnungen

Feine und grobe Gesteinskörnungen aus Kalkstein sind in Asphaltdeckschichten, Asphaltbinderschichten und als Abstreumaterial für Fahrbahnen (außer Rad und Gehwege) nicht zugelassen.

Es ist Kalksteinfüller zu verwenden. Für Deckschichten aus Walzasphalt und Asphaltbinderschichten ist in Kombination mit groben Gesteinskörnungen aus Diabas die Verwendung von Diabasfüller zugelassen.

Grobe Gesteinskörnungen und Abstreumaterial für Splittmastixasphalt müssen der Kategorie PSV 51 entsprechen.

Gesteinskörnungen für Asphaltbinder AC 16 B S für Verkehrsflächenbefestigungen der Belastungsklasse Bk 3,2 müssen in Bezug auf den Widerstand gegen Zertrümmerung der Kategorie SZ18 bzw. der Kategorie LA20 entsprechen

8.4 Baugrundsätze

Beim zweilagigen Einbau der Asphalttragschicht ist die zweite Lage unmittelbar nach der ersten Lage einzubauen. Das Ansprühen vor dem Einbau der zweiten Lage sowie das ggf. erforderliche Reinigen der Oberfläche der ersten Lage werden nicht gesondert vergütet.

8.5 Durchführung von Prüfungen

8.05.1 Eigenüberwachungsprüfungen

Die Protokolle aller Eigenüberwachungsprüfungen im Zuge des Einbaus von Asphaltdeckschichtmischgut sind dem Auftraggeber vorzulegen.

8.05.2 Kontrollprüfungen des AG

Art und Umfang der Kontrollprüfungen an Asphaltmischgut und der eingebauten Schicht werden gemäß ZTV Asphalt-StB 07/13, Tabelle 26 durchgeführt.

Der AG behält sich darüber hinaus vor, folgende Kontrollprüfungen durchzuführen:

1. Für alle Asphaltmischgutarten
Ermittlung des BTSV-Kennwerts nach dem Bitumen-Typisierung-Schnellverfahren mit dem Dynamischen Scherrheometer (AL BTSV) am rückgewonnenem Bindemittel.
2. Für die lärmoptimierte Asphaltdeckschicht AC D LOA
Art und Umfang der Kontrollprüfungen an Asphaltmischgut und der eingebauten Schicht sind den ZTV Asphalt-StB 07/13, Tabelle 26, festgelegt und entsprechen für Asphaltdeckschichten aus AC D LOA denjenigen von Asphaltdeckschichten aus Asphaltbeton. Zudem werden an der eingebauten Schicht die mittlere Texturtiefe (MTD) bestimmt.
3. Für besonders beanspruchte Asphaltdeckschichten (ab Bk 3.2)
Im Rahmen der Kontrollprüfungen werden anhand von Asphaltmischgutproben zusätzlich noch das Verformungsverhalten des Asphalts bei Wärme mittels Einaxialem Druck-Schwellversuch nach TP Asphalt-StB, Teil 25 B 1 bestimmt und das Tieftemperaturverhalten mittels Abkühlversuch nach TP Asphalt-StB Teil 46 A im Rahmen einer Erfahrungssammlung geprüft.

8.05.3 Vorgehensweise bei Entnahme von Asphaltmischgutproben

Die Probeentnahme hat gemäß TP Asphalt-StB, Teil 27 zu erfolgen. Der AN ist verpflichtet, rechtzeitig das Lieferwerk von der Probeentnahme zu unterrichten, damit ein Vertreter zugegen sein kann.

Der AN hat folgende Kosten zu tragen:

- die Probeentnahme und das Vorhalten der dazu benötigten Geräte, der Versandgefäße und der Hilfskräfte sowie die Lagerung der Proben bis zum Zeitpunkt der Abholung durch das Prüflabor.

Die Kosten für die Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen trägt der AG.

Anzahl der Proben des Asphaltmischgutes gemäß ZTV Asphalt-StB 07/13: 4 **Stck**

8.6 Festlegung von Abzügen bei Mängeln

Werden Mängel am Mischgut bzw. an der eingebauten Schicht festgestellt, die einen Sachmangel (Abweichung von der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit (§13 Nr.1 VOB/B)) darstellen, und verzichtet der Auftraggeber im Einzelfall auf die vertraglichen Ansprüche vor der Abnahme die Einforderung der mängelfreien Vertragserfüllung (§4 Nr.7, VOB/B), so werden dafür als Ausgleich Abzüge entsprechend in der ZTV Asphalt festgelegten Abzugsformeln vorgenommen. Ergänzend dazu gelten folgende Regelungen:

Für den Schichtenverbund folgende Abzüge bzw. Maßnahmen

Schichtenverbund zwischen 6 KN und dem Sollwert		
	Belastungsklasse 100 und 32	übrige Belastungsklassen
Zwischen Deck- und Binde-schichten	Abzug von 20% des EP der Deckschicht	Abzug von 5% des EP der Deckschicht
Zwischen allen übrigen Schichten und Lagen	Abzug von 20% des EP der darüberliegenden Schicht/Lage	Abzug von 5% des EP der darüberliegenden Schicht/Lage

Schichtenverbund unter 6 KN		
	Belastungsklasse 100 und 32	übrige Belastungsklassen
Zwischen Deck- und Binde-schichten	Einzelfallbetrachtung	Abzug von 20% des EP der Deckschicht
Zwischen allen übrigen Schichten und Lagen		Abzug von 20% des EP der darüberliegenden Schicht / Lage

Zum Hohlraumgehalt der eingebauten Schicht gelten folgende Abzüge bzw. Maßnahmen

Hohlraumgehalt	
Überschreitung [in V-%]	Abzug [in % des EP der Schicht]
≤1	2
≤2	4
≤3	8
≤4	15

Für darüber hinausgehende Überschreitungen ist vom AN ein Sanierungsvorschlag einzureichen!

Ist sowohl der Hohlraumgehalt überschritten, als auch der Verdichtungsgrad unterschritten, so ist nur der größere Wert des Abzuges maßgeblich.

Die Rechte des Auftraggebers in §§12 und 13 VOB/B werden dadurch nicht eingeschränkt.

Dem Auftragnehmer steht ein Rückzahlungsanspruch abzogener Beträge bei späterer Mängelbeseitigung zu.

9.0 Abrechnung

9.1 Allgemeines

Erbrachte Leistungen sind vom AN abzurechnen. Für die Abrechnung ist eine prüfbare und übersichtliche Rechnung einzureichen. Die Abrechnung basiert auf einer Mengenberechnung mit allen Nachweisen in Form von u.a. Aufmaßen, Abrechnungszeichnungen und Lieferscheinen. Der Bezug zu den entsprechenden Nachweisen muss nachvollziehbar sein.

Der AN übergibt dem AG mit Rechnungsstellung alle abrechnungsrelevanten Daten gemäß der Verfahrensbeschreibung „Regelungen für die elektronische Bauabrechnung“, nachfolgend „REB“ genannt. Es gilt mindestens der Standard **GAEB DA XML-Version 3.2**.

Dabei muss sich der AN an die vom AG vorgegebene OZ-Hierarchie halten (**III.222.333.PPPPi**). Anderenfalls sind die Ordnungszahlen so umzustrukturieren und ggf. von Hand einzugeben. Evtl. dafür anfallende Mehrkosten werden nicht vergütet.

Beispiel der vorgegebenen OZ-Hierarchie: Position 310.001.001.0010

Soweit nicht anders vereinbart, sind alle Bezeichnungen und Begriffe von u.a. Einbauteilen und Materialien entsprechend der Leistungsbeschreibung einzuhalten.

Der Datenaustausch erfolgt gemäß den „REB“ (u.a. REB-VB 23.003 Ausgabe 2009). Die Austauschdatei ist eindeutig zu benennen. Der Name muss die Bezeichnung der Baumaßnahme und die Nummer der Abschlagsrechnung beinhalten.

Die Abrechnung ist periodisch, d.h. bei jeder Rechnungslegung durch den AN in Abstimmung mit dem AG fortzuschreiben. Eine Überschreibung der bereits abgerechneten Leistungen ist nicht zulässig. Es werden jeweils nur die Zuwachsmengen übergeben. Änderungen sind fortlaufend darzustellen.

Für Nachträge ist die LV-Ebene ab 401 vorgesehen. Die Struktur der Nachtragspositionen ist der Struktur des LVs anzupassen und mit dem AG abzustimmen.

Beispiel: Nachtrag 01 Position 401.xxx.xxx.xxxx
Nachtrag 02 Position 402.xxx.xxx.xxxx

Entgegen Punkt 15.4 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen sind auch Längen und Flächen mit drei Stellen nach dem Komma zu berechnen.

9.2 Abrechnungsrelevante Unterlagen

Sämtliche Aufmaße sind im Beisein der AG nach rechtzeitiger Terminabsprache vorzunehmen. Für die Abrechnung hat der AN diese Aufmaße in Reinschrift zu übertragen. Die Aufmaße müssen alle relevanten Angaben beinhalten. Darunter zählen:

- Bezeichnung der Baumaßnahme
- Bezeichnung des AN und des AG
- Bezeichnung der aufgenommen Leistungen mit den dazugehörigen Ordnungszahlen
- notwendige Angaben, mit denen sich erkennen lässt, an welcher Stelle oder an welchem Ort gemessen worden ist
- Bemaßung inkl. Einheiten (z.B. Längen, Breiten, Anzahl, Mengen)
- Skizzen inkl. Bemaßung
- Datum des Aufmaßes
- Unterschrift der Teilnehmer (AG und AN) mit Bestätigung der Richtigkeit des Aufmaßes

Bei Abrechnung nach Teilbereichen (vgl. Pkt. 10.00 Rechnungen) sind die Aufmaße in Absprache mit dem AG entsprechend den Abrechnungsgrenzen getrennt oder nach vorgegebener Nummerierung der Aufmaßblätter aufzustellen.

Die Höhenlage des Planums ist mittels Nivellement nachzuweisen. Die Aufnahme muss im Beisein der AG erfolgen.

Liegt in der Massenermittlung der Flächen- und/oder Volumenberechnung eine elektrooptische Geländeaufnahme zugrunde, sind folgende Punkte zu beachten:

Die Aufnahme der Punkte muss im Beisein des AG und des städt. Vermessers erfolgen.

Die so ermittelten Koordinaten sind dem AG unmittelbar nach der Geländeaufnahme auf einer CD oder in digitaler Form zu übergeben. Die Massen des Aushubes und der eingebauten Materialien sind über zu erstellende Querprofile nachzuweisen.

Die Originale der Aufmaße, Wiegescheine und ähnliche Abrechnungsbelege erhält der AG, die Durchschriften der AN.

Alle Maße des Bauvorhabens müssen in der Abrechnungszeichnung enthalten sein. Diese sollten an markanten Punkten angelegt werden, damit sie in der Örtlichkeit geprüft werden können. Dieses gilt auch bei Abrechnungen mit einer elektrooptischen Geländeaufnahme.

Sämtliche Vermessungsarbeiten sind bei der Kalkulation der Einheitspreise zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

Zur Mengenberechnung ist zusätzlich eine X31-Datei nach GAEB DA XML 3.2 einzureichen. Die Blattnumerierung ist wie folgt durchzuführen:

Blatt 1 bis 4999	Positionen aus HLV
Blatt 5000 bis 5999	Korrekturen AG
Blatt 6000 bis 8999	Positionen aus Nachträge
Blatt 9000 bis 9999	Positionen aus Nebenangebote.

Es werden jeweils nur die Zuwachsmengen übergeben. Auch hier dürfen bereits abgerechnete Mengen weder verändert noch überschrieben werden. In der X31-Datei ist durch Verwendung von Freitexten für jeden Rechenatz das betroffene Bauteil und das dazugehörige Dokument (Aufmaß, Abrechnungszeichnung etc.) mit eindeutiger Bezeichnung anzugeben.

Beispiel: Aufmaß Nr. 10

In der Abrechnung ist eine Gegenüberstellung von Soll und Ist im Materialnachweis sowohl für Materialeingänge als auch für abgefahrene Materialien durchzuführen.

10.0 Rechnungen

Vor Beginn der Baumaßnahme ist ein Zahlungsplan vorzulegen und im Bedarfsfall anzupassen!

Alle Rechnungen sind zu senden an: **Stadt Dortmund**
Tiefbauamt 6600
z. Hd. Name des Bauüberwachers*
44109 Dortmund
Der Name des Bauüberwachers wird im Auftragsschreiben mitgeteilt*

Für die Teilbereiche Straßenbau (Gehweg u. Fahrbahn) Brückenbauwerk und Markierung sind nach Angabe der städtischen Bauleitung separate Rechnungen zu erstellen.

Die separate Rechnungsstellung wird nicht gesondert vergütet.

Sie müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung der Baumaßnahme
- Name und Anschrift (vollständig) des Auftragnehmers,
- das Konto, auf das die Zahlungen zu leisten sind,
- das Datum des Angebotes,
- Auftrags-Nr. und Datum des AG und dessen Geschäftszeichen,
- Zeiträume der Ausführung,
- Rechnungsdoppel sind mit rotem Stempelaufdruck als Duplikat zu kennzeichnen.
- eine Kopie der Freistellungsbescheinigung zum Steuerabzug bei Bauleistungen gemäß § 48 b Abs. 1 Satz 1 des Einkommenssteuergesetzes des zuständigen Finanzamtes ist beizulegen.

Bereits ab der ersten Rechnung sind Aufmaße und Massenermittlung digital und zwar grundsätzlich die Gesamtmenge und der Zuwachs in je eine Datei getrennt nach Kostenträger und Abrechnungseinheiten im GAEB-Datenaustauschformat DA11 oder XML vorzulegen.

Rechnungen, die ohne diese Dateien vorgelegt werden, werden als nicht prüfbar angesehen und bleiben bis zur Vorlage der Unterlagen unbearbeitet.

Die Abschlagsrechnungen inklusive Mengenermittlungen sind in zweifacher Ausfertigung (Papierform) zu erstellen.

Die Schlussrechnung ist nach Fertigstellung der Bauarbeiten mit den dazugehörigen maßstäblichen Abrechnungsplänen sowie allen Aufmaßen, aus denen die in der Mengenberechnung verwendeten Maße hervorgehen müssen, in dreifacher Ausfertigung (Papierform) einzureichen. Darüber hinaus sind Detailpläne der Straßenabläufe und Anschlussleitungen sowie der Abzweigkästen, Kabelschutzrohre und Signalmastfundamente in dreifacher Ausfertigung (Papierform) einzureichen. Sämtliche vorgenannte Abrechnungsunterlagen sind zusätzlich digital im PDF-Format zu übergeben.

Gemäß VOB/B § 16, Abs. 3, Nr. 1 wird die Frist zur Zahlung des Schlussrechnungsbetrages um 30 Kalendertage auf 60 Kalendertage erweitert.

11.0 Ergänzungen zu den Einzelpositionen

Position 310.1.1.10 Baustelle einrichten und vorhalten

Diese Position gilt für alle Bauabschnitte dieser Baumaßnahme. Somit ist ein mehrmaliges Einrichten und Vorhalten der Baustelle in diese Position mit einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Position 310.1.1.20 Baustellen räumen

Diese Position gilt für alle Bauabschnitte dieser Baumaßnahme. Somit ist ein mehrmaliges Räumen der Baustelle in diese Position mit einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Pos. 310.2.1.10 Bauschild

Wie in der Position beschrieben, jedoch soll das Schild aus einem Foliendruck auf einer hochwertigen Folie, die anschließend auf das Bauschildmaterial (stabilen Alu-Verbundplatten-Bauschilder) aufgearbeitet wird bestehen. Dieser Foliendruck soll zusätzlichen UV-Schutz versehen werden, um somit noch unempfindlicher gegenüber mechanischen Außeneinwirkungen und Umwelteinflüssen geschützt zu sein. Die Größe des Schildes soll 300 mal 250 cm betragen.

Folgender Schriftsatz

Überschrift: „Hier baut die Stad Dortmund“

Unterschrift: „Fahrbahnsanierung An der Palmweide

zwischen Baroper Bergstraße und Brückenbauwerk Emschergenossenschaft

zwischen Brückenbauwerk Emschergenossenschaft und Emil Figge Straße

Baubeginn und Baubeendigung

Änderungen durch den Bauherrn sind noch möglich.

315.1.1.10 Umleitung einrichten u. 315.2.01.10 Verkehrsführung u. Verkehrssicherung

Die Pauschalpositionen gilt für alle Bauabschnitte dieser Baumaßnahme und beinhaltet alle erforderlichen Einrichtungen, wie z.B. Ampelanlagen, Materialien, Hinweistafeln auch in digitaler Form u. Schilder für die Umleitung und Verkehrsführungen des fahrenden wie auch für die ruhenden Verkehre einschl. der Verkehrssicherungen entsprechend den der Ausschreibung beiliegenden Verkehrsregelplänen. Sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Baustelle/Baufelder während/über der/die gesamte/n Bauzeit bzw. der Baufelder, einschl. deren Wartung gemäß der ZTV – SA 97.

Darüber hinaus, beinhaltet sie die Vorbehaltung aller Verkehrssicherungsmaterialien, inkl. Sicherungshänger (fahrbare Absperrtafeln) während der Auf-, Um-, sowie der Abbauphase für die Eigensicherung.

Auch beinhaltet sie, dass in Abhängigkeit der einzelnen Bauschritte bzw. der sich aus dem Bauablauf ergebenden mehrfach aufzustellen, versetzen und abräumen aller zum Einsatz kommenden Verkehrszeichen, Zusatzschilder, Hinweistafeln sowie Markierungen aller Art, zeitweise auch unter Aufrechthaltung des Verkehrs.

Die Inhalte bzw. die Aufschriften von den in den Verkehrsplänen benötigten Hinweistafeln, sowie die Nummer der Umleitungsstrecken werden erst im Rahmen der Genehmigungsphase seitens der Dortmunder Straßenverkehrsbehörde festgelegt.

Alle zuvor genannten/benötigten Materialien, elektrischen wie nicht elektrischen Anlagen (Ampelanlagen) Baustoffe, Erschwerisse wie auch die seitens der Straßenverkehrsbehörde erhobenen Verwaltungsgebühren sind in die Pauschalposition 315.1.1.10 u. 315.2.01.10 mit einzukalkulieren, sie werden nicht gesondert vergütet.

Pos. 320.2.1.20 Kippkosten Asphalt

Wie in der Position beschrieben, jedoch sind eventuelle Verunreinigungen der Asphalte z.B. durch Schottertragsschicht, Splitt (wegen entgangener Rückvergütung) bei der Preisbildung mit einzukalkulieren.

Pos.330.2.1.22 Vorhandene Böden/Anschüttungen abfahren zur Domig

Wie in der Position beschrieben, ist der Aushub für den Neuanschluss am Straßenablauf zu laden und zur Domig zu transportieren. Vor dem Abtransport hat der Auftragnehmer den erforderlichen Entsorgungsschein beim Auftraggeber zu beantragen.

Pos. 355.1.2.15 . SK – Aufsätze regulieren –

Pos. 355.1.2.25 Kappen in der Fahrbahn regulieren -

Wie in den Positionen beschrieben, jedoch beinhaltet sie auch, dass Anbringen eines bituminöses Fugenbandes an der jeweilige Abdeckung/Aufsatz / Kappe und wird nicht gesondert vergütet.

Pos. 365.6.2.5 1-reihige Bordrinnen herstellen u. Pos. 365.6.2.10 2.- reihige Rinne herstellen

Wie in der Position beschrieben, jedoch beinhaltet sie auch das Verfüllen des verbleibenden/restlichen Arbeitsraumes zwischen der Rinne/Rückenstütze u. der Rinnenanlage gegenüberliegende Schlitzwand (Fahrbahn) mit Asphalttragsschicht AC 22 T S bis 3,00 cm/ 4,00 cm unterhalb der Oberkante der Rinne.

Hinweis zu den in den Verkehrsplänen gekennzeichneten Baufeldern

Die in den Verkehrsplänen dargestellten Baufelder sind weder maßstäblich, noch spiegeln sie den genauen Anfang o. Ende eines jeweiligen Baufeldes wieder.

Dortmunder Netz GmbH Merkblatt für Arbeiten im Bereich von Energie- und Wasserverteilstungsanlagen

Gültig ab 01.12.2015

I. Geltungsbereich

Dieses Merkblatt gilt für Arbeiten, wie z.B. Aushub-, Bohr- oder Rammarbeiten im Bereich von Energie- und Wasserverteilstungsanlagen im Versorgungsgebiet der Dortmunder Energie- und Wasser GmbH (DEW21) und der Dortmunder Netz GmbH (DONETZ) in öffentlichen und privaten Grundstücken.

Zu den Anlagen gehören u.a. Energieverteilungskabel, Kabelmuffen, Erdgasrohrleitungen, Wasserrohrleitungen, Fernwärme- und Nahwärmeleitungen, Schutzrohre, Armaturen, Widerlager, kathodische Korrosionsschutzanlagen, Kabelabdeckungen, Fernmelde-, Steuer- und Messkabel sowie Freileitungen.

DONETZ ist für alle in diesem Merkblatt genannten Angelegenheiten bezüglich Energieverteilungskabel, Erdgas- und Wasserrohrleitungen und deren Zubehör der zuständige Ansprechpartner. DEW21 ist zuständig für Fernwärme- und Nahwärmeleitungen. Zusammen werden sie im Folgenden Versorger genannt.

II. Allgemeine Pflichten des Bauunternehmers

Jeder Bauunternehmer hat bei der Durchführung ihm übertragener Bauarbeiten in öffentlichen und privaten Grundstücken mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Versorgungsanlagen zu rechnen und die erforderliche Sorgfalt zu wahren, um deren Beschädigung zu verhindern.

Er hat seine Mitarbeiter und Nachunternehmen entsprechend zu unterweisen und zu überwachen.

Die Anwesenheit von Beauftragten der Versorger auf einer Baustelle entbindet den Bauunternehmer oder seinen Beauftragten nicht von der Verantwortung für angerichtete Schäden an Versorgungsanlagen.

III. Arbeiten in der Nähe von Kabeln und Rohrleitungen

Im Bereich von Versorgungsanlagen ist so zu arbeiten, dass der Bestand und die Betriebssicherheit der Anlagen bei und nach Ausführung der Arbeiten gewährleistet sind.

1. Erkundigungspflicht und Baubeginn

Bei der Durchführung von Bauarbeiten im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen besteht für den Bauunternehmer die Erkundigungs- und Sicherungspflicht (vergl. Urteil des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen vom 20.04.1971 - VI ZR/232/69 - abgedruckt in "Der Betriebsberater" 1971, S. 723ff.).

Vor Beginn der Arbeiten sowie zusätzlich bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages müssen Planunterlagen bei der Planauskunftsstelle (DONETZ-Hauptverwaltung - Günter-Samtlebe-Platz 1) über die genaue Lage von Kabeln und Rohrleitungen eingeholt werden. Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Planunterlagen neuesten Standes vorliegen und berücksichtigt werden.

Rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor Aufnahme von Arbeiten im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen muss der Beginn der Arbeiten den zuständigen Betriebsbereichen der Versorger möglichst schriftlich angezeigt werden. Allein das Einholen von Informationen zur Erkundung der Kabel und Rohrleitungen gilt nicht als Anzeige der Maßnahme.

Die als Ansprechpartner vor Ort zuständigen Betriebsbereiche werden dem Bauunternehmer bei Abholung der Planunterlagen von der Planauskunftsstelle benannt.

Bei Arbeiten im Bereich von Gas- und Wasserrohrleitungen ist mit der verantwortlichen Baudurchführung (Tel.: 0231.54497-305), für Fernwärme (Tel.: 0231.544-3573) vor Baubeginn ein Einweisungstermin zur Besprechung der Arbeiten und zur Festlegung von Sicherungsmaßnahmen zu vereinbaren, wenn die verantwortliche Baudurchführung nicht ausdrücklich darauf verzichtet.

Es ist zu beachten, dass Schutzrohre, Abdeckungen, Folien usw. nicht als mechanischer Schutz bei Tiefbauarbeiten dienen; ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, auf das Vorhandensein von Kabeln und Rohrleitungen bei Tiefbauarbeiten aufmerksam zu machen.

Die DGUV Vorschrift 3 "Elektrische Anlagen und Betriebsmittel" der Berufsgenossenschaft und der DVGW-Hinweis (GW 315) "Maßnahmen zum Schutz von Versorgungsleitungen bei Bauarbeiten" sind zu beachten. Dies gilt für Erdarbeiten in oder an öffentlichen Wegen wie auch auf Privatgrundstücken.

2. Verlegungstiefe und Querschläge

Im Allgemeinen liegen Kabel in einer Tiefe zwischen 0,6 m und 1,0 m. Die Überdeckung der Gasleitungen beträgt in der Regel 0,8 m und 1,0 m. Wasserrohrleitungen haben in der Regel eine Überdeckung von ca. 1,0 m.

Fernwärmeleitungen bestehen im Bereich des Heißwassernetzes aus je zwei Kunststoffmantelrohren (KMR), die in der Regel in einer Tiefe zwischen 1,20 m und 1,50 m zu finden sind. Die Verteilerleitungen des Dampfnetzes befinden sich zum Teil in Stahlmantelrohren mit einer

Überdeckung von 1,20 m bis 1,50 m oder in Betonkanälen, die in einer Tiefe von ca. 1,20 m bis 1,50 m und vereinzelt auch tiefer zu finden sind.

Eine geringere Überdeckung - insbesondere bei Netzanschlussleitungen - ist möglich. In den Planunterlagen der Versorger gegebene Auskünfte über Lage und Tiefe ihrer vorhandenen Versorgungsanlagen sind ohne Gewähr. Lage und/oder Tiefe der Versorgungsanlagen können sich durch Bodenabtragungen, -aufschüttungen oder durch andere Maßnahmen Dritter nach der Verlegung und Einmessung/Dokumentation verändert haben. Deshalb hat das Bauunternehmen die Pflicht, sich über die tatsächliche Lage und/oder Tiefe der angegebenen Versorgungsanlage durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen, z.B. Querschläge, Suchschlitze o.ä., selbst Gewissheit zu verschaffen.

Alle Arbeiten in der Nähe von Kabelanlagen und Rohrleitungen dürfen nur unter **fachkundiger Aufsicht** oder nach Anweisung der Beauftragten der Versorger ausgeführt werden. Die Aufsicht muss gewährleisten, dass mit der notwendigen Sorgfalt vorgegangen wird. Erteilte Auflagen der Versorger müssen vom Bauunternehmen eingehalten werden.

3. Hinweisschilder und Armaturen

Armaturen, Straßenkappen, Schachtdeckel und sonstige zur Versorgungsanlage gehörende Einrichtungen müssen während der Bauzeit zugänglich bleiben. Hinweisschilder, Kabelmerkmale oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung der Versorger nicht verdeckt, versetzt oder entfernt werden.

4. Markierung

Vor Beginn der Bauarbeiten ist der Trassenverlauf nach Möglichkeit zu kennzeichnen z.B. mit Trassierstangen, Pflöcken, Sprühfarbe u. ä.

Schnurpfähle, Bohrer und Dorne dürfen nicht im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen eingetrieben werden.

5. Baumaschineneinsatz und Handschachtung

Im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen dürfen Baumaschinen nur so eingesetzt werden, dass eine Gefährdung ausgeschlossen ist.

Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen, die mit den Versorgern abzustimmen sind, zu treffen. Die Tiefbauunternehmen werden vor Ort durch Beauftragte der Versorger unterwiesen. Die Einweisung wird durch die Versorger protokolliert.

Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen oder Spundwänden, Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen u. ä. sind ebenfalls mit den Versorgern abzustimmen.

6. Unbekannte Leitungen und unvermutetes Antreffen von erdverlegten Kabeln und Rohrleitungen

Werden Warnbänder, Abdeckungen, Kabel oder Rohrleitungen an Stellen gefunden, die nicht eindeutig einem anderen Betreiber zuzuordnen sind und vorher von den Versorgern nicht genannt wurden, so sind die Versorger sofort zu verständigen.

Die Arbeiten an diesen Versorgungsanlagen sind sofort zu unterbrechen, die Stelle deutlich zu markieren und zu sichern.

Die Arbeiten an diesen Versorgungsanlagen sind bis zur Klärung der weiteren Vorgehensweise mit den zuständigen Betriebsbereichen der Versorger zu unterbrechen.

7. Beschädigung von Kabeln und Rohrleitungen (siehe Abschnitt IV.)

Jede Beschädigung ist unverzüglich zu melden. Beschädigungen sind hier nicht nur Leckagen, sondern auch Verletzungen der Rohrumhüllung bzw. des Kabelmantels.

Falls Kabel oder Rohrleitungen beschädigt werden, ist - auch bei zunächst geringfügig erscheinender Beschädigung - sofort der Bereich abzusperren und der Betreiber zu informieren.

8. Maßnahmen an freigelegten Kabeln und Rohrleitungen

Gas-, Wasser- und Fernwärmerohrleitungen dürfen nur nach durchgeführtem Einweisungstermin mit der zuständigen Baudurchführung von DONETZ bzw. DEW21 (siehe Punkt III.1) und nach Empfang der festgelegten Sicherungsmaßnahmen freigelegt werden.

Eine ausdrückliche schriftliche Genehmigung von DONETZ bzw. DEW21 (Fernwärme) für das Freilegen der Gas-, Wasser- und Fernwärmerohrleitungen muss vorliegen.

Versorgungsanlagen dürfen nur durch Handschachtungen freigelegt werden. Freigelegte Rohrleitungen sind vor jeglicher Beschädigung (auch Einfrieren) zu schützen und gegen Lageveränderungen fachgerecht zu sichern. Nichtlängskraftschlüssig verlegte Rohrleitungen und Widerlager dürfen nicht hintergraben oder freigelegt werden.

Die Sicherungsmaßnahmen werden ausschließlich durch die Versorger festgelegt und durchgeführt bzw. veranlasst!

Kabel und Rohrleitungen dürfen nicht als Standplatz oder Aufstiegshilfe benutzt oder anderweitig mechanischen Beanspruchungen ausgesetzt werden.

Arbeiten an Kabeln (z.B. Aufnehmen, Umlegen, Hochhängen), deren Spannungsfreiheit nicht ausdrücklich vom Betreiber bestätigt wurde, dürfen - außer vom Betreiber selbst - nur von Personen durchgeführt werden, die

- für solche Tätigkeiten von DONETZ unterwiesen und qualifiziert sind
- die Weisungen von DONETZ kennen

und

- die von DONETZ festgelegte Schutzausrüstung benutzen.

9. Maßnahmen für das Wiederverlegen von Kabeln

Wenn freigelegte Kabel- und Leitungsgräben/-gruben wieder verfüllt werden, sind die Anweisungen des Betreibers zu beachten. Schutz- und Warneinrichtungen, z.B. Abdeckplatten, sind wieder einzubauen.

IV. Was tun, ...

1. wenn trotz aller Vorsicht ein Kabel beschädigt wird:

Die Beschädigung eines Starkstromkabels stellt eine unmittelbare Lebensgefahr für den Verursacher und anwesende Personen dar. Das Kabel kann noch unter Spannung stehen! Deshalb:

- Anwesende Personen auffordern, Abstand zu halten!
- Schadensstelle sofort räumen und absperren!
- DONETZ über die Rufnummer
"Informationen und Hilfe bei Stromstörungen" – 0231.54497-111 benachrichtigen!

Auch **Fernmeldekabel** erfüllen wichtige Aufgaben im Versorgungsbereich. Sie dienen nicht nur dem Fernsprechverkehr, sondern auch der Übertragung von Messwerten und Schaltimpulsen.

Bei einer Beschädigung eines Fernmeldekabels deshalb:

- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle einstellen!
- DONETZ über die Rufnummer
"Informationen und Hilfe bei Stromstörungen" – 0231.54497-111 benachrichtigen!

In jedem Fall:

DONETZ muss auch dann benachrichtigt werden, wenn lediglich der äußere Mantel des Kabels auch nur leicht beschädigt wurde, da in das Kabel eindringende Feuchtigkeit später zu schweren Störungen führen kann.

Wichtig:

Sofort gemeldete Beschädigungen können mit relativ geringem Aufwand repariert werden. Folgeschäden, die erst Jahre später auftreten können, sind mit einem hohen Kostenaufwand für den Verursacher verbunden.

2. wenn trotz aller Vorsicht eine Gasleitung beschädigt wird:

Bei der Beschädigung einer Gasleitung besteht Zünd- und Explosionsgefahr durch ausströmendes Gas!

Deshalb:

- Funkenbildung vermeiden, keine elektrische Anlage bedienen, vorhandene Zündquellen (z.B. Sturmlaternen) sofort löschen, nicht rauchen!
- Sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen!
- Gefahrenbereich räumen und weiträumig absichern!
- Gefahrenbereich mit Personal überwachen!
- Schadensstelle absperren und Zutritt unbefugter Personen verhindern!
- Brennendes Gas nicht löschen! Ausnahme: Nur zur Rettung von Menschenleben.
- DONETZ über die Rufnummer "Gasgeruch" – 0231.54497-114 benachrichtigen!
- Falls erforderlich, Polizei und Feuerwehr benachrichtigen!
- Weitere Maßnahmen möglichst sofort bei der telefonischen Meldung des Schadens von DONETZ, der Polizei oder der Feuerwehr erfragen!

Achtung!

Wird eine Gas-Netzanschlussleitung beschädigt, sind angrenzende Gebäude auf Gaseintritt zu überprüfen!

Falls Gas eingetreten ist, Türen und Fenster öffnen! Nicht klingeln! Nicht die elektrische Anlage bedienen!

Gebäude unverzüglich räumen bzw. zum Verlassen auffordern, falls sich noch Personen darin aufhalten.

3. wenn trotz aller Vorsicht eine Wasser- oder Fernwärmeleitung beschädigt wird:

Bei einer beschädigten **Wasserleitung** besteht die Gefahr der Aus- und Unterspülung, sowie der Überflutung.

Bei einer beschädigten **Fernwärmeleitung** besteht Verbrühungsgefahr durch plötzlichen Austritt von Heißwasser oder Heißdampf. Deshalb:

- Baugruben und tiefliegende Räume im Gefahrenbereich von Personen räumen!
- Schadensstelle und eventuelle Gefahrenbereiche absperren!
- DONETZ über die Rufnummer "Störungen der Wasserversorgung" – 0231.544-1113 benachrichtigen!

4. Bei jeder Rohrleitung gilt:

Die Versorger müssen auch dann benachrichtigt werden, wenn "nur" die *Isolierung* einer Gas-, Wasser- oder Fernwärmeleitung aus Stahl oder "nur" die *Wandung* einer Gas-, Wasser- oder Fernwärmeleitung aus Kunststoff angekratzt wurde.

Es gibt keine Beschädigung einer Rohrleitung oder eines Schutzrohres, die harmlos oder unwichtig ist! Sie kann immer schwerwiegende und kostspielige Folgeschäden nach sich ziehen.

V. Arbeiten in der Nähe von Freileitungen für die Stromversorgung

Achtung!

Wer Freileitungen - gleichgültig mit welchen Gegenständen - *berührt*, befindet sich in *akuter Lebensgefahr*.

Eine Annäherung an die Leitung innerhalb des Schutzbereiches kommt wegen der Gefahr eines Überschlages einer Berührung gleich.

Schutzabstände

Bei der Verwendung von Baugeräten wie

- Baggern
- Leitem
- Kränen
- Bauaufzügen
- Kipper-Lastwagen
- Baugerüsten

sowie bei Transport und Lagerung von Baumaterialien sind folgende Schutzabstände zu spannungsführenden Leitungen einzuhalten:

bei Freileitungen mit Spannungen	Schutzabstände
bis 1.000 Volt (Niederspannung)	1 m nach allen Seiten
über 1.000 Volt bis 110.000 Volt	3 m nach allen Seiten
über 110.000 Volt bis 220.000 Volt	4 m nach allen Seiten
über 220.000 Volt bis 380.000 Volt	5 m nach allen Seiten

Im Zweifelsfalle erteilt DONETZ bei Niederspannungsfreileitungen sowie AMPRION und WESTNETZ bei allen Freileitungen mit höheren Spannungsebenen über den erforderlichen Schutzabstand Auskunft.

Zur Sicherheit des Bau- und Montagepersonals und zur Vermeidung von Unfällen bei Arbeiten in der Nähe von elektrischen Freileitungen wird von DONETZ für NiederspannungsFreileitungen eine Unterweisung über den erforderlichen Schutzabstand durchgeführt und dokumentiert.

Für Hochspannungs-Freileitungen erfolgt diese Unterweisung durch AMPRION oder WESTNETZ

Erfahrungen haben gezeigt:

- Vom Führerstand eines Baggers ist der Abstand zwischen Ausleger und Leitung schwer zu schätzen.
- Unebenheiten des Geländes führen bei Bewegungen des Baggers zu unkontrolliertem Ausschwingen des Auslegers.
- Personen, die ein Fördergerüst verschieben, übersehen leicht die gefährliche Annäherung an eine Leitung.
- Beim Abladen eines Kippers konzentriert sich der Fahrer eher auf den Abladevorgang als auf die darüber verlaufende Freileitung.

Besondere Maßnahmen

Bei einer unumgänglichen Annäherung an den Schutzbereich sind wahlweise folgende Maßnahmen zu treffen, damit die genannten Abstände mit Sicherheit nicht unterschritten werden:

- Aufstellen von *Warnposten*, welche die Bewegungen der Geräte überwachen und die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen.
- Aufstellen von *Sperrschranken*, welche den Schutzabstand absichern.
- Umgeben der Freileitung mit einem *Schutzgerüst* (nur bei abgeschalteter Leitung und unter Aufsicht eines Vertreters von DONETZ).

Wenn obige Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, muss in Verbindung mit DONETZ eine andere Lösung gefunden werden wie z.B. bei kreuzenden Fahrwegen das Aufstellen einer *Höhenbegrenzung* vor und hinter der Freileitung.

Die Beschädigung von Masterdern an Niederspannungsfreileitungen (z.B. verzinktes Bandeisen) ist wegen der damit verbundenen Gefahr unverzüglich DONETZ anzuzeigen.

Metallische Verbindungen und Abspannungen von Baustelleneinrichtungen dürfen an Masten von Freileitungen nicht angebracht werden.

VI. Nichteinhalten der Sicherheitsbestimmungen

Der Verursacher von Schäden und Unfällen hat für die entstehenden Kosten aufzukommen. Werden Versorgungsanlagen wiederholt in grob fahrlässiger Weise beschädigt, kann zusätzlich Strafanzeige gestellt werden.

Ferner ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, Strafen zu verhängen, wenn Mitglieder oder Versicherte vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen Unfallverhütungsvorschriften verstoßen.

VII. Rufnummern der Entstörungsdienste der Dortmunder Netz GmbH (DONETZ)

DONETZ betreibt einen 24-h-Störungsdienst.

0231.54497-111	Informationen und Hilfe bei Stromstörungen
0231.54497-112	Störungen von Gasgeräten und der Wärmeversorgung
0231.54497-113	Störungen der Wasserversorgung
0231.54497-114	Gasgeruch

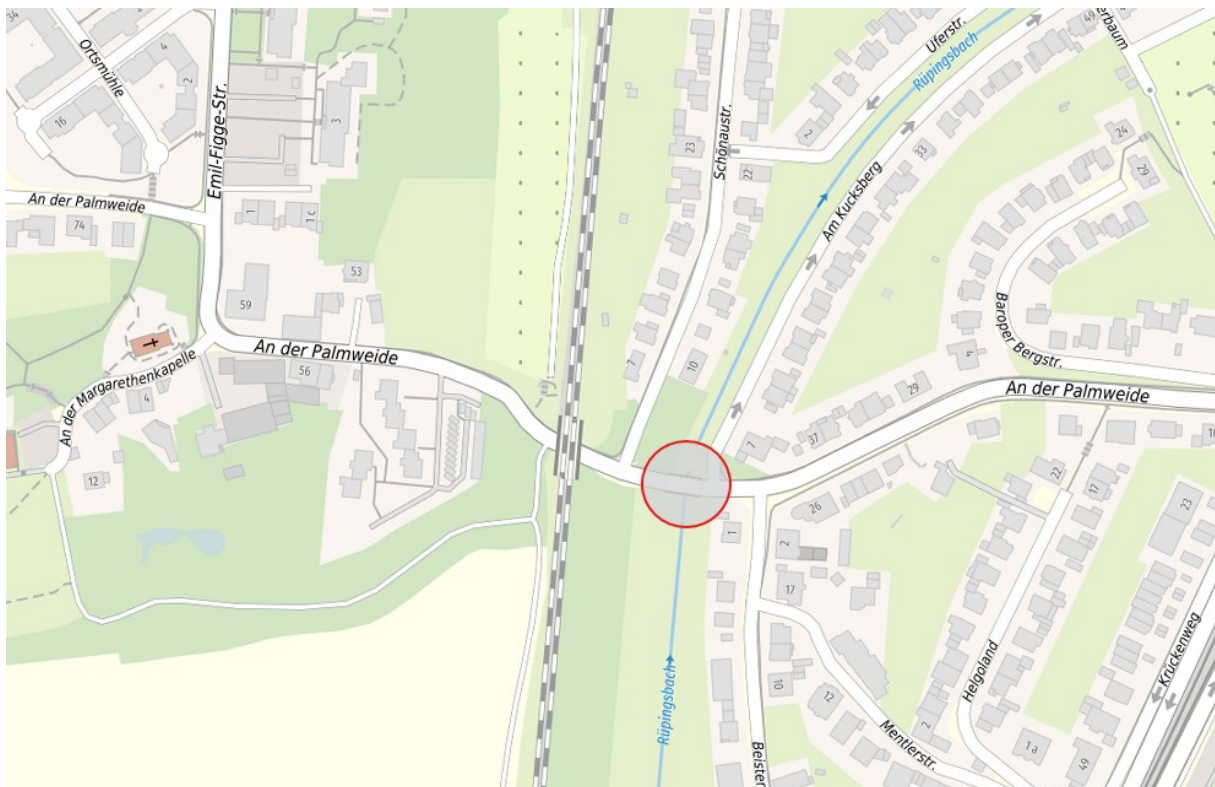
Stadt Dortmund
Tiefbauamt



Baubeschreibung Teil B

gemäß HVA B-StB (03/23)

Instandsetzung der Brücke An der Palmweide über Rüpingsbach in Dortmund – Hombruch



Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Beschreibung der Leistung	3
1.1	Auszuführende Leistungen	3
1.2	Ausgeführte Vorarbeiten	6
1.3	Ausgeführte Leistungen	6
1.4	Gleichzeitig laufende Bauarbeiten	6
1.5	Mindestanforderungen an Nebenangebote	6
2.	Angaben zur Baustelle	6
2.1	Lage der Baustelle	6
2.2	Vorhandene öffentliche Verkehrswege	6
2.3	Zugänge, Zufahrten	7
2.4	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	7
2.5	Lager- und Arbeitsplätze	7
2.6	Gewässer	8
2.7	Baugrundverhältnisse	8
2.8	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	8
2.9	Schutz-Bereiche und -Objekte	8
2.10	Anlagen im Baubereich	10
2.11	Öffentlicher Verkehr im Baubereich	10
3.	Angaben zur Ausführung	10
3.1	Verkehrsführung; Verkehrssicherung	10
3.2	Bauablauf	11
3.3	Wasserhaltung	14
3.4	Bauehelfe	14
3.5	Stoffe, Bauteile	15
3.6	Abfälle	16
3.7	Winterbau	17
3.8	Zustandsfeststellung zur Beweissicherung	17
3.9	Sicherungsmaßnahmen	17
3.10	Belastungsannahmen	17
3.11	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren	17
3.12	Prüfungen und Nachweise	18
3.13	Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (SiGe-Plan)	18
4.	Ausführungsunterlagen	18
4.1	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen	18
4.2	Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen	18
5.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen, die Vertragsbestandteil werden 19	
5.1	Auflistung der „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen“	19
6.	Sonstige Angaben	22
6.1	Vorgehensweise des AN bei der Erstellung von Nachtragsangeboten	22
7.	Abrechnung/Rechnung	25
7.1	Allgemeines	25
7.2	Abrechnungsrelevante Unterlagen	25
7.3	Rechnung	26

1. Allgemeine Beschreibung der Leistung

Die Bauleistungen gliedern sich wie folgt:

Teil A: - Straßenbau - Fahrbahnsanierung

Teil B: - Brückenarbeiten - Instandsetzung der Abdichtung, der Gussasphaltschutzschicht, der Geländer und der Randsteine.

Teil C: - Markierung

Verwendete Abkürzungen

AG	=	Auftraggeber
AN	=	Auftragnehmer
NU	=	Nachunternehmer
LV	=	Leistungsverzeichnis
OZ	=	Ordnungsziffer im Leistungsverzeichnis
BE	=	Baustelleneinrichtung
BA	=	Städtische Bauaufsicht
SiGeKo	=	Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator

1.1 Auszuführende Leistungen

- Straßenbau
Siehe Ausschreibung Teil A: - Straßenbau -
- Brückenbau

Zweck, Nutzung

Die bestehende Brücke Nr. 1062 überführt mit je Fahrtrichtung einem Fahrstreifen und Gehweg, die Straße An der Palmweide über den Rüplingsbach. Auf der Brücke ist beidseitig eine Bushaltestelle eingerichtet.

Art und Umfang

Die Brücke ist als eine einfeldrige Stahlbetonplatte mit durchgehender Abdichtung aus Asphalt-Mastix und darauf liegenden Kappen gebaut worden. Die Plattenlänge beträgt ca. 12,00 m. Die Breite zwischen den Schrammborden beträgt 7,50 m. Die Lagerung der Brücke erfolgt über Betongelenke. Es sind keine Fahrbahn-Überganskonstruktionen vorhanden.

Erdarbeiten

- entfällt -

Gründung, Schutz gegen Aggressivität

- entfällt -

Unterbauten

- entfällt -

Überbau, Lager, Übergangskonstruktionen

Die Fahrbahnübergänge werden gem. RiZ-ING Abs 5 ausgeführt.

Entwässerung

- entfällt -

Abdichtung, Beläge

Der ca. 8 cm dicke Belag soll zwischen den Kappen durch eine Abdichtung gem. ZTV-ING 6-1 ersetzt werden. Dabei werden die Schrammborde entfernt und Teile der Kappen abgebrochen, um an gleicher Stelle neue Schrammborde gemäß RiZ-ING Dicht 20 in Verbindung mit RiZ-ING Dicht 9 herzustellen. Die von Abdichtungsresten befreite Fahrbahntafel erhält eine Kratzspachtelung auf Reaktionsharzbasis, eine Lage Polymerbitumen-Schweißbahn sowie eine Schutzschicht und Deckschicht aus jeweils 3,50 cm Gussasphalt.

Ausstattung

Die vorhandenen Aluminium-Geländer werden durch Füllstabgeländer aus Stahl gem. RiZ-ING Gel 4 mit 1,30 m Höhe ersetzt. Die vier Bewegungsfugen bei Übergängen zu den Flügelwänden werden gem. RiZ-ING Gel 9 ausgeführt. Die Verankerung erfolgt gem. RiZ-ING Gel 14 und die Abschlüsse der Geländer gem. RiZ-ING Gel 19 Bl.1.

Sonderanlagen

- entfällt -

Korrosions- und Oberflächenschutz

Stahlgeländer gem. ZTV-ING Teil 4 Abschnitt 3, Anhang A, Tabelle A 4.3.2, Pkt. 3.1 c) Nr.: 1.

- Oberflächenvorbereitung: Sweepstrahlen
- Feuerverzinkung
- ZB EP: 80 µm
- DB PUR: 80 µm

Anlagen und Einrichtungen für Dritte

- entfällt -

Abbrucharbeiten

Die vorhandenen Aluminium-Geländer, Randsteine und ein ca. 10 cm breiter Streifen der Kappen werden abgebrochen.

- Landschaftsbau

- entfällt -

- Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung

Der Bauherr trägt die Gesamtverantwortung für die Durchführung des Bauvorhabens. Er muss für die erforderliche Organisation sorgen und bei der Beauftragung von Fachleuten (wie vor allem Koordinatoren, Planer, Bauleiter, bauausführende Unternehmen) im Rahmen seiner Gesamtverantwortung für die Berücksichtigung der Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutzbelange sorgen. Er muss die sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung des gesamten Ablaufs koordinieren.

Um eine optimale Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben für das Bauvorhaben nach Baustellenverordnung (BaustellVO) zu gewährleisten, überträgt die Stadt Dortmund als Bauherr gegebenenfalls die Aufgaben und Befugnisse an einen SiGeKo. Dieser informiert den Bauherrn regelmäßig über alle anstehenden Entscheidungen (z. B. über Baustellenbesprechungen und Telefonate) und stimmt diese grundsätzlich mit ihm ab. Über besondere Vorkommnisse wird der Bauherr sofort informiert. Der Bauherr behält sich die Durchführung von Kontrollen, Begehungen und Terminen auf der Baustelle durch eigenes Personal (z. B. Bauüberwacher – BÜ) vor. Wenn es zwischen dem Bauherrn und dem SiGeKo zu Unstimmigkeiten kommt oder der SiGeKo nicht seinen vertraglich festgelegten Leistungen nachkommt, hat der Bauherr die ausschließliche Entscheidungsvollmacht.

Die Hauptaufgaben des SiGeKo definieren sich wie folgt: Der SiGeKo ist für das Festlegen von Maßnahmen zur Koordinierung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzbelange zwischen allen am Bau Beteiligten verantwortlich.

Der SiGeKo prüft und überwacht die Einhaltung der Arbeitsverfahren und Sicherheitsmaßnahmen. Grundlage der Arbeitsausführung ist der SiGe-Plan, welcher von allen am Bau Beteiligten einzuhalten ist. Notwendige Änderungen und Anpassungen werden vom SiGeKo vorgeschlagen und von der Projektleitung und der Bauüberwachung veranlasst.

Die Verantwortlichen des Auftragnehmers werden von dem SiGeKo in den Inhalt des SiGe-Planes eingewiesen. Die nachfolgende Einweisung der Beschäftigten in den SiGe-Plan obliegt den jeweiligen Verantwortlichen des Auftragnehmers. Ein Exemplar des SiGe-Plans befindet sich zur Einsicht auf der Baustelle.

Der SiGeKo erstellt und leitet die nach BaustellVO ggf. erforderlichen Vorankündigungen der Baustelle rechtzeitig an die zuständige Bezirksregierung (Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 56.2 - Standort Dortmund, Ruhrallee 1 – 3, 44139 Dortmund“).

Der SiGeKo ist bei der Durchführung seiner Aufgaben weisungsfrei. Der SiGeKo hat gegenüber allen am Bau Beteiligten Weisungsbefugnis in Belangen der Arbeitssicherheit. Diesen Anweisungen ist ohne Verzögerung Folge zu leisten.

Der SiGeKo veranlasst regelmäßige Sicherheitsbesprechungen sowie Baustellenbegehungen und führt darüber Protokoll. Eine Kopie ergeht in jedem Fall an die Bauleitung des Auftragnehmers und an den Bauherrn (BÜ).

Besteht auf der Baustelle eine akute Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Beschäftigten („Gefahr in Verzug“), so ist der Bauherr oder seine Beauftragten (z. B. BÜ, SiGeKo) berechtigt, unverzügliche Anweisungen zur Abstellung dieser Gefahren zu erteilen.

Die Pflichten der auf der Baustelle tätigen Unternehmer zur Erfüllung des Arbeitsschutzes gegenüber den eigenen Beschäftigten bleiben von der Tätigkeit des SiGeKo unberührt.

Werden Arbeiten durch mehrere Arbeitsgruppen in einem Tätigkeitsbereich durchgeführt, so haben sich die Arbeitsverantwortlichen untereinander sowie mit dem Bauherrn oder seinen Beauftragten (z. B. BÜ, SiGeKo) über Maßnahmen zur Verhütung vor Gefahren abzustimmen, soweit dies für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Erfüllungsgehilfen erforderlich ist. Die Erfüllungsgehilfen sind durch ihren Arbeitsverantwortlichen darüber zu unterrichten. Die Arbeitsverantwortlichen benennen in den Fällen der

gegenseitigen Gefährdung einen Koordinator gem. BGV A1. Dieser Koordinator ist nicht zu verwechseln mit dem SiGeKo nach BaustellVO.

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

Baustoffanalyse

Der Straßenaufbau an beiden Brückenenden und der Belag auf der Brücke wurden auf ihren Schadstoffgehalt untersucht. Im Bereich des Baufelds ist mit der **Verwertungsklasse A nach RuVA-StB 01, Abfallschlüssel 17 03 02 gemäß AVV** zu rechnen. Näheres ist dem Gutachten Nr. 25-0557 in der Anlage der Ausschreibungsunterlagen zu entnehmen.

Leitungsauskunft

Leitungsauskünfte wurden bei den örtlichen und regionalen Versorgungsunternehmen eingeholt. Näheres siehe 2.10.

Kampfmittelbeseitigung

Hinweise auf Kampfmittel liegen nicht vor. Für ein Nichtvorhandensein von Kampfmitteln wird jedoch vom AG keine Gewähr übernommen. Werden während der Bauarbeiten im Baubereich Kampfmittel gefunden, so sind die Arbeiten an der Fundstelle sofort einzustellen, die Fundstelle ist abzusperren und die Bauüberwachung zu benachrichtigen.

1.3 Ausgeführte Leistungen

- entfällt –

1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

Im unmittelbaren Anschluss an die Brücke finden Straßenbauarbeiten gemäß Ausschreibung Teil A: - Straßenbau – statt.

Es können mit den hier ausgeschriebenen Bauleistungen auch andere Maßnahmen Dritter stattfinden, die sich mit diesen überschneiden; insbesondere dringende Reparatur- oder andere sich plötzlich aus dem Verkehrsgeschehen heraus ergebende Maßnahmen.

In allen solchen Fällen ist es Sache des AN, sich mit den jeweils zuständigen Stellen und den jeweils tätigen ausführenden Unternehmen so abzustimmen, dass gegenseitige Behinderung vermieden werden.

1.5 Mindestanforderungen an Nebenangebote

Nebenangebote sind **nicht** zugelassen.

2. Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Das Bauwerk Nr.: 1062 überführt die Straße „An der Palmweide“ über den Rüplingsbach im Dortmunder Stadtbezirk Hombruch.

Die genaue Lage kann dem beigegeführten Stadtplanauszug entnommen werden.

Eine Ortsbesichtigung wird dem Bieter empfohlen.

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Straße mit beidseitigem Gehweg.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Zur Baustelle

Die Brückenoberseite ist von beiden Seiten mit Fahrzeugen erreichbar.

Die Unterseite der Brücke ist auf beiden Uferseiten über Betriebswege ausschließlich zu Fuß erreichbar.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Vom AG werden keine Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen zur Verfügung gestellt. Gegebenenfalls erforderliche Anschlussmöglichkeiten sind bei den zuständigen Versorgungsunternehmen zu erkunden.

Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass keine Abwasserleitungen bzw. Schächte vorhanden sind, um Abwässer der BE abzuleiten. Das Auffangen und Entsorgen der Abwässer der Toilettenanlagen etc. ist in die entsprechende Position der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

Die Herstellung von Anschlüssen an Ver- und Entsorgungsleitungen, die Ver- und Entsorgung der Baustelle mit Energie und Wasser sowie die Unterhaltung und der Rückbau der Anschlüsse und Leitungen sind grundsätzlich Sache des Auftragnehmers. Die hieraus entstehenden Kosten sind in die Positionen der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Lager-, Arbeits- und Baustelleneinrichtungsflächen werden dem AN im Bereich der gesperrten Gehwege entlang der Straße unmittelbar vor unter hinter der Baustelle zur Verfügung gestellt.

Die Beschaffung, Herrichtung und Unterhaltung weiterer Flächen für Lagerung, Geräte, Fahrzeuge usw. ist Sache des AN.

Die entstehenden Kosten, wie Unterhaltungskosten und Kosten für den Winterdienst sind in die LV-Positionen für die Baustelleneinrichtung einzurechnen und werden nicht besonders vergütet.

Der AN hat die Flächen entsprechend seinen Anforderungen herzurichten. Die Baustelleneinrichtung ist während der gesamten Bauzeit entsprechend des Bedarfs vorzuhalten. Der Flächenverbrauch soll grundsätzlich auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt werden und umweltschonend erfolgen. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind alle Arbeits- und Lagerplätze vollständig abzuräumen, gegebenenfalls vorgenommene Einbauten sind zu entfernen und der ursprüngliche Zustand der benutzten Flächen ist wiederherzustellen.

In die Pauschale der Baustelleneinrichtung sind alle Aufwendungen und Maßnahmen einzurechnen, die für die Abwicklung der vertraglichen Arbeiten notwendig werden und nicht in den einzelnen Leistungspositionen enthalten sind. Eventuell aus der Bautätigkeit, verändertem Bauablauf, Platzproblemen oder sonstigen Gründen erforderlich werdenden Umbauten, Umsetzungen, Veränderungen, etc. innerhalb der Baustelleneinrichtung sind einzurechnen.

Nach Beendigung der Baumaßnahme sind die beanspruchten Flächen dem Eigentümer bzw. dem Überlasser in ordnungsgemäßen Zustand zu übergeben. Über die ordnungsgemäße Übergabe hat der AN dem AG eine schriftliche Bestätigung vorzulegen.

2.6 Gewässer

Rüpingsbach, unten liegend.

2.7 Baugrundverhältnisse

-entfällt-

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

-entfällt-

2.9 Schutz-Bereiche und -Objekte

Natur-, Landschaftsschutzgebiete

- entfällt –

Bäume und Flurgehölze

Die Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen (R SBB), Ausgabe 2023, sind zu beachten (ersetzen die RAS-LP4, Ausgabe 1999).

Es gelten außerdem die Anforderungen der DIN 18920:2014-07 „Vegetationstechnik im Landschaftsbau“ - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen.

Allgemeiner Hinweis zur R SBB: Im gesamten Baubetrieb sind für zu erhaltende Bäume und Vegetationsbestände die vorgesehenen Schutz- und Schadensminimierungsmaßnahmen umzusetzen und zu beachten.

Schäden an Bäumen können auf vielfältige Weise auftreten:

- Mechanische Schäden durch Baugeräte/Fahrzeuge (z.B. Quetschen oder Aufreißen der Rinde, der Wurzeln oder der Krone, unsachgemäßer Schnitt, etc.),
- Bodenverdichtung,
- Bodenauftrag,
- Bodenabtrag (einschließlich Aushub für Gräben, Gründung von Bauwerken),
- Vernässung oder Überstauung,
- Hitzeeinwirkung (über 40 °C, z.B. durch offene Flammen oder Abwärme von Baugeräten),
- Freistellen (Schäden durch Sonneneinstrahlung),
- Chemische Verunreinigungen des Bodens.

Als Grundsatz für Bäume und Vegetationsbestände gilt: Der Schutz (= Schadensvermeidung) geht vor der Schadensminimierung. Im Zweifelsfall ist Rücksprache mit dem AG erforderlich.

Der Schutzbereich von Bäumen betrifft die Bodenfläche unter der Krone (Kronentraufe), zuzüglich 1,5 m (Sorten- und standortbedingte Abweichungen sind möglich vgl. Bild 1 und 2).

In erhaltenswerten Vegetationsbeständen können ebenfalls Gehölze (bspw. Heidelandschaften, Sträucher, Hecken) aber auch krautige Pflanzen auftreten (Hochstaudenfluren, Grünland, Moorstandorte).

Schutzmaßnahmen sind bspw. die Ausweisung von Lagerflächen, fachgerechter Leitungsbau (Bild 4 R SBB) und der Einsatz von ortsfesten

Schutzzäunen (Siehe Kapitel 3, Bild 3 R SBB). Diese Maßnahmen sind vor der Baufeldräumung, gemäß Vorgabe, umzusetzen.

Biotope

- entfällt -

Denkmale

Die Entdeckung von Bodendenkmälern, sowie das Verhalten bei der Entdeckung von Bodendenkmälern richten sich nach dem Denkmalschutzgesetz (DSchG).

Bei Auffinden von archäologischen Bodenfunden sind die Arbeiten (im betroffenen Bereich) einzustellen und die örtliche Bauüberwachung des AG's unverzüglich zu benachrichtigen.

Immissionsschutz-Bereiche und -Objekte

Es sind die Auflagen des Staatlichen Umweltamtes in Hagen zu beachten. Vor dem Einsatz von lärmintensiven Baumaschinen hat sich der AN mit dem Staatlichen Umweltamt in Hagen in Verbindung zu setzen.

Bei der Baudurchführung, insbesondere beim Einsatz von Maschinen und Geräten sind die Lärmschutzvorschriften, u.a. die Technische Anleitung Lärm, in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Sofern aus besonderen Gründen Lärmentwicklung bei Nacharbeiten, an Sonn- und Feiertagen nicht zu vermeiden sind, muss ein Antrag an das Staatliche Umweltamt in Hagen gestellt werden.

Der AN stellt den AG von allen Ansprüchen Dritter frei, die aus Anlass von Immissionseinwirkungen u. dgl. geltend gemacht werden.

Kosten für Lärminderungsmaßnahmen gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise des LV einzurechnen.

Gewässer, Wasserschutzgebiete

Durch den Betrieb der Baustelle dürfen keine Gewässerverunreinigungen auftreten. Dies gilt vor allem für den Umgang mit Treib- und Schmierstoffen, bei deren Lagerung im Baustellenbereich, beim Betanken von Fahrzeugen oder Geräten und für anfallende Abwässer der BE. Wassergefährdende Flüssigkeiten sind auf der Baustelle in Auffangwannen zu lagern. Die schadlose Ableitung des Oberflächenwassers während der Bauzeit ist Sache des Auftragnehmers. Hierfür erforderliche Maßnahmen sind in die Position der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

Vermutete Bodenfunde

-entfällt-

Militärische Bereiche

-entfällt-

Wegekreuze, Meilensteine

-entfällt-

2.10 Anlagen im Baubereich

Leitungen

Laut Angaben der örtlichen und regionalen Versorgungsunternehmen liegen im unmittelbaren Baubereich Versorgungsleitungen.

Auf vorhandene Ver- und Entsorgungsleitungen im Baufeld ist bei den Bauarbeiten besonders zu achten. Der Auftragnehmer hat vor Baubeginn bei den zuständigen Betreibern aktuelle Leitungsauskünfte einzuholen und sich über das Vorhandensein von Leitungen zu informieren.

Der AN ist verpflichtet, beim Aushub mit der nötigen Sorgfalt und Umsicht zu verfahren, um auch unbekannt liegende Leitungen nicht zu beschädigen. Spätere Einwände, die sich auf Unkenntnis der Verhältnisse stützen, berechtigen nicht zu Nachforderungen. Bei allen Arbeiten, die im Zusammenhang mit Versorgungs- bzw. Entsorgungsleitungen stehen, sind die Merkblätter, Arbeitsanweisungen und Schutzvorschriften der einzelnen Versorgungsträger und des Betriebes Stadtentwässerung Dortmund genau zu beachten.

Die Beschaffung der o.g. Unterlagen ist Sache des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer haftet für die Schäden an allen im Baubereich befindlichen Kabeln und Leitungen (auch an nicht eingetragenen), die auf ein Verschulden des AN zurückzuführen sind sowie für die daraus resultierenden Folgekosten.

Sollten vorher nicht bekannte Anlagen angetroffen werden, so sind die Arbeiten im Bereich dieser Leitungen einzustellen und erst nach Ermittlung und Anweisung der für diese Leitungen zuständigen Stelle weiterzuführen.

Ramm-, Bohr- und Verbauarbeiten in unmittelbarer Nähe von Leitungen sind vom AN den entsprechenden Trägern rechtzeitig anzuzeigen. Notwendige Schutzmaßnahmen sind abzusprechen. Die BA ist an den erforderlichen Abstimmungsgesprächen zu beteiligen. Die im Baufeld liegenden Versorgungsleitungen und Kabel sind bei der Herstellung der Baugruben und Unterbauten zu sichern. Sie sind den Versorgungsträgern zur ggf. erforderlichen Verschwenkung bzw. Umlegung zur Verfügung zu stellen. Nachgewiesene Mehraufwendungen aus eventuell erforderlichen Auflagen und sonstigen Erschwernissen bei den Bauarbeiten in Leitungsbereichen werden gesondert vergütet.

Gleisanlagen

-entfällt-

Gebäude / Gebäudereste

-entfällt-

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Der Fahrzeugverkehr wird für die Bauzeit beidseitig voll gesperrt. Der Fußgängerverkehr auf der Brücke wird einseitig weitergeführt. Unterhalb des Bauwerkes ist kein öffentlicher Verkehr zulässig.

3. Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung; Verkehrssicherung

Die Vollsperrung der Straße und die Umleitung werden gemäß Ausschreibung Teil A: - Straßenbau – eingerichtet. Im Bereich der Brücke muss jederzeit mindestens einseitig ein Fußweg von min. 1,30 m Breite eingerichtet sein.

Dem AN obliegen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des öffentlichen Verkehrs wie das Liefern, Vorhalten, Aufstellen, Abbauen aller erforderlichen Beschilderungen, Signalanlagen, Markierungen sowie das Einholen von Genehmigungen und das Aufstellen von Verkehrszeichenplänen.

Die Absperrung und Beschilderung der Baustelle sowie ihre Zu- und Abfahrten ist entsprechend den Auflagen des Straßenverkehrsamtes (Fachsparte 66/2 des Tiefbauamtes) und des Auftraggebers, den Straßengesetzen und -verordnungen (z.B. RSA und ZTV-SA) durchzuführen.

Die Beschilderung hat fortlaufend mit der Baumaßnahme zu erfolgen. Die Aufstellung der Schilder ist dem Straßenverkehrsamt gemäß § 45 StVO anzuzeigen. Die Verpflichtung des Auftragnehmers gemäß Abs. 1 dieser vertraglichen Bestimmung besteht bis zur vertragsgerechten und vollständigen Erfüllung des Bauvertrages einschl. aller Nebenarbeiten.

Eine Unterbrechung der Bauarbeiten befreit den Auftragnehmer nicht von dieser Verpflichtung.

Eine ungenügende Verkehrssicherung berechtigt den Auftraggeber, die nach seiner Ansicht erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Auftragnehmers durchführen zu lassen.

Es wird auf den §17 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW (StrWG NRW) hingewiesen, der besagt, dass der Verursacher von über das übliche Maß hinausgehender Verunreinigungen öffentlicher Wegeflächen diese ohne Aufforderung unverzüglich zu beseitigen hat. Die Kosten für die vorstehend beschriebenen Maßnahmen sind in die LV-Positionen für die Baustelleneinrichtung und -räumung einzurechnen.

Dem AN obliegt ferner die volle Verkehrssicherungspflicht auf den Baustelleneinrichtungsflächen und in den Baubereichen. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme und endet mit dem Abschluss aller Arbeiten. In der Winterperiode sind die Geh- und Radwege im Baustellenbereich schnee- und eisfrei zu halten. Die Kosten hierfür sind in die Pos. Verkehrssicherung einzurechnen.

3.2 Bauablauf

Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Der Bauablauf wird grundsätzlich vom AN festgelegt. Er ist vorab mit dem AG abzustimmen und bedarf der Genehmigung des AG. Alle ausgeschriebenen Arbeiten sind so aufeinander abzustimmen, dass eine zügige Abwicklung der Baumaßnahme innerhalb der vertraglich festgelegten Gesamtbauzeit gewährleistet ist.

Die Vorlage der erforderlichen Ausführungspläne hat rechtzeitig, prüffähig in Papierausfertigung und digital (PDF) zu erfolgen.

Mit der Ausführung der Teilleistungen kann erst begonnen werden, wenn sämtliche relevanten Zeichnungen den Freigabevermerk des AG erhalten haben.

Der AN hat unter Berücksichtigung aller Abhängigkeiten mit den anderen Gewerken die personelle und maschinelle Ausstattung der Baustelle so zu gestalten, dass die vorgegebene Bauzeit eingehalten wird. Ist abzusehen, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden können, hat der AN auf eigene Kosten die Baustellenbesetzung entsprechend zu verstärken.

Durch wetterbedingte Ausfalltage, die bei der Angebotsbearbeitung absehbar sind, verlängert sich die Bauzeit nicht. Der AN hat in Absprache mit dem AG und allen Beteiligten die Arbeiten so zu koordinieren, dass ein zügiger Baubeginn und Bauablauf im Rahmen der vorgegebenen Termine und Kosten gewährleistet sind. Kosten und Bauzeitverlängerungen, die aus mangelnder Koordination entstehen, gehen zu Lasten des AN.

Zeitliche Beschränkungen

Der AG hat für die hier ausgeschriebenen Bauarbeiten eine Gesamtbauzeit von 2 Monaten vorgesehen.

Bedingungen für Arbeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeit

Seitens des AGs sind Arbeiten an Sonn- und Feiertagen nicht vorgesehen. Sollte der AN wegen Bauverzögerungen oder notwendigen Lieferfristen Arbeiten an Sonn- und Feiertagen durchführen wollen, so hat er die notwendigen Genehmigungen für Arbeit an Sonn- und Feiertagen, Nacharbeit sowie Ausnahmegenehmigungen zum Sonntagsfahrverbot einzuholen. Der Mehraufwand wird durch den AG nicht vergütet.

Bauleitung

Der Auftragnehmer hat eine Aufstellung mit namentlicher Nennung der von ihm vorgesehenen Bauleitungs- und Aufsichtskräfte unter Angabe des vorgesehenen Aufgabenbereiches einzureichen. Das Bauleitungs- und Aufsichtspersonal muss der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Ebenfalls müssen sie mit den im LV geforderten Vorschriften, Richtlinien etc. vertraut sein. Personelle Änderungen sind nur nach vorherigem schriftlichem Einverständnis des Auftraggebers zulässig. Der Auftragnehmer muss, falls Beanstandungen auftreten, das Personal auf Verlangen des Auftraggebers auswechseln. Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass jederzeit ein bevollmächtigter Vertreter für die Angelegenheiten des Auftrages zur Verfügung steht.

Auf der Baustelle muss ständig ein verantwortlicher Bauleiter bzw. ein Stellvertreter anwesend sein. Es dürfen nur Aufsichtskräfte mit den für die jeweiligen Arbeiten entsprechenden Erfahrungen eingesetzt werden. Die Baustelle muss bis zum Abschluss aller Bauarbeiten mit dem Bauleiter besetzt bleiben. Die volle Besetzung der Baustelle ist auch für Urlaubszeiten und bei längerem Krankheitsausfall zwingend vorgeschrieben. Der Auftragnehmer muss gewährleisten, dass während der Urlaubszeit und bei Ausfällen mit voller Belegschaft gearbeitet wird.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber für Notfälle schriftlich einen Bereitschaftsdienst zu benennen. Diese Aufstellung ist kontinuierlich zu aktualisieren und dem Auftraggeber zu übergeben.

Auch in den arbeitsfreien Zeiträumen muss jederzeit ein Bauleiter oder Bauführer fernmündlich erreichbar sein, der bei Zwischenfällen in der Lage ist, fachlich einwandfreie Entscheidungen selbstständig zu treffen. In diesen Bereitschaftsdienst ist eine ausreichende Anzahl von Facharbeitern einzuschließen, die zur Behebung von Schäden unverzüglich zur Baustelle beordert werden können. Eine Vergütung des Aufwandes außerhalb der normalen Arbeitszeit und an arbeitsfreien Tagen erfolgt über den Nachweis des Tagelohnzettels, der unverzüglich der Bauüberwachung des Auftraggebers vorzulegen ist. Die Vergütung erfolgt nach den Stundenansätzen des Leistungsverzeichnisses.

Schäden, die durch die Abwesenheit oder Nichterreichbarkeit seiner im Alarmplan genannten Vertreter entstehen, gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat arbeitstäglich Bautagesberichte auf einem vorgedruckten Formular zu führen.

Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung von Bedeutung sein können, insbesondere über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Nachunternehmer Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, Zu- und Abgang von Hauptbaustoffen (Wiegescheine anhängen) und Großgeräten, Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen), Abnahmen nach § 12 Nr. 2, Behinderung und Unterbrechung der Ausführung, Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

Die Bautagesberichte sind dem Auftraggeber spätestens bis 12.00 Uhr des folgenden Arbeitstages zu übergeben, sofern dieser keinen anderen Zeitpunkt zulässt.

Von allen wichtigen Maßnahmen auf der Baustelle, insbesondere vom Beginn aller wichtigen Teilleistungen, ist der Auftraggeber rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Baubesprechungen

Für die ordnungsgemäße Erstellung der Bauwerke sind die Aktivitäten aller Beteiligten aufeinander abzustimmen. Hierzu werden nach Absprache in regelmäßigen Abständen (üblicherweise 7-tägig) Abstimmungs- und Koordinierungsgespräche auf der Baustelle im Bauleitungs- / Poliercontainer des AN durchgeführt. Der verantwortliche Bauleiter hat an diesen Gesprächen teilzunehmen. In Ausnahmefällen ist eine adäquate Vertretung zugelassen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist ein einheitliches Protokoll zu führen, aus dem eindeutig hervorgeht, welche Dinge besprochen wurden und wer verschiedene Handlungsschritte vereinbarungsgemäß zu erledigen hat. Alle Handlungsschritte sind kontinuierlich zu aktualisieren. Die Protokolle werden vom AG geführt und werden an die entsprechenden Teilnehmer verteilt. Eventuell auftretende Kosten sind in die Baustelleneinrichtungsposition einzurechnen.

Nachunternehmer

Die NU, die zur Ausführung von im Angebot enthaltenen Leistungen vorgesehen sind, sind dem Auftraggeber bei Angebotsabgabe zu benennen. Im Auftragsfall ist die vorherige schriftliche Zustimmung vor der Vergabe der Leistungen beim Auftraggeber einzuholen. Die terminliche und technische Koordination der Nachunternehmerleistungen obliegt dem verantwortlichen Bauleiter des AN.

Aufmaße und die schriftliche Anerkenntnis von Nachunternehmerleistungen sind unter Mitwirkung des verantwortlichen Bauleiters des AN durchzuführen. Der Beginn und die Beendigung von Nachunternehmerleistungen sind dem AG rechtzeitig anzuzeigen.

Nachunternehmern ist es nicht gestattet, ihrerseits Leistungen an Nachunternehmer zu vergeben.

Mängelbeseitigung vor bzw. nach der VOB-Abnahme

Vor der Mängelbeseitigung ist dem AG ein Konzept zur Genehmigung vorzulegen, das unter Berücksichtigung der Ausführungen der ZTV-ING vom Auftragnehmer zu seinen Lasten aufzustellen ist.

Instandsetzungen dürfen nur von Fachpersonal durchgeführt werden. Die einzelnen Instandsetzungsphasen sind von der BA abnehmen zu lassen. Über jede Mängelbeseitigung ist vom AN ein Protokoll in Schrift und Bild zu führen und dem AG in 1-facher Fertigung zu übergeben.

3.3 Wasserhaltung

Bauzeitliches Niederschlags- und Oberflächenwasser, anfallendes Sickerwasser infolge der Undichtigkeiten der Verbauwände und andere bauzeitliche Wässer sind über eine offene Wasserhaltung zu fassen und abzuführen. Die hierzu erforderlichen Aufwendungen sind in die Einheitspreise für die Baugrubenherstellung einzurechnen.

3.4 Baubehelfe

Die Baubehelfe sind nach Wahl des Auftragnehmers nach statisch-konstruktiven, baubetrieblichen und verkehrsbetrieblichen Erfordernissen herzustellen.

Die gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften und die Vorschriften der Berufsgenossenschaft sind zu beachten. Auf die Einhaltung von DIN 4420 und DIN 4421 wird besonders hingewiesen.

Stützungen sind auf massive Fundamente zu stellen. Nach der Zweckerfüllung sind die Fundamente zu entfernen. Für das Anheben und Absenken der Gerüste werden Pressen und Spindeln verlangt. Pressen und Spindeln sind im belasteten Zustand in jeder Richtung zu sichern.

Der AN errichtet Arbeits-, Schutz- und Traggerüste, Baubehelfe und Baugrubenverbauten in eigener Verantwortung. Die Prüfung der Bauvorlagen der vorstehenden Konstruktionen und die Überprüfung der Ausführung auf der Baustelle erfolgen in bauaufsichtlicher Hinsicht gemäß "LVO über die statische Prüfung genehmigungsbedürftiger Vorhaben" durch einen vom AN beauftragten, zugelassenen Prüfsachverständigen. Der vorgesehene Prüfsachverständige muss eine Zulassung beim EBA besitzen und ist mit dem AG abzustimmen. Die gesamten sich hieraus ergebenden Kosten trägt, wenn in den Leistungspositionen nichts anderes beschrieben wurde, der AN. Die Ausführungsunterlagen sind dem AG geprüft vorzulegen. Die der Prüfung zugrunde liegenden allgemeinen baurechtlichen Zulassungen und Prüfberichte von Typenberechnungen u.a. sind den für den AG bestimmten Bauunterlagen in einfacher Ausfertigung beizufügen und im Prüfbericht aufzuführen. Im Prüfbericht ist zu erläutern, inwieweit die Voraussetzungen, die v. g. Unterlagen zugrunde liegen, im vorliegenden Fall zutreffend sind bzw. in welchem Umfang zusätzliche Nachweise im Rahmen der Einzelprüfung erbracht werden müssen. Gerüste und Baubehelfe dürfen erst errichtet werden, wenn die geprüften, mit dem Genehmigungsvermerk des AG versehenen, Ausführungsunterlagen auf der Baustelle vorliegen. Die Benutzung darf erst nach erfolgter Abnahme durch den Prüfsachverständigen erfolgen. Das Abnahmeprotokoll ist der BA vorzulegen. Die Kosten für die Abnahme trägt der AN.

Arbeits- und Traggerüste

Alle Arbeitsgerüste, Arbeitsbühnen, Schutzgerüste, Traggerüste und sonstigen Baubehelfe, die nicht in einer separaten LV-Position bzw. die nicht

im Zusammenhang mit einer LV-Position ausgeschrieben sind, sind entsprechend ihrer Verwendung in die Position „Baustelleneinrichtung“ bzw. in die Position „Arbeits-, Schutz- und Traggerüste herstellen“ einzurechnen.

3.5 Stoffe, Bauteile

- Straßenbau
Siehe Ausschreibung Teil A: - Straßenbau -
- Brückenbau

Dammbaustoffe, Hinterfüllmaterial

Für Liefermaterial aus bzw. mit mineralischen Ersatzbaustoffen sind die Einsatzmöglichkeiten in technischen Bauwerken gemäß Anlage 2 ErsatzbaustoffV zu beachten.

Als Damm- bzw. Hinterfüllmaterial sind bautechnisch geeignete Böden gemäß ZTV E-StB zu verwenden. Für den gesamten Hinterfüllbereich, einschließlich Entwässerungsbereich sind grobkörnige Böden einzubauen (ZTV E-StB, 10.2.3). Das verdichtungsfähige, schwachdurchlässige Material im Bereich der Widerlagerspore muss DIN 18130 entsprechen. Die Hinterfüllung erfolgt mit abgestuftem Dammbaumaterial. Alle Böden sind lagenweise mit einer maximalen Schichtdicke von 30 cm einzubauen und zu verdichten. Erdseitig wird eine vertikale Dränschicht aus punktwise verklebten geotextilen Dränmatten mit beidseitigem Vliesfilter vorgesehen (RiZ Was 7). Der vorhandene Baugrund ist versickerungsfähig. Eine gesonderte Entwässerung des Hinterfüllbereiches (Grundrohr) ist daher nicht erforderlich.

Mineralstoffe

Ab dem 01.08.2023 sind für Liefermaterialien aus bzw. mit mineralischen Ersatzbaustoffen die Einsatzmöglichkeiten in technischen Bauwerken gemäß Anlage 2 ErsatzbaustoffV zu beachten.

Es ist ausschließlich die Verwendung von Betonzuschlägen nur aus Vorkommen der Mittelweser und Rhein- oder Leine- und Okergebiet zugelassen. Bei Verwendung von Transportbeton hat der AN dafür einzustehen, dass sie vorgenannten Grundsätze bei der Bereitstellung der Zuschlagstoffe vom Werk eingehalten werden.

Zur Alkalireaktion in Betonbauwerken wird im Übrigen auf die Alkali-Richtlinie 2007 des Deutschen Beton Vereins e.V. hingewiesen.

Für den Kappenbeton muss der Kornanteil > 8 mm mindestens zu 50 % aus gebrochenem Material bestehen.

Bindemittel

Für alle bituminösen Stoffe, d. h. auch für die Voranstriche, Deckaufstriche sowie Klebe- und Vergussmassen ist vor dem Einbau eine Eignungsprüfung durchzuführen. Die Prüfzeugnisse sind dem AG vorzulegen.

Bei fabrikmäßigen Zusammensetzungen (z.B. Voranstrich, Klebmassen, usw.) ist die Vorlage der Herstellerrezeptur ausreichend.

Für massige Bauteile (Widerlager, Pfeiler) sind Zemente mit niedrigen Hydratationswärmen und langsamer Erhärtung zu verwenden.

Anstrichmittel

Voranstrichmittel müssen den Anforderungen der TL Bitumen-StB 25 entsprechen.

Zusatzmittel, -stoffe

-entfällt-

Transporteton

Der DIN-Fachbericht 100 "Beton" und die ZTV- ING, insbesondere Teil 3, Abschnitt 1, sind für die Herstellung, Verarbeitung, Nachbehandlung und Prüfung der Betone anzuwenden.

Werksteine

-entfällt-

Fertigteile

-entfällt-

Verwendung gebrauchter Stoffe

-entfällt-

- Landschaftsbau

-entfällt-

3.6 Abfälle

Der Auftragnehmer hat sämtliche anfallenden Abfälle in eigener Verantwortung nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zu entsorgen.

Teer-/pechhaltige Straßenausbaustoffe sind durch einen zertifizierten Entsorgungsfachbetrieb einer Verwertung zuzuführen.

Bei der Verwertung in einer Deponie, die keine entsprechende Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb hat, muss der Auftragnehmer sicherstellen, dass rechtzeitig vor Beginn der Entsorgung die behördliche Bestätigung für den Entsorgungsnachweis vorliegt.

Bei einer Verwertung außerhalb von NRW sind die jeweiligen länderspezifischen Regelungen (z.B. Andienungspflichten) zu beachten.

Bei der Entsorgung von Strahlschutt aus Korrosionsschutzmaßnahmen gelten die ZTV-ING. Sofern gemäß den Festlegungen in ZTV-ING Teil 4, Abschnitt 3 der AN Abfallerzeuger ist, hat er den Strahlschutt in eigener Verantwortung zu entsorgen.

Die erforderlichen Nachweise des Abfallerzeugers gemäß Nachweisverordnung (NachwV) sind vom AN als Nebenleistung zu erbringen und dem AG vorzulegen.

Gefährliche Abfälle dürfen nur mit einer Transportgenehmigung bzw. mit einer Erlaubnis gemäß § 54 (1) des KrWG befördert werden.

Auf Anforderung ist die Transportgenehmigung bzw. Erlaubnis vorzulegen.

Eine Transportgenehmigung bzw. Erlaubnis ist nicht erforderlich, wenn der Beförderer ein anerkannter Entsorgungsfachbetrieb ist, der für das Befördern des jeweiligen Abfalls zertifiziert ist.

3.7 Winterbau

Winterbau ist zulässig, soweit die technischen Vorschriften eingehalten werden. Die für die Einhaltung der Fertigstellungsfrist erforderlichen Winterbaumaßnahmen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

3.8 Zustandsfeststellung zur Beweissicherung

Vor Baubeginn ist der Zustand des Geländes, der Verkehrswege und sämtlicher baulicher Anlagen im Einflussbereich der Baumaßnahme vom AN gemeinsam mit dem AG und beteiligten Dritten festzustellen. Durch Messungen, Fotografien und Niederschriften ist dies zu dokumentieren.

Mit dem Beweissicherungsverfahren ist so rechtzeitig zu beginnen, dass es noch vor Baubeginn abgeschlossen werden kann.

Nach Abschluss der Arbeiten werden bei der gemeinsamen Kontrolle des Zustandes des Geländes einschließlich der Verkehrswege und sämtlichen anderen baulichen Anlagen erneut überprüft und etwaige Veränderungen festgestellt. Der AN haftet für alle Schäden am Eigentum Dritter und am Eigentum des AG, die von der Bauausführung herrühren. Der AN hat für Schadensfälle eine Personen- und Sachversicherung etc. in ausreichender Höhe nach Formblatt 215 Zusätzliche Vertragsbedingungen Pkt. 13.5 abzuschließen. Die Kosten für die Beweissicherung sind mit der entsprechenden LV-Position abgegolten.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

Die erforderlichen Sicherungen der Baustelle hat der Auftragnehmer zu veranlassen. Zusätzlich zu den Auflagen der Straßenverkehrsbehörde für den öffentlichen Straßenraum (ÖWG-Flächen) hat der Auftragnehmer den Zutritt Unbefugter durch geeignete Maßnahmen auf seine Kosten zu verhindern. Der Auftragnehmer hat, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird, ohne eine besondere Vergütung für die Dauer der Bauausführung alle Schutzmaßnahmen zu treffen, die zur Sicherung Dritter auf der Baustelle und ihrer Umgebung erforderlich sind. Die Schutzvorrichtungen dürfen erst wieder beseitigt werden, wenn eine Gefährdung von Personen oder Sachen ausgeschlossen werden kann.

Dem Auftragnehmer obliegt die volle Verkehrssicherung auf den in den Ausschreibungsunterlagen ausgewiesenen Flächen. Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme und endet zu dem Zeitpunkt, an dem nach Abschluss der Bauarbeiten die Abnahmebescheinigung von beiden Parteien unterzeichnet worden ist.

Die Absperrung, Kennzeichnung und Beleuchtung aller Arbeitsstellen obliegen dem Auftragnehmer.

Die Kosten für die vorstehend beschriebenen Maßnahmen sind in die LV-Positionen für die Baustelleneinrichtung und -räumung einzurechnen, sofern nicht separate LV-Positionen dafür vorgesehen sind.

3.10 Belastungsannahmen

Die Brücke ist für Fahrzeugverkehr mit einem tatsächlichen Gesamtgewicht der Fahrzeuge von 60 Tonnen eingestuft.

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

Die Abrechnung erfolgt grundsätzlich nach den endgültigen genehmigten Ausführungsplänen, den Abrechnungsblättern und dem Leistungsverzeichnis. Die Abrechnung des Bauvorhabens muss parallel zum Fortgang der Bauarbeiten erfolgen. Für Leistungen und Lieferungen, die weder in

Bautagesberichten noch im Aufmaß nachgewiesen wurden, besteht kein Anspruch auf Vergütung. Für jede Abschlagszahlung ist eine Massenermittlung vorzulegen. Aufmaße werden nur anerkannt, wenn sie gemeinsam vorgenommen und unterschrieben wurden.

3.12 Prüfungen und Nachweise

Alle Eignungsprüfungen, Eigenüberwachungsprüfungen und Kontrollprüfungen entsprechend den DIN-Normen und der ZTV-ING sind vom AN durchzuführen und dem AG auf Verlangen jederzeit vorzulegen. Eine digitale Kopie der zuvor genannten Nachweise ist nach Abschluss der Maßnahme dem AG ohne zusätzliche Vergütung zu übergeben.

3.13 Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (SiGe-Plan)

- entfällt -

4. Ausführungsunterlagen

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

Bestandsplan von 1979

Richtzeichnungen RiZ-ING (Abs, Dicht, Gel)

4.2 Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

Bauzeitenplan

Es ist, spätestens eine Woche vor Baubeginn, ein Bauzeitenplan vom AN vorzulegen. In dem Bauzeitenplan werden während der Baudurchführung die Ist-Leistungen den Soll-Leistungen gegenübergestellt. Bei Veränderungen ist der Bauzeitenplan fortzuschreiben und der BA auszuhändigen.

Ausführungspläne, Standsicherheitsnachweise

Dem AN obliegt die baureife Ausarbeitung der gesamten Baumaßnahme. Dabei sind die Leistungsbeschreibungen der entsprechenden Leistungspositionen für Ausführungsunterlagen maßgebend.

Die Ausführungsunterlagen und Standsicherheitsnachweise sind der Baufolge entsprechend beim Tiefbauamt der Stadt Dortmund, Fachsparte Ingenieurbau 66/4-2 einzureichen.

Die jeweilige Bauwerks-Nr. ist im Stempelfeld aufzunehmen.

Ergänzungen und Änderungen sind in einem Änderungsverzeichnis aufzulisten, die Pläne sind entsprechend zu indizieren. Diese korrigierten Originalpläne gehen in das Eigentum des AG über.

Mehrexemplare der Ausführungsunterlagen für Abstimmungs- und Prüfzwecke werden nicht gesondert vergütet.

Ausführungsunterlagen (Pläne, statisch/technische Berechnungen, auch für Baubehelfe) sind in ganzzahligen Vielfachen der Blattgröße DIN A4 bis maximal DIN A0 aufzustellen. Die Pläne müssen ins PD-Format mit einer eingebetteten Layerstruktur konvertiert werden. Die Schrifthöhe auf dem Original muss mindestens 2,5mm, die Strichdicke mindestens 0,13mm sein.

Der einheitliche Planstempel ist in der rechten unteren Ecke anzubringen. Ein Muster für den Planstempel sowie eine Erläuterung zur Plancodierung (Plannummer) sind in Absprache mit dem AG vorzunehmen. Veränderungen des Plancodes (z.B. auch Festlegung zusätzlicher Kürzel für Planarten) sind

nur in Abstimmung mit dem AG zulässig. Die Einzelpläne und Berechnungen sind dem AG zu sinnvollen Paketen zusammengefasst vorzulegen.

Alle erforderlichen Änderungen, Überarbeitungen und Ergänzungen, die im Rahmen des Prüflaufs bei unveränderter Ausführungsanforderung entstehen, sowie der damit verbundene Aufwand für Vervielfältigungen und Verteilung der Unterlagen während der gesamten Bauzeit, werden nicht besonders abgegolten.

Mit der Ausführung der Bauteile darf erst begonnen werden, wenn die entsprechenden Pläne den Freigabestempel des AG tragen. Vom AN ist auf seine Kosten über alle relevanten Pläne eine Zeichnungsliste, die kontinuierlich zu aktualisieren ist, zu führen. Der jeweils neueste Stand dieser Liste ist der BA zu übergeben.

Der AG behält sich vor Ausführungsunterlagen selbständig zu prüfen und ohne die Einschaltung eines Prüfeningenieurs freizugeben.

5. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen, die Vertragsbestandteil werden

5.1 Auflistung der „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen“

Technische Lieferbedingungen

Technische Lieferbedingungen (TL), die in der Baubeschreibung und in den hier unter Ziffer 5.1 aufgeführten Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen bzw. Vorschriften (ZTV ...) nicht mit einer bestimmten Fassung aufgeführt sind, sind in der zum Eröffnungs- / Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004/Fassung 2023 (TL Gestein-StB 04/23) mit FGSV 613, TL Gestein-StB 04/23, Korrekturen Stand: 13. Oktober 2023. Bezugsquelle: FGSV.

Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Teil: Güteüberwachung, Ausgabe 2020/Fassung 2023 (TL G SoBStB 20/23). Bezugsquelle: FGSV.

Technische Lieferbedingungen für Gabionen im Straßenbau, Ausgabe 2016/Fassung 2023 (TL Gab-StB 16/23). Bezugsquelle: FGSV.

Technischen Lieferbedingungen für Sonderbindemittel und Zubereitungen auf Bitumenbasis, Ausgabe 2015 – TL Sbit-StB 15. Bezugsquelle: FGSV.

Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise, Ausgabe 2015 (TL G DSK-StB 15). Bezugsquelle: FGSV.

Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Oberflächenbehandlungen, Ausgabe 2015 (TL G OB-StB 15). Bezugsquelle: FGSV.

Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Heißbauweise auf Versiegelung, Ausgabe 2015 (TL G DSH-V-StB 15). Bezugsquelle: FGSV.

TL Beton-StB 07 mit Änderungen und Ergänzungen gemäß ARS Nr. 04/2013 (siehe 5.4) mit Anlage „WS-Grund- und Bestätigungsprüfung zur Beurteilung

der Eignung von groben Gesteinskörnungen für die Feuchtigkeitsklasse WS“. Bezugsquelle: FGSV.

TL Transportable Schutzeinrichtungen 97 mit den Änderungen gemäß ARS 5/1999 vom 15.12.1998 und der Änderung gemäß ARS Nr. 08/2016 vom 11.04.2016. Bezugsquelle: FGSV.

Technischen Lieferbedingungen für Markierungsmaterialien, Ausgabe 2023 (TL M 23). Bezugsquelle: FGSV.

TL-SP 99 mit den Änderungen gemäß Abschnitt 5.3. Bezugsquelle: FGSV.

Technischen Liefer- und Prüfbedingungen für Sichtzeichen (TLP Sichtzeichen 2023). Bezugsquelle: BAST.

Lieferbedingungen für transportable Lichtsignalanlagen (TL transportable LSA 2023). Bezugsquelle: BAST.

Technische Prüfvorschriften

Technische Prüfvorschriften (TP), die in der Baubeschreibung und in den hier unter Ziffer 5.1 aufgeführten Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen bzw. Vorschriften (ZTV ...) nicht mit einer bestimmten Fassung aufgeführt sind, sind in der zum Eröffnungs- / Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

TL/TP-ING Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfvorschriften von Ingenieurbauten. Bezugsquelle: BAST.

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

ZTV Verm – StB 01, Ausgabe 2001

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau (ZTV Verm – StB 01), Ausgabe 2001.

Bezugsquelle: FGSV.

ZTV E-StB 17

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV Ew-StB 14

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV La-StB 18

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2018. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV SoB-StB 20

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2020, mit Korrekturblatt Stand: Mai 2021. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV Asphalt-StB 07/13

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt, Ausgabe 2007/Fassung 2013. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV BEA-StB 09/13

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Asphaltbauweisen, Ausgabe 2009/Fassung 2013. Bezugsquelle: FGSV

ZTV Beton-StB 07

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV RDO Beton-StB 20

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächen bei Anwendung der RDO Beton, Ausgabe 2020. Bezugsquelle: FGSV

ZTV BEB-StB 15

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen – Betonbauweisen, Ausgabe 2015. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV Fug-StB 15

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV Pflaster-StB 20

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen, Ausgabe 2020. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV-ING, Stand 2025/02

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, einschließlich der Richtzeichnungen für den Ingenieurbau (**RiZ-ING**). Bezugsquelle: BAST, VkbI-Verlag bzw. FGSV.

ZTV-Lsw 22

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Ausführung von Lärmschutzwänden an Straßen, Ausgabe 2022, Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 22/2022 des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 02.11.2022. Bezugsquelle: FGSV.

M EBGs-LSW

Merkblatt über Entwurfs- und Berechnungsgrundlagen für Gründungen und Stahlpfosten von Lärmschutzwänden und Überflughilfen an Straßen, Ausgabe 2018 Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 15/2018 des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 17.08.2018 (veröffentlicht im Verkehrsblatt, Heft 18/2018 vom 29. 09. 2018). Bezugsquelle: FGSV.

ZTV VZ 2011

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen, Ausgabe 2011, Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 9/2011 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Bezugsquelle: FGSV.

Die Abschnitte 7.1, 7.2 und 7.3 der ZTV VZ 2011 sind durch das ARS 02/2022 (Grundsätze für die passiv sichere Aufstellung von Verkehrszeichen) aktualisiert worden.

ZTV-M 13

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen, Ausgabe 2013. Bezugsquelle: FGSV.

ZTV-F 94

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für die Verlegung von Fernmeldekabeln, Fassung Februar 1994. Bezugsquelle: Straßen.NRW.

ZTV-SA 97

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 1997. Bezugsquelle: FGSV.

Mit „Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 18/1999“ (ARS Nr. 18/1999) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen vom 17. August 1999: Abschnitt 6.11.1 der ZTV-SA wird, durch die im ARS Nr. 18/1999 angegebene Fassung ersetzt. Bezugsquelle: VkbI-Verlag.

ZTV transportable LSA 2023

Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für transportable Lichtsignalanlagen, Ausgabe 2023. Bezugsquelle: BAST.

ZTV FRS 2013, Fassung 2017

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 2013, Fassung 2017). Bezugsquelle: FGSV. Mit Änderungen und Ergänzungen gemäß Abschnitt 1.1.1 Straßenbau; Ausstattung. Die in Abschnitt 1, Absatz 11 der ZTV FRS aufgeführten Unterlagen sind dem AG spätestens 2 Wochen vor Beginn der Ausführung vorzulegen.

Verzeichnis der Bezugsquellen:

Straßen.NRW:	Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Fachcenter Telekommunikation Kamen, Zollpost 24, 59174 Kamen.
FGSV:	FGSV-Verlag GmbH, Wesselingener Straße 17, 50999 Köln.
BAST:	Bundesanstalt für Straßenwesen, Brüderstraße 53, 51427 Bergisch Gladbach.
VkbI-Verlag:	Verkehrsblatt-Verlag Borgmann GmbH & Co. KG, Schleefstraße 14, 44287 Dortmund.

6. Sonstige Angaben

6.1 Vorgehensweise des AN bei der Erstellung von Nachtragsangeboten

Das nachfolgende Muster für das Anschreiben bei Nachtragsangeboten enthält neben den allgemeinen Angaben zum Bauprojekt eine Übersicht zu den Anspruchsgrundlagen. Hierin sind alle Nachtragspositionen mit der entsprechenden Kennzeichnung der Anspruchsgrundlage zu versehen und dem AG unterzeichnet zu übergeben, damit die Nachtragsangebote einer Baumaßnahme zeitnah durch den AG bearbeitet werden können. Dieses gilt für jede Abgabe eines Nachtragsangebotes.

Enthält der erteilte Auftrag Preise für gleiche oder vergleichbare Leistungen, so kann die Höhe des neuen Preises anhand dieser nachgewiesen werden. Soweit die Preisermittlung des beauftragten Angebotes keine einschlägigen Angaben enthält und vergleichbare Leistungen nicht vorhanden sind, hat der AN ausnahmsweise ein Nachtragsangebot einzureichen, das auf der Grundlage der Preisermittlung des beauftragten Angebotes kalkuliert sein muss. Hierzu ist die Preiskalkulation möglichst entsprechend dem Formblatt 223 vom AN vorzulegen.

Die angesetzten Einzelkosten und Zuschläge bzw. Umlagen hat der AG danach zu belegen. Hinsichtlich der Zeitansätze, der Stoff- und Gerätekosten sowie ggf. sonstiger Kosten können hilfsweise entsprechende Ansätze aus anderen, vergleichbaren Aufträgen als Nachweis herangezogen werden.

NM-AnNa

Vorgabe der Gestaltung von Anschreiben der Auftragnehmer, die sich auf Nachtragsangebote beziehenVom Auftragnehmer zu verwendende Anschrift und Betreff:

Stadt Dortmund
Tiefbauamt
66/4-2
44122 Dortmund

Nachtragsangebot

Baulos / Projekt (Leistungsbereich): _____
 Verantwortl. Projektleiter (AG): _____
 Firma / Verantwortl. Projektleiter (AN): _____
 Auftragsnr. des Hauptvertrags: _____ vom _____ (Datum)
 Nachtrag Nummer: _____ vom _____ (Datum)

Vom Auftragnehmer zu verwendende Übersicht zu den Anspruchsgrundlagen:

Durch AN geltend gemachte Anspruchsgrundlage (VOB/B)

Antrag auf gerichtliche Festsetzung (§ 261 ZPO)						
N-Pos. Nr.	§ 2 (3)	§ 2 (5)	§ 2 (6)	§ 2 (7)	§ 2 (8)	etc.
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Zusammenfassung von Positionen ist nur bei gleicher Anspruchsgrundlage zulässig!						
	§2 (3) Mengenänderung Leistung		§2 (5) geänderte Leistung		§2 (6) zusätzliche	
	§2 (7) Pauschalvertrag		§2 (8) Leistung ohne Auftrag			

Positionen, zu denen keine Anspruchsgrundlage genannt wird, werden entsprechend abgelehnt!

Die Notwendigkeit der ausführlichen Begründung zur Anspruchsgrundlage bleibt von der obigen Übersicht unberührt!

7. Abrechnung/Rechnung

7.1 Allgemeines

Erbrachte Leistungen sind vom AN abzurechnen. Für die Abrechnung ist eine prüfbare und nachvollziehbare Rechnung einzureichen. Die Abrechnung basiert auf einer Mengenberechnung mit allen Nachweisen in Form von u.a. Aufmaßen, Abrechnungszeichnungen und Lieferscheinen. Der Bezug zu den entsprechenden Nachweisen muss nachvollziehbar sein.

7.2 Abrechnungsrelevante Unterlagen

Sämtliche Aufmaße sind im Beisein des AG nach rechtzeitiger Terminabsprache vorzunehmen. Für die Abrechnung hat der AN diese Aufmaße in Reinschrift zu übertragen. Die Aufmaße müssen alle relevanten Angaben beinhalten. Darunter zählen:

- Bezeichnung der Baumaßnahme
- Bezeichnung des AN und des AG
- Bezeichnung der aufgenommenen Leistungen mit den dazugehörigen Ordnungszahlen
- notwendige Angaben, mit denen sich erkennen lässt, an welcher Stelle oder an welchem Ort gemessen worden ist
- Bemaßung inkl. Einheiten (z.B. Längen, Breiten, Anzahl, Mengen)
- Skizzen inkl. Bemaßung
- Datum des Aufmaßes
- Unterschrift der Teilnehmer (AG und AN) mit Bestätigung der Richtigkeit des Aufmaßes

Bei Abrechnung nach Teilbereichen (vgl. Pkt. 7.3 Rechnungen) sind die Aufmaße in Absprache mit dem AG entsprechend der Abrechnungsgrenzen getrennt oder nach vorgegebener Nummerierung der Aufmaßblätter aufzustellen.

Die Höhenlage des Planums ist mittels Nivellements nachzuweisen. Die Aufnahme muss im Beisein des AG erfolgen.

Liegt in der Massenermittlung der Flächen- und/oder Volumenberechnung eine elektrooptische Geländeaufnahme zugrunde, sind folgende Punkte zu beachten:

Die Aufnahme der Punkte muss im Beisein des AG und des städt. Vermessers erfolgen.

Die so ermittelten Koordinaten sind dem AG unmittelbar nach der Geländeaufnahme auf einer CD oder in digitaler Form zu übergeben. Die Massen des Aushubes und der eingebauten Materialien sind über zu erstellende Querprofile nachzuweisen.

Die Originale der Aufmaße, Wiegescheine und ähnliche Abrechnungsbelege erhält der AG, die Durchschriften der AN.

Alle Maße des Bauvorhabens müssen in der Abrechnungszeichnung enthalten sein. Diese sollten an markanten Punkten angelegt werden, damit sie in der Örtlichkeit geprüft werden können. Dieses gilt auch bei Abrechnungen mit einer elektrooptischen Geländeaufnahme.

In der Abrechnung ist eine Gegenüberstellung von Soll und Ist im Materialnachweis sowohl für Materialeingänge als auch für abgefahrene Materialien durchzuführen.

7.3 Rechnung

Grundsätzlich wird auf die zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) der Stadt Dortmund einschließlich der Ergänzungen des Tiefbauamtes verwiesen.

Alle Rechnungen sind in zweifacher Ausfertigung und digital, wie nachfolgend beschrieben, vorzulegen.

Rechnungen sind direkt an die Stadt Dortmund mit folgender Anschrift zu richten:

Stadt Dortmund

Tiefbauamt 6600

z. Hd. 66/4-2 Herr Ulinski

44109 Dortmund

Sie müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung der Baumaßnahme,
- Name und Anschrift (vollständig) des Auftragnehmers,
- das Konto, auf das die Zahlungen zu leisten sind,
- das Datum des Angebotes,
- Auftrags-Nr. und Datum des AG und dessen Geschäftszeichen,
- Zeiträume der Ausführung,
- eine Kopie der Freistellungsbescheinigung zum Steuerabzug bei Bauleistungen gemäß § 48 b Abs. 1 Satz 1 des Einkommenssteuergesetzes des zuständigen Finanzamtes ist beizulegen.

Rechnungsdoppel sind mit rotem Stempelaufdruck als Duplikat zu kennzeichnen.

Regelungen Datenaustausch X31 für digitale Bauabrechnung

Der AN bekommt nach Zuschlagserteilung das Vertrags-LV vom AG als DA86 über GAEB XML 3.2 (Dateiname.X86)

Das Vertrags-LV des AG ist Basis für die digitale Bauabrechnung nach REB-VB 23.003 Ausgabe 2009 (n.Aufmaß.X31)

Der AN darf folgende Adressbereiche der Aufmaßblätter nutzen:
1-4999 A-Z.

Der AG nutzt für Korrekturzeilen die Adressbereiche der Aufmaßblätter:
5000-5999 A0-Z9.

Die Aufmaßblätter in der EDV sind identisch zu halten mit den Aufmaßblättern auf der Baustelle.

Änderungen in bestehenden Ansatzzeilen sind nicht zulässig. Änderungen müssen immer in neuen Ansatzzeilen mit neuer Blatt-Zeilen Adresse ausgearbeitet werden. Dabei muss auch ein Hinweis auf die zu korrigierenden Zeilen eingetragen werden.

Die Mengenberechnung erfolgt kumuliert.

Der AN liefert die Aufmaße als X31-Dateien über GAEB XML 3.2 je Abrechnungszeitraum mit der Nummer des Abschlags im Namen der Datei. Dabei ist die REB-VB 23.003 Ausgabe 2009 zu verwenden.

Die Nachträge sind als DA86 über GAEB XML 3.2 einzureichen.

Die Zahlungsfrist für Abschlagszahlungen beträgt 21 Kalendertage.

Die Schlussrechnung ist nach Fertigstellung der Bauarbeiten mit den dazugehörigen maßstäblichen Abrechnungsplänen sowie allen Aufmaßen, aus denen die in der Mengenermittlung verwendeten Maße hervorgehen müssen, in zweifacher Ausfertigung (Papierform) einzureichen. Darüber hinaus sind Detailpläne der Straßenabläufe und Anschlussleitungen sowie der Abzweigkästen, Kabelschutzrohre und Signalmastfundamente in dreifacher Ausfertigung (Papierform) einzureichen. Sämtliche vorgenannte Abrechnungsunterlagen sind zusätzlich digital im PD-Format zu übergeben. Die Schlussrechnung ist erst nach Vorlage aller Bestandszeichnungen und dem Bauwerksbuch etc. im Sinne der VOB, Teil B § 14 Abs. 1 vollständig. Nach Vorlage aller Unterlagen erfolgt die Prüfung der Schlussrechnung und die Auszahlung der festgestellten Restsumme.

Teil C - Markierungsarbeiten **An der Palmweide**

Vorbemerkung

Dickschichtmarkierungen (3mm) -Kaltplastik-
Typ II, Verkehrsklasse P7; entsprechend geeignetes Nachstreumittel

Einrichten der Arbeitsstellen

Die Verkehrssicherung hat nach den "Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen" (RSA) und den Auflagen der Straßenverkehrsbehörde, der Polizei sowie der Bauleitung des Tiefbauamtes zu erfolgen. Für die korrekte Einhaltung der Richtlinien und Auflagen ist der Unternehmer verantwortlich.

Sämtliche Verkehrssicherungsmaßnahmen für die Markierungsarbeiten sind im Einheitspreis einzukalkulieren. Durch die vielen Bauabschnitte und durch die Länge der Bauzeit muss das mehrfache Anrücken der Markierungskolonne im Einheitspreis mit eingerechnet werden. Zusätzliche Anfahrten werden nicht gesondert vergütet.

Ausführung

Es gelten die "Richtlinien für die Markierung von Straßen" (RMS-1 und RMS-2), sowie ZTV M 13, in ihrer letzten Fassung. Die Vormarkierungen sind nach Plan und/oder örtlichen Angaben der Bauleitung des Tiefbauamtes auszuführen. Die Leistungen hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Der Markierungsstoff darf nur auf völlig trockener und sauberer Fahrbahndecke appliziert werden. Verschmutzungen sind vom Auftragnehmer zu beseitigen. Die Leistungen hierfür werden nicht besonders vergütet.

Die frischen Markierungen sind gegen das vorzeitige Befahren ausreichend mit Absperrmitteln zu sichern. Beschädigungen an der Markierung sind sofort zu beheben und einwandfrei wieder herzustellen.

Arbeitseinsatz

Die Arbeitseinsätze sind mit der Bauleitung des Tiefbauamtes abzustimmen.